Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 364 · 32. JAHRGANG · AUSGABE SOMMER/2026 VOM 26. JUNI 2026 · 3 EURO

12 **Wegkommen, hinkommen, zurückkommen**
Nahverkehrsplan in der Diskussion

27 **Planung für Rad-Südroute ist »Bullshit«**
2,4 Millionen für unnötige Radwege

41 **Verein wird zum kommerziellen Unternehmen**
Eberswalder Kleingärtnerverband

Elf Tage *im Mai*

Vor 20 Jahren: Schülerstreik an der Albert-Einstein-Oberschule in Eberswalde



FOTO: GERD MARKMANN

Im vorigen November trafen sich in der Kleinstadt Storkow in der Nähe von Fürstenwalde viele Teilnehmer des Schülerstreiks im Jahr 2000. Damals hatten Hunderte Schülerinnen und Schüler gegen die Brandenburger Bildungspolitik gestreikt. Sie wollten die Abschaffung der Abiturstufen an ihrer damaligen Gesamtschule verhindern. Eine Woche lang besetzten sie die Schule und übernachteten in der Turnhalle.

Die Storkower hatten vor 25 Jahren Erfolg mit ihrem Protest. In der heutigen Europaschule Storkow können die Schülerinnen und Schüler noch immer ihr Abitur ablegen. Ein Teilnehmer an der Erinnerungsveranstaltung, damals Politiklehrer, meinte gegenüber der Lokalzeitung, es sei *»der einzige Schülerstreik dieser Art in Brandenburg«* gewesen, vielleicht sogar deutschlandweit. Ein Irrtum:

Es war das Jahr 2006, als es für die Gesamtschule ALBERT EINSTEIN im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde nicht mehr um die Abschaffung der Abiturstufen ging, denn schon seit 2004 gab es keine neuen Abiturklassen mehr, sondern um die Schließung der Schule überhaupt.

Hintergrund war, daß sich für die Klassenstufe 7 des nächsten Schuljahres zu wenige Schüler mit Erstwunsch angemeldet hatten. Die Richtlinien des Schulamtes schrieben eine Mindestzahl je Klasse von zwanzig Schülern vor. Für die beiden Klassen an der ALBERT-EINSTEIN-SCHULE hatten sich aber nur 33 Schüler angemeldet. Sieben Schüler fehlten.

Den Sargnagel lieferte dann der Schulleiter der einstigen Realschule Friedhelm Boginski, der im gleichen Jahr zum Eberswalder Bürgermeister gewählt wurde. Zu seiner Schule drängten deutlich mehr Schülerinnen und Schüler als Plätze zur Verfügung standen, darunter viele aus dem Brandenburgischen Viertel mit Zweitwunsch Einsteinschule. Seltsamerweise nahm der Schulleiter sämtliche Schüler an, die als Zweitwunsch die ALBERT-EINSTEIN-SCHULE aufgeschrieben hatten, während Schüler mit anderen Zweitwunschschulen abgewiesen wurden. Schulen, die ohne diese Schüler bereits ihr Mindestsoll erfüllt hatten. So blieb es für die ALBERT-EINSTEIN-SCHULE bei den sieben fehlenden Schülern.

Die Einsteinschüler, ihre Eltern und Einwohner des Brandenburgischen Viertels organisierten daraufhin am 25. April 2006 einen Protesttag mit einer Demonstration vom Viertel bis vor das Eberswalder Rathaus. Am Abend gab es eine Lesung mit BBP-Autor Dr. Rainer Thiel, der sein Buch *»Der Schülerstreik in Storkow«* vorstellte.

Das Buch wirkte als Ideengeber. 150 Schülerinnen und Schüler beteiligten sich am Schülerstreik, den sie volle elf Tage durchhielten.

In dieser Ausgabe erinnern wir auf den Seiten 14 bis 21 mit BBP-Artikeln von damals und mit Rückblicken aus heutiger Sicht an diese denkwürdigen Ereignisse vor 20 Jahren.

GERD MARKMANN

Das Smartphoneproblem

Die sogenannte Digitalisierung dringt immer mehr in unseren Alltag ein, vor allem in Form von kleinen hosentaschentragbaren praktischen Geräten, mit denen man allerhand machen kann. In erster Linie machen sie aber etwas mit uns und dazu kommen wir gleich. Wenn man die Vielzahl der Funktionen kurz umschreiben kann: private und berufliche Nachrichten lesen/schreiben/sprechen/hören/schauen, Zugriff auf das weltweite Internet in unüberschaubarer Fülle, Kontoführung und Aktiengeschäfte, Bezahlen im Supermarkt, Managen von Essen, Gesundheit, Fitneß, Horoskop und Partnerwahl; und schließlich Bestellen von Schuhen, Textilien, Möbeln, Autos und das Kaufen von Häusern. Das alles in der Hosentasche!

Wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten. Wie sieht die Kehrseite der gepriesenen Digitalisierung aus? Daß die jungen Leute in Bus und Bahn nicht hinaus in die Landschaft blicken, sondern auf ihr Spielzeug – geschenkt! Wenn allerdings ständig das WhatsApp piept, wird es schon nerviger. Es bildet sich ein Zustand der ständigen Erreichbarkeit, des sofortigen Reagierenmüssens heraus. Man kann nicht mehr in sich ruhen. Nur noch getrieben von Familie und der Freundesclique. Und dann sind da noch die Video-Plattformen. Instagram, Youtube und Tiktok. Die neueste Masche ist das Scrollen von Kurzfilmchen, bei Youtube »Shorts« genannt. Eine Ablenkung folgt auf die andere, 3 Sekunden zuschauen, dann auf das nächste wischen. Und dabei merkt sich die Plattform, wo man am längsten guckt. Und liefert das Gleiche vom Gleichen. So gerät der junge Mensch in einen Mahlstrom von bewegten Bildern und was das Ganze mit dem Gehirn macht, ist noch gar nicht erforscht.

Welche Daten die Anbieter und Geheimdienste über uns sammeln, wäre zwar interessant zu wissen, ist aber irrelevant. Den meisten Schaden fügen wir uns nämlich selber zu, indem wir von dem Spielzeug nicht lassen können. Nervosität, Konzentrationsstörungen, steigender Blutdruck, Gelenkprobleme und die Unfähigkeit, mit den nahen Angehörigen ein normales Gespräch zu führen, sind die ersten Kollateralschäden der Smartphones. Von Verblödung durch Social Media wollen wir hier gar nicht reden.

Wenn nicht etwas Grundlegendes auf dieser schönen Welt passiert, dann rollt in den nächsten Jahrzehnten mit ziemlicher Sicherheit eine Krankheitswelle auf unser Gesundheitssystem zu, einem Tsunami gleich. Dazu kommt die verkehrtherum stehende Alterspyramide und da fragt man sich: Wer soll das leisten? Wer soll das bezahlen? Wir können nur eins machen, was nachhaltig hilft: Uns von der Abhängigkeit der kleinen Klugscheißerchen, die sich Smartphone nennen, befreien und uns nachhaltig digital entgiften. Anleitungen dazu gibt es im Internet ... *JÜRGEN GRAMZOW*

Editorial:

Erinnerungen und Aktuelles

Mit dem Titelthema unserer Sommerausgabe erinnern wir an ein bedeutendes Ereignis vor zwanzig Jahren. 150 junge Menschen besetzten ihre Schule, damit sie nicht geschlossen wird, damit die Bildungschancen im ohnehin abgehängten Viertel nicht noch weniger werden. Auch wenn sie am Ende ihr Ziel nicht erreichten, konnten die Schülerinnen und Schüler enorme Erfahrungen sammeln, wie Demokratie in diesem Lande funktioniert und auch, wo diese Demokratie ihre Grenzen hat. Einen Überblick zu den Beiträgen zum Schülerstreik in Eberswalde ist auf der Seite 15 zu finden.

Auf den Seiten nach dem Editorial gibt es Berichte von den Veranstaltungen zum Tag der Befreiung am 8. Mai und vom Arbeiter-Kampf- und Feiertag am 1. Mai sowie Gedanken zum Thema Frieden.

Dieses Thema wird später ab Seite 28 wieder aufgegriffen und durch Wortmeldungen zu derzeitigen Kriegen und Kriegsdrohungen in der Welt und der *»Kriegsertüchtigung«* im Inneren ergänzt.

Die Seiten 6 bis 13 enthalten Beobachtungen, Berichte und Wortmeldungen aus Eberswalde, Bernau und den anderen Barnimer Gemeinden einschließlich ihrer Ortsteile. Auch gesamtkreisliche Themen werden gestreift.

Nach den Erinnerungen an den Schülerstreik geht es dann weiter mit Umweltthemen. Es gibt Neues von der Bürgerinitiative für den Erhalt der Biosphäre und weitere Wortmeldungen zum Dauerthema B167neu. Auch Radwege und der schienengebundene Personennahverkehr (SPNV) gehören zu den Themen. Berichte über lobenswerte Initiativen zum Schutz und zur Pflege der Natur ergänzen diesen Abschnitt.

Im Schlußdrittel dieser Ausgabe finden dann viele weitere Themen ihren Platz. Da geht es um die Strafverfolgung einer Ärztin, die Corona-Atteste ausgestellt hatte, um Streitigkeiten im Bezirksverband der Kleingärtner, um Tips zur Kurzzeitpflege, eine Ernährungsberatung, Buch- und Wandertips, es wird an die Gründung des Eberswalder Gospelchors vor 30 Jahren erinnert und über Neues vom Kreiselternrat informiert und vieles mehr.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre.

GERD MARKMANN

»Sommer im Hof*« in Bernau*

Im Hof der Tourist-Information und der Galerie Bernau kann in diesem Sommer gezeichnet, gelauscht und gestaunt werden. *»Sommer im Hof«* bietet ein abwechslungsreiches Programm mit Poetry-Slam, Zeichenkurs, Open-Air-Kino und Lesung.

Der Hof vereint historische Architektur mit einer besonderen Atmosphäre. Das denkmalgeschützte Bürgerhaus aus dem 18. Jahrhundert bildet den stimmungsvollen Rahmen für den liebevoll gestalteten Innenhof. *»Der Hof bietet den idealen Rahmen, um Kultur in vielfältigen Formen erlebbar zu machen und Menschen in besonderer Atmosphäre zusammenzubringen«*, so Devin Martini von der Tourist-Information.

Die Reihe begann bereits am 19. Juni mit dem *»bAernau sLam«* und der gesamten Bandbreite aktueller Poetry-Slam-Kultur.

Am **3. Juli** findet der Comic-Zeichenkurs *»Comic & Cake«* unter der Leitung des Illustrators Christian Bartz statt. In dem Kurs erhalten die Teilnehmenden einen ersten Einblick in die Welt der Comics und lernen, die Bernauer Comicfiguren der Hussitenbande selbst zu zeichnen. Praktische Übungen, wertvolle Tips sowie eine Kuchenauswahl eines lokalen Cafés begleiten den kreativen Prozeß. Die Veranstaltung beginnt um 17.30 Uhr und kostet 15 Euro inklusive des Zeichenmaterials und eines Stück Kuchens.

Am **28. August** lädt ein Open-Air-Kinoabend zu der deutschen Tragikkomödie *»No Hit Wonder«* ein. Der Film aus dem Jahr 2025 erzählt die Geschichte eines einst gefeierten Sängers, der nach einem gescheiterten Suizidversuch in der Psychiatrie landet. Zu den Drehorten zählt unter anderem das UNESCO-Welterbe Bauhaus in Bernau bei Berlin, das dem Film eine besondere lokale Verbindung verleiht. Beginn ist um 19.30 Uhr. Der Eintritt beträgt 5 Euro inklusive einer Tüte Popcorn.

Am **4. September** liest Autorin Peggy Mädler aus ihrem Roman *»Selbstregulierung des Herzens«*. Ihr Roman beleuchtet Liebe, Nähe und Loyalität im Spannungsfeld gesellschaftlicher Umbrüche und begleitet die Figuren Georg und Mona durch ein vielschichtiges Leben in der DDR und im wiedervereinigten Deutschland. Peggy Mädler, geboren 1976 in Dresden, studierte Theater-, Kultur- und Erziehungswissenschaften und promovierte in Kulturwissenschaften. Sie ist als freie Autorin und Dramaturgin tätig und arbeitet bundesweit mit verschiedenen Theatern, Regisseuren und Performancegruppen zusammen. Die Lesung beginnt um 19.30 Uhr mit 10 Euro Eintritt inklusive eines Getränks.

Die Teilnahme an den Veranstaltungen ist nur mit vorheriger Ticketbuchung möglich, in der Tourist-Information Bernau oder unter www.bernau-besuchen.de. *NILS LÖNNIES*

Zum Thema FRIEDEN

von Gabriele Ludwig

Jeffrey Sachs benannte in seinem offenen Brief, erschienen am 27.05.2026 in der Berliner Zeitung online, deutlich **die dramatische Gefahr der Ausweitung des Rußland-Ukraine-Konflikts auf ganz Europa**. Und forderte Bundeskanzler Friedrich Merz erneut dazu auf, den Weg der Diplomatie zu beschreiten, was bisher nicht geschehen ist.

Meine Zeilen möchte ich nun an die Menschen in unserem Land richten. Denn wir werden von diesem Krieg betroffen sein, jeder Einzelne hier lebende Mensch.

Nach dem 2. Weltkrieg fragten sich nachfolgende Generationen, wie konnte das geschehen? Wie konnten die Menschen nur zulassen, daß Deutschland diesen Krieg führte und warum machten so viele mit?

Heute sind WIR nun jene Generation, die sich, sofern einige diesen Konflikt überleben werden, rückblickend diesen Fragen stellen muß. Frieden ist kein Selbstläufer, wie wir in diesen Zeiten schmerzlich erfahren müssen.

Und unser Wohl und Weh einzig per Kreuzchen in die Hände von Parteien und Politiker zu legen, ist, wie die Erfahrung nun zeigt, ein gefährlicher Irrweg. Daher sollten wir endlich verstehen, daß wir ALLE in der Verantwortung stehen, JETZT und HEUTE unsere ganze Kraft auf den Erhalt des FRIEDENS auszurichten. Uns friedlich einzumischen und STOP zu sagen.

Ohne Frieden ist Leben nur ein Überleben. Und ich frage mich, wollen wir in einer vom Krieg zerstörten und traumatisierten Welt und Gesellschaft existieren oder lieber in einer so unfaßbar wundervollen Welt, aber unperfekten Gesellschaft leben, die unserer Hilfe bei der Lösung von Problemen bedarf?

Ich stellte mir in Anbetracht der Situation folgende Fragen und möchte die Menschen und gerade auch Politiker auffordern, dies ebenfalls zu tun.

• Was werde ich rückblickend meinen Enkeln einmal erzählen, welche Rolle ich gespielt habe, bei der Zerstörung von Deutschland, bzw. bei der Eskalation mit Rußland, die in den Krieg führte?

• Wie werde ich noch in den Spiegel schauen können, wenn ich (indirekt oder direkt) jene unterstützte, die uns in diese Eskalation trieben? Das sind übrigens jene, die vom Krieg profitieren, die selbst und ihre Familien niemals an der Front kämpfen und ihr Leben dort verlieren werden.

• Wie werde ich rückblickend damit weiterleben können, wenn ich erleben mußte, daß meine Familie, Freunde, Nachbarn, Tiere, Umwelt... Opfer eines Krieges wurden, DER UNS HEUTE BEVORSTEHT, WEIL UNSERE POLITIK IHN PROVOZIERT UND WIR IHN WEITGEHEND TATENLOS ZUGELASSEN HABEN?

• Ein uns bedrohender Krieg, dessen Eskalation ich aktiv oder passiv mit voran trieb durch mein Handeln, z.B. als Politiker einer kriegstreibenden Partei, als Unterstützer oder Mitglied einer solchen Partei, als Soldat, als Mitarbeiter in einem Unternehmen, welches Kriegsmaterial herstellt oder einfach nur als Mensch, der nichts unternommen hat, um ihn abzuwenden?

Was werde ich antworten?

– Aber ich habe doch von nichts gewußt.

Es gibt das Internet, JEDER kann sich umfassende Informationen holen. So gibt es viele Videos auf You Tube von renommierten Journalisten, Autoren, Politikwissenschaftlern..., die über ein fundiertes Wissen verfügen und über die Hintergründe und Entwicklung dieses Konfliktes aufklären und warnen, wie z.B. Patrik Baab, Ulrike Guérot, Gabriele Krone-Schmalz, Peter Hahne u.v.m.

– Aber es gab doch den Fraktionszwang. Da hätte ich nicht dagegen stimmen können.

Stelle ich meinen persönlichen Profit (Karrieremöglichkeiten, finanzielle Vorteile...) ÜBER das Leben, indem ich die Politik einer Partei mittrage, die das Land und Leben aller Lebewesen massiv gefährdet, bzw. schädigt oder zerstört? Vielleicht sogar gegen meine Einstellungen und Ideale?

– Was hätte ich denn alleine tun können?

Ich bin nicht allein, es gibt viele Menschen, die sich für den Frieden einsetzen. Ich kann mit ihnen auf die Straße gehen und laut und unübersehbar demonstrieren und gemeinsam Ideen entwickeln, die der Bewahrung des Friedens dienen.

Ich kann den kriegstreibenden Parteien meine Unterstützung und Mitarbeit entziehen. Ich kann mit Familie, Freunden, Bekannten sprechen und an ihr Gewissen appellieren, ihnen die Konsequenzen ihres Handelns aufzeigen. Ich kann mich Firmen und ihrer Produkte verweigern, von denen ich weiß, daß sie auf Kriegsrüstung umstellen. Ich kann mich der *»Chance«* verweigern, Gewinn mit dem Krieg zu machen, indem ich z.B. nicht in Aktien solcher Kriegsfirmen investiere. Ich kann mir eine Arbeit bei einem anderen Unternehmen suchen. Ich kann die Entscheidung treffen, mich niemals als Soldat zur Verfügung zu stellen. (*»Du sollst nicht töten«*). Ich kann für den Frieden beten...

Selbst wenn einzelne Entscheidungen Konsequenzen nach sich ziehen können, wie z.B. eine Hemmung der Karrieremöglichkeiten in der Politik, vielleicht auch Repressionen dieses Staates gegen mich, so wird die aus einem Nicht-Handeln entstehende Konsequenz (KRIEG mit Rußland) unausweichlich weitaus schlimmere Konsequenzen nach sich ziehen. Nämlich mit Eintritt des Krieges die wahrscheinliche Zerstörung des eigenen LEBENS und allem, was und wen ich liebe und mir einmal aufgebaut habe (materiell und immateriell), sowie der Verlust der eigenen Heimat.

Die Frage lautet, wofür setze ich mich ein? Wenn der Erhalt des Friedens es nicht wert ist, wofür dann?

Daher meine Bitte: Schließt Euch der Friedensbewegung an. Geht auf Demonstrationen für den Frieden, werdet VIELE, werdet LAUT und werdet UNÜBERSEHBAR. Helft mit, die Kriegstreiberei friedlich zu beenden.

Wenn meine Enkel mich eines Tages fragen, was ich getan habe, um das aufzuhalten, kann ich sagen: Ich war nur ein kleines Rädchen im Getriebe dieser Kriegsmaschinerie. Die konnte jedoch nur funktionieren, weil alle Rädchen reibungsfrei und perfekt ineinander griffen. Ich habe aufgehört, ein funktionierendes Rädchen zu sein...

Sei jetzt Sand im Getriebe, statt später Staub auf dem Schlachtfeld!

Tag der Befreiung



FOTO: ECKHARD LAURICH

Eberswalde (bbp). Am Nachmittag des Tages der Befreiung am 8. Mai hatte der Kontakt e.V. an das Sowjetische Ehrenmal in der Freienwalder Straße eingeladen, um den im 2. Weltkrieg bei der Befreiung von Eberswalde gefallenen sowjetischen Soldaten zu gedenken. Der Iwuschka-Chor sorgte für eine feierliche Stimmung, indem er russische und andere Lieder zu Ehren der Soldaten sang.



FOTO: KORNELIA LUBKE

Die Eberswalder Friedensfreunde verfügen seit kurzem über ein eigenes *»Friedensfahrzeug«*, auf das sie sehr stolz sind. Die Friedensfreunde sind an jedem zweiten Sonnabend um 10 Uhr an der Eberswalder Friedensbrücke präsent. Das nächste Mal am 4.7.

Gedenktag 8.Mai



Foto: Thomas Tobler

Bernau (bbp-ber). Am Tag der Befreiung durch die Sowjetarmee fanden in Bernau wie auch in den Vorjahren traditionell an drei Plätzen der Innenstadt Gedenkfeiern statt.

Vor etwa hundert Teilnehmern erinnerte Bürgermeister André Staahl um 16.30 Uhr am sowjetischen Ehrenmal in der Mühlenstraße angesichts neuester Entwicklungen an die Kriegstoten des zweiten Weltkriegs und an die sich daraus ergebende Verantwortung der Gesellschaft, so miteinander umzugehen, daß sich derlei Ereignisse nicht wiederholen. Welche Ergebnisse zu verzeichnen sind, wenn die Grundsätze gegenseitigen Respekts verlassen werden, hat Bernau in hohem Maße erleben müssen. Nicht umsonst nimmt bis heute das Gedenken an die Befreier der Stadt einen festen Platz im Stadtleben ein.

Die Veranstaltung wurde wie immer unter reger Beteiligung Bernauer Bürger am gegenüber liegenden Deserteursdenkmal mit mehreren Lesungen fortgesetzt. Das am 15. Mai 1998, dem Tag der Kriegsdienstverweigerer, eingeweihte Deserteursdenkmal an der Bernauer Stadtmauer trägt die Inschrift *»Weil er nicht töten wollte«*. Es wurde als Bronzerelief von Bildhauer Friedrich Schötschel aus Biesenthal erschaffen und ist traditionelle Etappe des Bernauer Befreiungsgedenkens am 8.Mai.

Das Deserteursdenkmal zeigt einen an Händen und Füßen gefesselten Deserteur bei seiner Hinrichtung. Die Augen sind ihm verbunden. Neben ihm befinden sich in der Wand zahlreiche Einschußlöcher. In Bernau bei Berlin waren noch im April 1945 Deserteure von Feldjägern erschossen worden. Das Grab von zwölf Soldaten eines Strafbataillons, die sich von ihrer Truppe entfernt hatten, wurde 1956 nördlich der Chaussee Bernau-Albertshof gefunden.

Der Gedenktag endete schließlich traditionell bei angeregten Gesprächen auf dem Marktplatz und kulinarischer Begleitung.

Zum 85.Jahrestag des Überfalls Nazideutschlands auf die UdSSR:

Der ganze Frieden – Lothar E. Lutze

Was macht es mit einem fünfjährigen Jungen, der gerade sein Zuhause verloren hat, auf der Flucht ist und dabei von Granatensplittern getroffen und schwer verletzt wird? Was macht es mit einem fünfjährigen Jungen, wenn er kurze Wochen später im hohen Gras am Ufer der Havel einen Fremden liegen sieht – einen sterbenden Soldaten, der seine Hand packt und seine letzten Worte in einer fremden unverständlichen Sprache zu ihm spricht?

Wo ist Lothars Heimat? Woran darf er glauben? Was und wo wird sein Leben sein in einem geviertеilten Land, das nur noch nach Besatzungszonen benannt wird und unaussprechliche Verbrechen begangen hat?

Die geflohene Familie war nur eine von vielen. Ein Leben in Brandenburg an der Havel in der sowjetischen Besatzungszone war die erste Station in der Fremde. Doch 1953 beschloß Lothars Vater die Umsiedlung nach Bad Kreuznach in der [ehemaligen] amerikanischen Besatzungszone. Lothars Herz, Lothars Sehnen blieb in Brandenburg an der Havel. Dorthin kehrte er immer wieder zurück in den Ferien. Die Großeltern waren geblieben. Der Rest? Ist Geschichte. Wortwörtlich, fragmentarisch unter seinem Eintrag auf Wikipedia zu lesen, via Suchmaschinen abrufbarer archivierter Zeitungsartikel oder kurz von einer KI erklärt.

Für die einen war er ein *»Kundschafter des Friedens«* – einer, der den Dritten Weltkrieg mit verhindert hat. Für die anderen war er der Militärspion mit der Aura eines 007, der als *»Charly«* alle hintergangen und ihrer Top Secrets entledigt hatte.

Lothar-Erwin Lutze wollte, daß das, was ihm als Fünfjährigen widerfuhr, keinem anderen Jungen mehr passieren muß auf der Welt. *»Nie wieder Krieg!«* hieß es jahrzehntelang für alle, die auf deutschem Boden überlebt hatten. Um dafür zu sorgen tat er alles, was in militärischen Planungen stand, auch aufzudecken.

Als Lothar-Erwin Lutze enttarnt wurde und elf Jahre isoliert in Gefangenschaft saß, drang durch die Gitterstäbe das Lied *»Ein bißchen Frieden«* von Nicole. Draußen installierte die BRD gerade neue Pershing-II-Raketen. West-Deutschland rüstete auf, während er drinnen saß, weil er genau das verhindern wollte.

Warum der 1. April 1987 – der Tag seines Austauschs ein Jahr vor der regulären Strafverbüßung – zu einem historischen Wendepunkt wurde, zeigte sich am 3. Oktober 1990. Der Agententausch hatte sich deutschgeschichtlich einfach aufgelöst.

Es wurde stattdessen die Zeit, als sich alle von ihm abwandten. Abwandten? Ja. Nicht umsonst ist das Wort *»Wende«* in der deutschen Geschichte historisiert. Wende hat auch Abwenden bedeutet. Abwenden von Menschen, die einem nicht mehr nütze sind. Die plötzlich, politisch besehen, zu heißen Eisen geworden waren.

Welchen Satz mag der sterbende russische Soldat am Ufer der Havel im hohen Gras zum fünfjährigen Lothar gesagt haben? Damals, als der größte Zusammenbruch der Zivilisation der neueren Zeit 70 Millionen Tote brachte und traumatisierte Generationen in allen Ländern hinterließ? Lothar wollte kein *»bißchen Frieden«*. Lothar-Erwin Lutze wollte den ganzen Frieden.

Für alle.

FRANK DER PFADBEREITER

Lothar-Erwin Lutze (24.09.1940-06.04.2021)

Meditationsgedicht

Weltfrieden

Ich schaue in die sonnenleuchtenden Ähren des japanischen Silbergrases.
Sie wogen sanft in leichtem Wind.
Während ich sie anschaue,
weiß ich,
daß auch dieser Moment in der Akasha-Chronik im Universum aufgezeichnet wird – für die Ewigkeit
und daß die gesamte geistige Welt der höheren Sphären
darauf Zugriff hat,
es wahrnehmen kann.
...
Dieses Bewußtsein und in Liebe zu sein, ist der Weltfrieden.

FRANK DER PFADBEREITER



Grafik: Frank der Pfadbereiter

Der Kuchen, den wir alle backen

Rede zur Erste-Mai-Feier auf dem Marktplatz in Bernau

Ich wünsche uns allen einen wunderbaren Ersten Mai! Es ist mir eine Freude, heute bei Euch und bei Ihnen zu sein.

Es wird jetzt vielleicht verwundern, aber ich finde, wir müssen heute mal über Wettbewerbsfähigkeit reden. Insbesondere in der Europäischen Union, aber auch in Deutschland, ist das der Kampfbegriff unter dem Soziales, in der Klima-, der Umweltpolitik abgebaut wird. In Deutschland bekommt man ja diese Angriffe mit: Rente, Krankenversicherung, Acht-Stunden-Tag. Jede Woche, kommt eine neue Zumutung. Dasselbe gilt auch für die EU, da bekommen es viele leider nicht so mit.

Bei diesen Angriffen, schwingt immer mit, wir hätten *»über unsere Verhältnisse gelebt«*, *»So geht es nicht weiter«*, *»Wir sind nicht mehr wettbewerbsfähig«*.

Ja, in einigen Industrien läuft es nicht gut. Zum Gesamtbild gehört aber auch, daß wir einen Rekordstand an Beschäftigten und geleisteten Arbeitsstunden in Deutschland haben. Hunderte Millionen Stunden davon übrigens unbezahlt. Zur Wahrheit gehört auch, daß die Milliardäre in der EU allein im ersten Halbjahr 2025 ihr Vermögen um 400 Milliarden Euro steigern konnten. Wir haben nicht über unsere Verhältnisse gelebt. Eine kleine Schicht nimmt sich nur dreist immer und immer wieder ein zu großen Teil des Kuchens, den wir alle backen.

Besonders deutlich ist dies wieder einmal in den letzten Wochen geworden. Die Preise für fossile Brennstoffe stiegen sprunghaft an, aufgrund von Spekulationen infolge des Iran-Krieges. Über 80 Millionen Euro an zusätzlichen Gewinnen steckten die Ölmultis zusätzlich in die Tasche – 80 Millionen pro Tag! Das hat nichts, aber auch gar nichts mit gestiegenen Kosten zu tun oder mit Knappheit – es ist reine Profitgier. Und es ist schon spannend zu sehen, wie darauf seitens der Herrschenden reagiert wird – eigentlich gar nicht. Preiskontrolle Fehlanzeige. Übergewinnsteuer Fehlanzeige. Alles was effektiv helfen könnte, wird nicht gemacht. Dafür darf der Preis nur noch einmal am Tag erhöht werden, Gratulation. Ab heute gilt der Tankrabatt und leider bin ich mir ziemlich sicher, daß der wieder in den Gewinnen der Konzerne landen wird und nur begrenzt uns alle entlasten wird. Genauso untauglich sind viele der andere Maßnahmen, die wir sehen.

Was sind die Ursachen dafür, daß es mancher Industrie gerade nicht so gut geht, wir also vermeintlich nicht mehr wettbewerbsfähig sind? Mal abgesehen davon, daß eine exportgetriebene Wirtschaft, wie sie Deutschland darstellt, immer problematisch ist, da dieses Modell niemals für alle gleichzeitig weltweit funktionieren kann, solange wir nicht auf den Mars exportieren. Und so sehen wir Überkapazitäten in allen wesentlich industriellen Bereichen. Die Linke hat immer gesagt, daß das Wirtschaftsmodell vielleicht gut für wenige ist, die Profite einstreichen, mittelfristig aber eine Gefahr für die Beschäftigten und die Regionen darstellt, die von diesen Industrien abhängig sind.

Aber schauen wir uns an, was in den letzten Monaten geschehen ist: Trump zettelte einen Zoll-Streit an. Manche Firmen wußten gar nicht mehr, welche Zölle sie eigentlich zu zahlen hätten. Hilft es da, wenn man nun Sozial- und Klimastandards streicht? Nein!

Ein großer Absatzmarkt ist die EU, dort haben sich Löhne und damit die Nachfrage auch nach deutschen Produkten, nach der Pandemie noch nicht erholt. Helfen da Rentenzumutungen und Einschränkungen bei den Krankenversicherungen? Nein!

Oder schauen wir nach China: Bei wichtigen Produkten haben Firmen aus China technisch aufgeholt und überholt. Während deutsche Konzerne in der Vergangenheit auf Schummelsoftware für Diesel gesetzt haben, zogen chinesische Konzerne in Zukunftstechnologien vorbei. Helfen da Diskussionen über längere Arbeitszeiten? Nein!

Wir dürfen uns nicht für dumm verkaufen lassen. Was hier gespielt wird, ist Umverteilung von unten nach oben. Sie sagen Wettbewerbsfähigkeit, meinen aber eine immer dreistere Ausbeutung von Beschäftigten und Natur – für die Profite von wenigen.

Das alles ist noch in einer ganz anderen Hinsicht hochproblematisch. Da, wo soziale Unsicherheit geschürt wird, herrscht ein hervorragender Nährboden für Rechtsaußen. Merz ist einmal angetreten, die AfD zu *»halbieren«*. Mittlerweile wird die Union gar von der AfD in einigen Umfragen überholt. Wann lernt es die CDU endlich? Wer politisch der Rechten hinterherläuft und versucht, mit migrationsfeindlichen Sprüchen zu punkten, stärkt die Rechten und schwächt sie nicht. Wer unsoziale Politik macht, schürt Unsicherheit, bereitet den Nährboden für die Rechten. Und wer mit Ihnen zusammenarbeitet, wie wir es im Europäischen Parlament leider mittlerweile systematisch sehen, normalisiert sie und stärkt sie.

Was *»Rechte an der Macht«* bedeutet, kann man leider andernorts genau studieren: Entrechtung und Gewalt von und gegenüber Geflüchteten, Entrechtung queerer Menschen, Abbau von Beschäftigten-Recht, Abbau von Frauenrechten, Abbau von Klima schutz, Abbau von Umweltschutz. Schaut nach Ungarn, Frankreich, schaut in die USA!



Foto: Martin Günther

Ich komme gerade aus Lateinamerika zurück, wo ich auch Ecuador besuchte. Seit 2,5 Jahren regiert dort ein rechter Präsident – übrigens ein Sproß der reichsten Familie Ecuadors. Im Land gab es in der Vergangenheit keinen Militärputsch, keine Guerillia-Bewegungen, die Republik war stabil. Was mir dort verschiedenste Akteure über den Abbau von sozialen Rechten, Abbau von demokratischen Institutionen, Repressionen gegen die Zivilgesellschaft oder die Opposition innerhalb von gerade einmal zweieinhalb Jahren erzählt haben, hat mich zutiefst schockiert. Heute wollen viele Ecuadorianer ihren Protest auf die Straße tragen.

Der Erste Mai war immer auch ein Tag der internationalen Solidarität. Laßt uns also einen solidarischen Gruß an die Menschen in Ecuador und überall in der Welt senden, die sich für Beschäftigten-Rechte, Demokratie, den Erhalt unserer Welt und Frieden einsetzen. Insbesondere an all diejenigen, die es nicht so einfach haben, wie wir, um sich am Ersten Mai für Gerechtigkeit und Frieden zu versammeln!

Heute, aber auch an jedem anderen Tag wissen wir: Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, EU-Kommissar, noch Kanzler. Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun. In dem Sinne bleiben Sie interessiert, kritisch und widerständig! Ich wünsche Euch und Ihnen allen einen wunderbaren Ersten Mai!

MARTIN GÜNTHER

Der Bernauer Abgeordnete der Partei *»Die Linke«* Martin Günther (zur Zeit mit Sitz im Europäischen Parlament) trug diesen Appell auf der Maifeier am Markplatz in Bernau bei Berlin vor

Kleingärtner-Demo

Eberswalde (bbp). Für den 20. Juni hatten erneut frustrierte Kleingärtnerinnen und Kleingärtner zu einer Kundgebung auf dem Eberswalder Marktplatz aufgerufen.

Hintergrund ist der weiterhin brodelnde Streit zwischen dem Vorstand des Bezirksverbandes der Kleingärtner Eberswalde und Umgebung e.V. (BVK) und mehreren Kleingärtnern und Kleingartenvereinen. Der BVK-Vorstand hat gegen mehrere Kleingärtner Klagen eingereicht, mit denen die Kündigung von Pachtverträgen oder der Rückbau von Bauten durchgesetzt werden soll.

Inzwischen hat der BVK in Einzelfällen Erfolge vor Gericht errungen. Die betroffenen Kleingärtner kritisieren insbesondere, daß bei den Entscheidungen das selektive Vorgehen des BVK unberücksichtigt blieb. Seitens der Betroffenen wird durchaus eingeräumt, daß bestimmte Bauten in den vergangenen Jahren errichtet wurden, die nicht den Vorgaben des Kleingartengesetzes entsprechen. Allerdings gab es dafür Ausnahmegenehmigungen. Vor allem aber würden ähnliche Bauten bei einigen Kleingärtnern toleriert, bei anderen nicht. Von Vetternwirtschaft ist die Rede.

Daß die Konflikte kaum auf Einzelfälle reduziert werden können, zeigt sich darin, daß inzwischen mehrere Kleingartenvereine aus dem Bezirksverband ausgetreten sind oder einen solchen Schritt beabsichtigen. Betroffene haben sich inzwischen zur Initiative *»Gärtnern statt Prozesse«* zusammengeschlossen. Es sei jetzt *»extrem wichtig, daß wir zusammen zeigen, daß wir uns nicht so einfach abspeisen lassen«.* *(siehe auch Seite 34)*

Lottomittel für den Zoo

Ihr Abgeordneter im Landtag Brandenburg André von Ossowski und die Gesundheitsministerin a.D. Britta Müller haben für den Zoo Eberswalde rund 69.900 Euro aus Lottomitteln auf den Weg gebracht.

»Zoo für alle« heißt das Motto. Eberswalde soll einer der schönsten Kleintierzoos Europas bleiben. Dafür ist die Direktorin Paulina Ostrowska mit angetreten.

André von Ossowski, Bürger in Eberswalde, weiß um die Bedeutung des Zoos. Der Zoo Eberswalde ist auch eine Bildungseinrichtung, ideal für Familienausflüge, Spaziergänge und kurze Erholung in der Natur. Besucher erfahren viel über die Tierarten, Lebensräume, den Artenschutz und die ökologischen Zusammenhänge. Mit dem Geld werden insgesamt vier Teilprojekte mit dem Ziel gefördert, den Zoo attraktiver und barrierefreier zu gestalten. Mit dem Geld aus Lottomitteln wird ein starkes Zeichen für gesellschaftliche Teilhabe und gelebte Inklusion gesetzt.

FRANK ENZMANN

Gegen höhere Schwimmhallen-Preise

Die Streitereien im Bezirksverband der Kleingärtner (BVK) enden nicht. Die Stadt Eberswalde als Generalverpächterin der Kleingartenflächen steht in der Verantwortung und muß aktiv werden, wenn der BVK nicht mehr willens oder in der Lage ist, seinen vertraglichen Verpflichtungen ordnungsgemäß nachzukommen. Unsere Fraktion regt an, gegebenenfalls die Neugründung eines Dachvereins der Kleingärtner zu unterstützen.

Die Erhöhung der Eintrittspreise für das Sportzentrum Westend einschließlich der Schwimmhalle wird durch unsere Fraktion abgelehnt. Das jährliche Defizit wird damit nur unwesentlich reduziert, während die Nutzerinnen und Nutzer erhebliche Mehrbelastungen tragen sollen. Die Finanzen für die notwendige Sanierung des Schwimmbads können so ohnehin nicht aufgebracht werden. Hier wurden Gelegenheiten schlicht versäumt. Einst besaßen die Technischen Werke Rücklagen, mit denen aber nicht gewirtschaftet wurde. Immerhin hier könnten nun die Sonderschulden des Bundes helfen.

Mit *»Investoren«,* die keine Kleinstgewerbetreibenden sind, wird zuweilen sehr geduldig umgegangen. Die Vor-Ort-Kontrolle am 9. Juni im EKZ *»Heidewald«* machte nun klar, daß auch das Grenzen hat. Unser Dank gilt dem Baudezernenten, der die Begehung organisiert hat. Wichtig ist, nun schnell Alternativen zu organisieren, damit das Brandenburgische Viertel ab Oktober nicht ohne Nahversorger bleibt.

MIRKO WOLFGRAMM, Die PARTEI
Alternative für Umwelt und Natur

Zähneputzen nicht mehr in der Kita?

Neben einem Bericht des Zweckverbandes Finowkanal zum Stand der Schleusensanierung und den Termin-Informationen des Bürgermeisters im Amt, Maik Berendt, nahm die Heidewaldfrage ziemlichen Raum in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung am 4. Juni ein. Baudezernent Ilja Haub lud noch einmal die Fraktionsvorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung ein, in fünf Tagen an einer Begehung des wegen zunehmender Verschmutzung ins Gerede gekommenen Einkaufszentrums teilzunehmen. Am 9. Juni sollte dann auch der Eigentümer dabei sein, hatte man gehofft. Dietmar Ortel (CDU) rief die Stadtverwaltung dazu auf, unabhängig vom Heidewald, der nach seiner Ansicht *»am seidenen Faden«* hänge, einen Nahversorger für das Brandenburgische Viertel zu planen. Das Konzept der *»grünen Wiese«* hatte die Rathausspitze bisher immer abgelehnt.

Die Auswertung des Waldstadt-Festivals konnte an diesem Termin noch nicht stattfinden, da es erst am nächsten Tag startete. Auch die Ankündigung des genesenden Bürgermeisters Götz Herrmann, am 27. Juli wieder die Amtsgeschäfte zu übernehmen, erfuhr man erst in der nächsten Woche aus der Zeitung. Aber Oskar Dietterle (Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur) wollte von Maik Berendt wissen, ob man nicht die Bebauung des Schwärzeblicks, einer Brachfläche mit Bebauungsplan, beschleunigen kann, indem man dafür die Grundsteuer C einführt. Dies würde diverse Bauherren *»ermutigen«,* doch eher mit dem Projekt zu starten. Auch beim Hufnagelquartier und bei der Eisenspalterei tut sich nichts. Die nächsten aussichtsreichen Kandidaten wären das Messingwerkprojekt, die Ackerstraße und das Schleusenquartier, das jüngst beschlossen wurde. Der amtierende Bürgermeister, gleichzeitig Finanzdezernent und Kämmerer, konnte sich mit der Idee nicht anfreunden. Herr Berendt sagte, daß es dafür einen zwingenden Nachweis von Bedarf, sprich Bedarf an Wohnraum geben müsse und angesichts der aktuellen Entwicklung (hier meinte er bestimmt die Demografie) könne man das derzeit nicht feststellen. Das ist wahrscheinlich auch der Grund, warum sich auf den Brachflächen nichts tue, überlegt sich der Beobachter. Denn wo kein Bedarf ist, sinken die Preise, ein no go für Investoren.

Für Essen und Trinken ist immer Bedarf. Deshalb kann man auch beim Heidewald hoffen, daß mit dem Umbau ab Oktober diesen Jahres, wie die Zeitung schrieb, die angestrebte Revitalisierung des Einkaufszentrums erreicht wird. Zwar wird Edeka kein Discounter sein, doch gibt es im Sortiment auch durchaus Discounterpreise, was dem einen oder anderen Einwohner entgegenkommen würde.

Aber zurück zur Versammlung: Jörg Mrozek (AfD) wollte vom Baudezernenten wissen, auf welchen Straßen noch die Winterschäden beseitigt werden müssen und sein Fraktionskollege Tilo Weingardt bemängelte, daß in den Kitas offenbar keine Zähne mehr gemeinsam geputzt werden und daß diese Erziehung zur Hygiene benachteiligten Kindern nicht mehr vermittelt werde. Bernd Schlüter, Dezernent für Soziales und Bildung (unter anderem), bestätigte, daß dies vom Land so vorgegeben sei und daß die Kinder die Zähne zu Hause putzen sollen. Desweiteren verschlechtern sich offenbar die Hygienevorschriften für öffentliche Bäder wie dem baff, so der Stadtverordnete, der auch den Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) leitet, F3 genannt.

J.G.

Überleben gesichert?

Die Stadt Eberswalde hat begonnen, angefangen im Park am Weidendamm, sogenannte Pfandflaschenringe aufzustellen, damit geneigte Entsorger sie nicht in die Landschaft werfen oder in Mülleimer, wo sie dem Recyclingkreislauf entzogen werden.

Außerdem, so die Stadt im neusten Amtsblatt, brauchen dann geneigte Pfandflaschensammler nicht mehr in den Mülleimern zu wühlen. Die Vereinigung Professioneller Pfandflaschensammlerinnen Eberswalde (VPPE) sieht das Vorhaben allerdings kritisch. Gerade das unappetitliche Wühlen in verschmutzten Mülleimern bietet einen unschätzbaren Wettbewerbsvorteil, weil sich das die wenigsten antun würden. Die, die wirklich auf das Geld angewiesen sind, sind da schmerzfrei.

Also, liebe Stadt: Gut gemeint ist nicht gut gemacht!

FRANK PLISCHKE



Foto: Jürgen Gramzow

Theorie und Praxis

Eberswalde (prest-ew/bbp). Seit September 2025 stehen in der Innenstadt zwei Pizzabox-Abfallbehälter. Die Überfüllung der Standard-Abfallbehälter durch sperrige Pizzakartons soll so geringer werden. Eine der neuen Pizzaboxen befindet sich am Durchgangsweg vom Spielplatz an der Michaelisstraße und eine zweite ist nahe dem Bootsanleger an der Stadtpromenade zu finden. Die zwei Behälter wurden zu Testzwecken aufgestellt, um deren Akzeptanz und Nutzen bewerten zu können. Die Sommermonate sollen zeigen, ob sich diese Standorte auf Dauer lohnen.

Kontrollgang im »Heidewald«

Nun offiziell: Nahversorger Netto schließt zum 30. September

Eberswalde (bbp). Auf Einladung des Dezernenten für Bau und Stadtentwicklung Ilja Haub nahmen am Abend des 9. Juni mehrere Stadtverordnete an einem Rundgang in und am Einkaufszentrum *»Heidewald«* zum Thema Ordnung und Sauberkeit teil.

Ilja Haub hatte seine beiden Dezernentenkollegen Bernd Schlüter (Soziales/Bildung) und Maik Berendt (Verwaltung und Finanzen, zugleich amtierender Bürgermeister) sowie André Wincierz (Ordnungsamtsleiter), Arko Auschner und Michael Zimmermann (Bauordnungsamt) mitgebracht. Auch der Leiter des Umweltamtes der Kreisverwaltung Barnim Robby Baaske und Vertreter der Barnimer Dienstleistungsgesellschaft waren Haubs Einladung gefolgt. Der Eigentümer Sahid Sanli ließ sich wie üblich durch seinen Projektentwickler Marco Bauer vertreten.

Was kam nun heraus bei dieser hochkarätig besetzten Begehung? Außer Spesen sei nicht viel gewesen, konstatiert der Stadtverordnete Carsten Zinn. Aber immerhin informierte Bauer darüber, daß seit Anfang Juni eine Reinigungsfirma aus Berlin damit beauftragt sei, bei Bedarf im Einkaufszentrum *»Heidewald«* tätig zu werden. Aktuell werde einmal pro Woche saubergemacht, sagte Sanlis Beauftragter.

Die immer mehr zunehmende Verschmutzung und Verwahrlosung hatte zuletzt zu vielen Beschwerden geführt. Das veranlaßte letztlich auch die Rathausspitze zu diesem Kontrollrundgang. Baudezernent Ilja Haub bemerkte, daß sich das Erscheinungsbild im und am Gebäudekomplex deutlich verbessert habe.

Carsten Zinn spricht da von einem *»Schönredner, Verharmloser und Relativierer in der Sache«*, denn auf das Saubermachen ließ sich der Heidewald-Eigentümer erst ein, als die Beschwerden nicht mehr zu ignorieren waren und die unhaltbare Lage zum Thema der Eberswalder Rathausspitze wurde. Dennoch haben, so Zinn, die umfangreichen Mengen an Granulat, das im Winter wegen Schnee- und Eisglätte gestreut wurde, auch die jüngste Reinigungsaktion überstanden. *»Das Granulat wird scheinbar bereits für den Winter 2026/27 vorgehalten«*, vermutet der Stadtverordnete, der selber im Wohnviertel lebt.

Mit einer weiteren Neuigkeit hatte Marco Bauer dann aber doch noch aufzuwarten: Am 20. Mai habe das Oberlandesgericht einen Beschluß zum abgeschlossenen Vergleich gefaßt, nach dem Netto bis Ende September den *»Heidewald«* zu räumen hat. Mit der avisierten *»Vitalisierung«* könne demnach im Oktober 2026 begonnen werden.

Inzwischen hat auch die Netto-Zentrale bestätigt, daß die Filiale zum 30. September geschlossen wird.

Geld für Schwimmbäder

Eberswalde (bbp). Aus dem Sonderschuldenfonds zur Kriegsertüchtigung der bundesdeutschen Infrastruktur werden nun neben der sogenannten *»Sportmilliarde«* weitere 250 Millionen Euro für das Bundesprogramm *»Sanierung kommunaler Sportstätten – Schwimmbäder«* bereitgestellt.

Gefördert werden die Sanierung und Modernisierung von Hallen- und Freibädern. Kommunen konnten ihre Projekte bis zum 19. Juni 2026 einreichen. Der Bundestagsabgeordnete der SPD Stefan Zierke warb dafür. Allerdings gehen die Förderbedingungen von einem Eigenanteil der Kommunen von mindestens 55 Prozent aus. Der Höchstbetrag der Förderung beträgt 8 Millionen Euro.

Wegen des hohen kommunalen Eigenanteils hatte die Stadt Eberswalde bereits auf eine Nutzung der »Sportmilliarde« für die notwendige Sanierung ihrer Schwimmhalle in Westend verzichtet. Hier wird von einem Finanzierungsbedarf von etwa 13 Millionen Euro ausgegangen. Zierkes Landtagskollege Kurt Fischer sieht nun in dem neuen Förderprogramm Chancen für Eberswalde: *»Zwar bietet das neue Bundesprogramm zur Sanierung von Schwimmbädern ebenfalls für Eberswalde eine maximale Förderung von 45 Prozent der Gesamtkosten, aber es kann ausdrücklich durch die Sondervermögens-Mittel der Stadt Eberswalde gegenfinanziert werden. Durch die Einigung zwischen Kommunen und dem Land Brandenburg stehen Eberswalde in Summe rund 20 Millionen Euro aus dem Zukunftspaket Brandenburg – der Umsetzung der Landesmittel aus dem Sondervermögen des Bundes – zur Verfügung. Aus diesen 20 Millionen Euro könnte man entsprechend die energetische Sanierung unseres baffs in Kombination mit dem neuen Bundesprogramm möglich machen. Ich wäre sehr dafür, daß wir diese Möglichkeit als Stadtpolitik ernsthaft in Erwägung ziehen.«*

Eine energetische Sanierung der Schwimmhalle, so Fischer, würde den Technischen Werken (TWE), die seit Mitte der 1990er Jahre die Schwimmhalle im Auftrag der Stadt betreiben, helfen, auf Dauer Betriebskosten einzusparen. *»Das baff hat eine zentrale und überregional wichtige Bedeutung als Schwimm- und Sportstätte. Umso wichtiger ist es, jetzt mögliche Investitionen noch einmal neu ins Auge zu fassen. Die Debatte über die Verwendung der 20 Millionen Euro der Stadt Eberswalde aus dem Sondervermögen wird in den kommenden Wochen sicherlich an Fahrt aufnehmen.«*

Von dem Finanzbedarf von 13 Millionen Euro könnten 5,85 Millionen Euro direkt über die Bundesförderung gedeckt werden. Der Eigenanteil von 7,15 Millionen könnte, folgt man dem SPD-Politiker, durch den indirekt über das Land bereitgestellten Teil der Infrastruktur-Sonderschulden finanziert werden.

Tag des Schulgartens

Unter strahlendem Sonnenschein begrüßte die Bruno-H.-Bürgel-Schule in Eberswalde am Vormittag des 10. Juni ihre Gäste zum Tag des Schulgartens. Mit frisch gepflückten Kirschen in der Hand geleiteten die Schülerinnen und Schüler der Klasse 5M ihre Gäste zum Festgelände, wo ein abwechslungsreiches Programm auf sie wartete.

Die Feierstunde wurde von zwei Schülern, der Umweltpädagogin des Schulgartens, der Schulleiterin sowie einer Vertreterin der Stiftung WaldWelten feierlich eröffnet. Im Anschluß sorgte die Bläserklasse der Schule für eine stimmungsvolle musikalische Untermalung. Bis zum Mittag präsentierte die Klasse 5M an verschiedenen Stationen spannende Einblicke in den Anbau von Gemüse, Obst, Kräutern, Wildblumen sowie die biologische Bedeutung von Trockensteinmauern und Totholz. Besonders beeindruckt zeigten sich die Gäste von den selbstgestalteten Mosaikfliesen, der Vogeltränke und dem Hochbeet mit Erdbeeren. Wer selbst aktiv werden wollte, hatte die Möglichkeit, Löcher in einen Baumstamm zu bohren und so eine Insekten-Nisthilfe zu gestalten. Für das leibliche Wohl sorgte ein Kuchenbasar der Klasse 4a.

Der Schulgarten wurde 2023 durch die Stiftung WaldWelten initiiert. Schon im September des gleichen Jahres übergab die Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH (WHG) das Gelände für den Schulgarten feierlich an die Schule. Mit der Unterstützung der WHG, des Elternfördervereins, der Schulleitung, der Deutschen Wildtier Stiftung und der Stiftung WaldWelten haben die Kinder ein blühendes Paradies sowie einen naturnahen Lehr- und Erlebnisort geschaffen.

Wer den Schulgarten unterstützen möchte, kann gerne übrige Blumen und Kräuter aus dem Garten sowie kleine Schaufeln spenden. Kontakt für Rückfragen: sekretariat@bhb-grundschule.de

SABRINA ZIMMER, Stiftung WaldWelten

Mitwirkungsmöglichkeiten mangelhaft

Viele wichtige Entscheidungen in der Stadt werden von der Verwaltung getroffen. Diese *»Geschäfte der laufenden Verwaltung«* sind üblich bei geringem Finanzvolumen oder wenn es darum geht, Grundsatzbeschlüsse der Stadtverordneten im Detail umzusetzen.

Doch oft sind es solche Details, die die Interessen von Einwohnerinnen und Einwohnern direkt betreffen. Diese werden meist weder einbezogen, noch angehört. Oft erfahren sie davon erst, wenn die jeweiligen Maßnahmen umgesetzt werden.

Jüngste Beispiele, wie die Radwege-Südroute und die Vorhaben zur Klimaanpassung und Entsiegelung im Brandenburgischen Viertel, bei denen ganz nebenbei zahlreiche Kfz-Stellplätze verschwinden sollen, zeigen diese Mängel an Mitwirkungsmöglichkeiten.

Einen Grund dafür sehen wir darin, daß das Brandenburgische Viertel und andere Eberswalder Ortsteile seit 2014 nicht mehr über eine Ortsteilvertretung verfügen. Diese wurden abgeschafft, weil für die Einzelwahl der jeweiligen Ortsvorsteher die gleichen Regeln gelten, wie bei den Wahlen von Landrat oder Bürgermeister und die Stichwahlen wegen der geringen Wahlbeteiligung am notwendige Quorum scheiterten.

Wir fordern daher, daß alle Eberswalder Ortsteile wieder eine von den Bürgern gewählte Vertretung erhalten. Am besten in Form von Ortsbeiräten, bei deren Wahl keine Stichwahlen nötig sind, die wahrscheinlich an zu geringer Wahlbeteiligung scheitern.

MIRKO WOLFGRAMM, Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur

Verkehrsführung in der Heegermühler Straße:

Das war Murks

Der Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg hat es nun selbst bestätigt

Es gibt Neuigkeiten in Sachen Radstreifen in der Heegermühler Straße. In der März-Sitzung des Eberswalder Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU - Fachausschuß 3 – F3) gab es als TOP 9 die Projektvorstellung des Landesbetriebs Straßenwesen: B 167 – Heegermühler Straße in Eberswalde *»Radfahrstreifen, Linienbusverkehr frei«*.

Eine explizite Information, daß so eine Präsentation stattfindet, haben wir nicht erhalten. Aber wir haben natürlich die Gelegenheit genutzt, diese neuen Informationen im Nachhinein auszuwerten.

Unsere Aussage von 2017, daß die damals eingeführte neue Verkehrsführung in der Heegermühler Straße Murks ist, wird nunmehr vom Landesbetrieb Straßenwesen bestätigt. Der Radstreifen im Zusammenhang mit dem *»überbreiten Fahrstreifen«*, der angeblich ein Überholen von PKW durch PKW zulassen sollte, erzeugte vornehmlich Chaos und neue Verkehrsgefährdungen. Wir hatten dagegen 2017 ein am Ende leider erfolgloses Bürgerbegehren gestartet.

Das Landesamt brauchte fast zehn Jahre, um diese Augenscheinlichkeit nun auch festzustellen.

Das Landesamt bezieht sich auf Planungen von 2022, deren Umsetzung die bestehende Situation weiter verschlimmert hätten – wie nun auch das Landesamt erkannt hat. Aber anstatt nach wirklichen Problemlösungen zu suchen, verschlimmbessert das Landesamt die Situation weiter.

Statt nach möglichen alternativen Routen für den Radverkehr abseits der Hauptverkehrsstraße zu suchen, sollen nun eigene Ampelphasen für Radfahrer den Verkehrsfluß für alle Verkehrsteilnehmer noch weiter ins Stocken bringen. Wahrscheinlich wird das als nötig erachtet, weil das Verkehrsaufkommen insgesamt mit den Jahren deutlich geringer geworden ist und damit auch weniger Staus vorkommen, die doch gebraucht werden, um die sogenannte *»Ortsumgehung«* der B167neu zu begründen.

Die nun geplante separate Busspur, die auch dem geringen Radverkehr zur Verfügung stehen soll, wird sicherlich die Durchlässigkeit für den Busverkehr verbessern. Zugleich verbleibt dem übrigen Verkehr weniger Platz. Zumindest in verkehrsstarken Zeiten darf man sich nun wieder zuverlässig auf den gewünschten Stau verlassen.

Dr. ULRICH POFAHL und GERD MARKMANN Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde«

Zur Rad-Südrouten-Entwurfsplanung

In der StVV am 31.05.2024 wurde die Machbarkeitsstudie der Südroute Eberswalde für Radfahrende beschlossen. Auf dessen Grundlage wurde eine Entwurfsplanung für den Abschnitt Schönholzer bis Zoostraße erarbeitet und in der StVV am 19.3.2026 beschlossen.

Vier Abschnitte zwischen Schönholzer und Zoostraße sind vorgesehen. Während der erste Abschnitt zwischen der Schönholzer Straße und der Prignitzer Straße eher unproblematisch erscheint, ist es unverständlich, warum längs der Prignitzer Straße und der Potsdamer Allee dort, wo dafür der Platz vorhanden wäre, nämlich längs des Märkischen Parks und des Hundeparks kein getrennter befestigter Radweg geplant wurde. Das gleiche gilt auch für den vierten Abschnitt in der Lausitzer Straße.

Der dort vorhandene Gehweg sollte als befestigter Radweg so neu errichtet werden, daß die Parkplätze längs der Straße erhalten bleiben. Dies würde die Sicherheit der Radfahrenden in diesem Bereich deutlich verbessern und käme auch den Bewohnern der Lausitzer Straße zugute.

Die Markierung von Sicherheitsstreifen längs der Fahrbahn garantiert keine wirkliche Sicherheit und sollte deshalb, wo immer dies möglich ist, zugunsten echter Radwege vermieden werden.

OSKAR DIETTERLE

Konrad-Wolf-Retrospektive abgeschlossen

Mit dem Dokumentarfilm »Die Zeit, die bleibt« von Lew Hohmann schloß die Konrad-Wolf-Retrospektive in Bernau würdig ab. Die gesamte Retrospektive dazu war anläßlich von Konrad Wolf's 100-jährigem Geburtstag von der Urania-Barnim e.V. aufgelegt. Kuratiert wurde die Reihe von Dr. Dieter Korczak.

Zur Eröffnung im Herbst 2024 wurde das Leben und Werk von Friedrich Wolf (1888-1953), Arzt, Dramatiker, Politiker und Vater von Konrad Wolf vorgestellt. Im Frühjahr 2025 schlossen sich drei Lesungen zu Konrad Wolf an, Jugend und Krieg in Rußland, die Phase bis zum 11. Plenum des Zentralkomitees der SED 1965 und schließlich sein Leben als Präsident der Akademie der Künste und Filmschaffender bis zu seinem Tod am 7. März 1982.

Im März 2025 ehrte eine Festveranstaltung im neuen Rathaus Bernau Konrad Wolf als Mensch, Künstler und Ehrenbürger. Seine Familienangehörigen waren anwesend, außerdem über 100 Gäste aus Bernau. Nach einem Grußwort des Bürgermeisters der Stadt Bernau bei Berlin, André Stahl, wurde sein Lebensweg in verschiedenen Vorträgen lebendig nachgezeichnet. Im Anschluß wurde sein Film *»Sonnensucher«* (1958) gezeigt, der erst vierzehn Jahre nach seiner Produktion 1972 für kurze Zeit in den Kinos der DDR zu sehen war.

Damit war die Retrospektive eröffnet, in der von März 2025 bis Juni 2026 seine vierzehn Spielfilme, seine zwei Dokumentarfilme über Ernst Busch und der Film von Lew Hohmann, die über ihn gezeigt wurden. Außerdem gehörten zu dem Urania-Programm zwei Exkursionen, eine zum Friedrich-Wolf-Kulturhaus in Lehnitz, die andere zum Babelsberger Filmmuseum.

Hohmann's Dokumentation zeichnet das vielschichtige Lebensbild des Regisseurs nach und beruht auf einem Konzept von Wolfgang Kohlhaase, dem kongenialen Drehbuchautor von Konrad Wolf. Unterstützt wurde Kohlhaase beim Drehbuch von der Journalistin, Autorin und Filmwissenschaftlerin Regine Sylvester und der Filmhistorikerin Christiane Mückenberger.

Der Film ist sehr eindrucksvoll. Er folgt zum einen chronologisch den wichtigsten Lebensabschnitten Wolfs: Seine Kindheit in Süddeutschland, die Flucht und Emigration nach Moskau, seine Rückkehr als junger Offizier der Sowjetarmee nach Deutschland, sein Filmstudium in Moskau (WGIK) sowie sein Wirken als DEFA-Regisseur und Präsident der Akademie der Künste. Zum anderen werden alle diese Wendepunkte im Leben von Konrad Wolf mit Ausschnitten aus seinen Filmen illustriert und von Weggefährten und Zeitgenossen kommentiert. Dazu gehören sein Bruder Markus, sein Kameramann Werner Bergmann, sein Freund und Drehbuchautor Angel Wagenstein (*»Sterne«* 1959; *»Goya«* 1971), der Schauspieler Kurt Böwe (*»Der nackte Mann auf dem Sportplatz«* 1974), der Bildhauer Wieland Förster, der sowjetische Germanist und Offizier Wladimir Gall, den er seit 1943 kennt und der eine zentrale Rolle bei der gewaltlosen Übergabe der Zitadelle Spandau (1.5.1945) gespielt hat.

Der Film ist gespickt mit Selbstaussagen von Konrad Wolf über das Grauen des 2. Weltkriegs, über seine russisch-deutsche Identität, über sein Freundschaftsverständnis, über seine unvergeßlichen Jugenderlebnisse, über seine Schweigsamkeit beim Filmen. Konrad Wolf wird auch dadurch nachvollziehbar als Mensch und Künstler mit all seinen Facetten.

Der Film endet mit einer Aufnahme von der internationalen Berliner Begegnung zur Friedensförderung im Dezember 1981 in Ost-Berlin, an der rund 100 namhafte Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler aus beiden deutschen Staaten und ganz Europa zusammenkamen, um über die akute Kriegsgefahr zu debattieren.

Berühmt wurde seine Reaktion auf eine Wortmeldung des westdeutschen Autors Günter Grass. Als Grass, in Danzig (heute: Gdansk) geboren und aufgewachsen, die Frage stellte, wer wen bedrohe, antwortete Wolf nachdrücklich mit Zeilen des sowjetischen Dichters Jewgeni Jewtuschenko: *»Meinst du, die Russen wollen Krieg?«*

Die Konrad-Wolf-Retrospektive in Bernau fand über den gesamten Zeitraum hohen und nachhaltigen Zuspruch, sowohl durch die Zahl der Zuhörer und Filmbesucher als auch über die Resonanz der Teilnehmenden. Bei vielen wurde durch die gleichermaßen Zeitlosigkeit wie Aktualität der Filme von Konrad Wolf große Betroffenheit ausgelöst. Man wünschte sich, daß in den gegenwärtigen Zeiten der Kriegstreiberei sich mehr Menschen, vor allem junge Menschen, mit dem Filmwerk von Konrad Wolf auseinandersetzen würden, das durchgängig von Humanität, Menschlichkeit und Friedenswillen charakterisiert ist.

Er selbst hat das mit der Troika vorgelebt, der Freundschaft zwischen ihm, dem deutschen Emigrantensohn Lothar Wloch und dem US-amerikanischen Viktor Fischer.

Insgesamt war die Konrad-Wolf-Retrospektive eine sehr informative und überaus angemessene kulturelle Veranstaltung und Würdigung des Ehrenbürgers von Bernau.

DR. DIETER KORCZACK

Barnimer Bürgerpost
eMail: abo@barnimer-buergerpost.de

Hussitenfest am Mühlentor



FOTOS: THOMAS TOBLER

Blick auf Stände und Marienkirche am Öffnungstag des Mühlentores anläßlich des Hussitenfests

Bernau (bbp-ber). Am Wochenende des alljährlichen Bernauer Hussitenfests öffnete auch das Mühlentor zur Besichtigung.

Das Bauwerk enstand vom 27. August 2012 bis 30. Mai 2013, nachdem zuvor eine mehrjährigen Spendenphase lief, bei der die nötigen Taler gegen benamte Ziegelsteine samt personengebundenem Zertifikat getauscht wurden. Ein ähnliches Finanzmodell wurde auch für das Berliner Tempodrom angewendet, indem Spender symbolisch Ziegelsteine kauften. Das Veranstaltungszelt lag innerhalb der Spreeschleife im zukünftigen Regierungsviertel und mußte dem Neubau bundesrepublikanischer Repräsentanzen weichen. So kam das Geld zusammen, um das Tempodrom auf der Abrißfläche des Anhalter Bahnhofs als massiven Bau nun für alle Zukunft zu errichten.

Für das Mühlentor hingegen kamen zudem Fördergelder aus einem Eurotopf der Region Pomerania hinzu, sodaß das 1885 abgerissene Mühlentor als eines von drei ehemals aktiven Stadttoren Bernaus neu errichtet werden konnte. Der eigens gegründete Verein kümmert sich bis heute um das Tor und erzählt seine Geschichte weiter. So stellte er als Hausherr eine Fotogalerie zur Entstehung und offerierte umfangreiche Fotomappen mit historischen Fotos, die entstanden, bevor der größte Teil der Altbausubstanz im wahrsten Sinne des Wortes dem Abriß für die 3 Bauabschnitte der Plattenbau-Innenstadtsanierung zum Opfer fiel.

Ein Besuch der Mühlentorausstellung ist nur zu besonderen Festtagen möglich und gerade von daher immer einen Besuch wert. Am Samstag, dem 13. Juni, wurde die Ausstellung unter anderen vom ehemaligen Stadtarchitekten Herrn Hanusch begleitet.

Kinderferienlager zu Kriegsschulungszentren?

Altenhof (bbp). In Altenhof schwirren die Gerüchte. Ziemlich konkrete Gerüchte. Angeblich soll der Rüstungskonzern Rheinmetall am Werbellinsee ein Grundstück erworben haben. Es soll um das Bootshaus am Rand des EJB-Geländes gehen. Der Konzern wolle dort ein Schulungszentrum bauen, heißt es.

Als Verkäufer wird die Europäische Jugenderholungs- und Begegnungsstätte (EJB) Werbellinsee GmbH genannt, die das Gelände unter dem Namen *»Seezeitressort«* betreibt. Wahrscheinlich sind übergeordnete Immobilienverwaltungsgesellschaften die eigentlichen Verkäufer, die allderdings zum gleichen Firmengeflecht gehören.

Grundstücksverwaltung heißt nicht zuletzt auch Grundstücksverwertung. Insofern gibt es also durchaus reale materielle Grundlagen dafür, daß an den schwirrenden Gerüchten etwas dran sein könnte. Die Geschäftsführerin der EJB GmbH heißt Monika Morgenstern und hat oder hatte über die Berliner Domus Verwaltungs-GmbH auch Verbindungen zur Martin-Gropius-Lindenpark GmbH in Eberswalde, dem, so will es der Zufall, ein Herr namens Rainer Morgenstern vorsteht, der zugleich Geschäftsführer der WS Werbellinsee Verwaltungs GmbH ist und auch verschiedene Sicherheitsfirmen im Portfolio hat. Zumindest indirekt ist die Märker Sicherheitsbüro GmbH in Eberswalde Bestandteil der Gruppe. Auch eine Akademie für Sicherheitswesen in Berlin gehört zum Firmenverbund, womit schon gewisses Know How für ein Kriegs- und Rüstungsschulungszentrum vorhanden wäre.

Bis 1990 war auf dem Gelände am Werbellinsee die Pionierrepublik *»Wilhelm Pieck«* beheimatet, das größte Kinderferienlager in der DDR.

Windräder genehmigt

Es brennt an allen Ecken und Enden. Bei Lichterfelde sind zwei Mega-Windkraftanlagen vom Landesamt für Umwelt genehmigt worden, weitere vier im Biosphärenreservat Schorfheide bei Groß Schönebeck. In Hohensaaten wurde zwar die Mega-Solaranlage der Lindhorst AG verhindert, jetzt will der Konzern dort aber Windräder bauen. Entgegen seiner Versprechen.

Dr. ANDREAS STEINER

Burgruine Grimnitz:

Stummfilmkino

Am Freitag, dem 26. Juni 2026 verlagert sich das Heidekrug-Kino in den Joachimsthaler Stadtteil Grimnitz, wo der renommierte Komponist und Pianist Tobias Rank mit seinem Wanderkino Station macht.

Mit seinem Oldtimer-Feuerwehrfahrzeug samt Ton- und Lichttechnik sowie Leinwand verwandelt Tobias Rank die Burgruine Grimnitz in ein zauberhaftes Open-Air-Kino. Er begleitet den gruseligen expressionistischen Stummfilmklassiker *»Das Cabinet des Dr. Caligari«* (FSK 12) aus dem Jahr 1920 und Kurzfilme von den Brüdern Lumière und Charlie Chaplin live auf dem Piano. Dabei schafft er eine Atmosphäre, die an die Pionierzeiten des Kinos erinnert. Es verspricht ein unvergleichliches Erlebnis in der sommerlichen Abenddämmerung.

Dies ist eine Veranstaltung des jungen Vereins Burg Grimnitz e.V. in Kooperation mit dem Kulturhaus Heidekrug 2.0. Die Burgruine Grimnitz befindet sich in der Hövelstraße 22 in Joachimsthal. Bei Regen findet die Vorführung im Heidekrugsaal in der Brunoldstraße 1 statt. Beginn ist gegen 21.30 Uhr, bei Einbruch der Dunkelheit. Karten kosten 15 Euro für Erwachsene und 10 Euro für Kinder bis 14 Jahre an der Abendkasse.

RUTH BUTTERFIELD

Kita »Kinderglück am Heidereiter« in Joachimsthal:

Lernort *Entdeckergarten*

Naturerfahrung und Verantwortung für Kita-Kinder LEADER-Projekt 2025



Foto: David Sumser

Hortkinder der Kita Kinderglück am Heidereiter eröffnen im Beisein der Projektbeteiligten Sören Kalz (Leiter Bauamt), Burkhard Horn (Vorstandsvorsitzender, LAG Barnim), René Knaak-Reichstein (Bürgermeister Joachimsthal), Torsten Jeran (Leiter Regionalmanagement, LAG Barnim), Frau Weber (Leiterin, Kita), Frau Gerth (Naturpädagogin, Kita), Hans-Joachim Blomenkamp (Amtsdirektor) ihren neuen Entdeckergarten.

Im Auftrag der Stadt Joachimsthal wurde im vergangenen Jahr auf dem Gelände der Kindertagesstätte ein vielseitiger Entdeckergarten errichtet. Dieser umfaßt mehrere altersgerechte Hochbeete, ein Gewächshaus, ein Gerätehaus, einen Kompost und verschiedene Obstgehölze.

Frau Gerth, Naturpädagogin der Kita Kinderglück am Heidereiter, berichtet begeistert: *»Der Entdeckergarten ist für unsere Kinder ein lebendiger Ort der Welterkundung. Hier können sie Natur unmittelbar erleben, Pflanzen wachsen sehen und Verantwortung für ihren eigenen kleinen Lebensraum übernehmen«.* Frau Weber, Leiterin der Kita, ergänzt: *»Der Entdeckergarten verbindet Spielen, Lernen und Erleben. Unsere Kinder entwickeln dabei wichtige Fähigkeiten fürs Leben: sie übernehmen Verantwortung, sind neugierig und haben einen bewußten Umgang mit der Natur. Die geernteten Früchte bereiten den Kindern Freude und somit entsteht ein sorgsamer und bewußterer Umgang mit allen Lebensmitteln.«* Wichtig ist ihr auch zu erwähnen, daß der Entdeckergarten von unterschiedlichen Altersgruppen gemeinsam gepflegt und genutzt wird. Dadurch entsteht laut Frau Weber ein besonderer pädagogischer Mehrwert, da jedes Kind unabhängig vom Alter auf seinem Entwicklungsstand lernen, mitwirken und Erfahrungen sammeln kann.

In diesem Jahr wurde der Entdeckergarten von der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) Barnim zum LEADER-Projekt des Jahres 2025 gekürt. Der LAG-Vorstand würdigte das Projekt als ein besonders anschauliches Beispiel, wie mit vergleichsweise geringem Mitteleinsatz eine breite Wirkung erzielt werden kann. Der Entdeckergarten verbessert die Bildungs- und Betreuungsqualität und trägt dazu bei, Joachimsthal für junge Familien als Wohn- und Arbeitsort zu stärken. *»Der Entdeckergarten erhielt etwa 10.000 Euro LEADER-Förderung und verbindet Bildung, Nachhaltigkeit und regionale Entwicklung auf vorbildliche Weise und stärkt gleichzeitig die Attraktivität des ländlichen Raums«*, so Burkhard Horn, Vorstandsvorsitzender der LAG Barnim.

DAVID SUMSER

Regionalpark Barnimer Feldmark e. V.:

30 Jahre Erfolgsgeschichte und Zukunftsperspektive

In diesem Jahr feiert der in Blumberg, einem Ortsteil von Ahrensfelde, ansässige Regionalpark Barnimer Feldmark e.V. sein 30-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß fallen alle Veranstaltungen des Regionalparks diesmal noch feierlicher und größer aus als gewohnt. Der Verein nutzt diese Events, um nicht nur auf drei Jahrzehnte erfolgreicher Arbeit zurückzuschauen, sondern auch den Blick nach vorn zu richten.

Teil des Dachverbands

Seit 1996 ist er Teil des Dachverbands der sechs Regionalparks in Berlin und Brandenburg. Nunmehr drei Jahrzehnte lang engagiert der Verein sich schon als regionales Kommunikationsforum für die nachhaltige Entwicklung des nordöstlichen Berliner Stadt-Umland-Bereichs. Mit Unterstützung von Kommunen, Bezirken und Landkreisen initiiert und begleitet er vielfältige Projekte zur Dorfentwicklung, zum Naturschutz, zur Landschaftspflege und Förderung der regionalen Identität. Ehrenamtlicher Vorsitzender ist seit der Gründung Torsten Jeran, der seit 1990 im Barnim tätig ist und den Verein bis heute maßgeblich prägt.

Der Regionalparkverein steht beispielhaft für Zusammenarbeit und langjähriges Engagement für Natur, Kultur und ländliche Entwicklung. Mit seinem vielfältigen Veranstaltungsprogramm, zahlreichen Projekten und Angeboten lädt der Verein alle Bürgerinnen und Bürger ein, die Schönheit und Vielfalt der Barnimer Feldmark zu entdecken, zu erleben und aktiv mitzugestalten – und sein Jubiläum gebührend mitzufeiern.

In den Gärten der Welt

Den Auftakt bildete der 29. Landschaftstag am 28. März 2026 in den *»Gärten der Welt«* in Berlin-Marzahn (BBP I/2026). Unter dem Motto *»Drei Jahrzehnte für Kultur, Gemeinschaft und Freiraumentwicklung in der Barnimer Feldmark«* bot der Tag spannende Vorträge zur Regionalentwicklung, einen Rückblick auf die Vereinsgeschichte sowie einen Ausblick auf zukünftige Projekte. Eine geführte Exkursion durch die blühenden Themengärten rundete den Tag ab.



FOTO: SABINE BÜTTNER

Im April folgten zwei feierliche Baumpflanzaktionen zum bundesweiten *»Tag des Baumes«* am 24. und 25. April 2026 in Bernau und Ahrensfelde. Im Schloßpark Börnicke wurde die Zitterpappel als Baum des Jahres gepflanzt, während in Ahrensfelde fünf Stieleichen gesetzt wurden.

Gleich darauf am 26. April 2026 fand die beliebte Feldmärkertour im Rahmen des 20. Sattelfests der S5 Region statt. Die zum Teil neu eröffneten Radwege führten die Teilnehmer durch die Barnimer Feldmark bis zum Ziel im Sport- und Erholungspark Strausberg, wo ein buntes Bühnenprogramm und kulinarische Angebote warteten.

Weitere Veranstaltungen

Am Samstag, den 4. Juli 2026, findet das 26. Regionalparkfest im Lenné Park Blumberg statt. Das Fest steht ganz im Zeichen des 30-jährigen Jubiläums des Regionalparkvereins sowie des 125-jährigen Bestehens der Freiwilligen Feuerwehr Blumberg. Von elf Uhr bis Mitternacht präsentieren zahlreiche lokale Akteure ihre handwerklichen, kulinarischen und kreativen Angebote auf dem großen Regionalpark-Markt. Das Bühnenprogramm bietet Highlights wie das beliebte Kartoffel-Wettschälen, Tanzensembles der *»Magic Dancer«,* die Kindershow *»Ich und Herr Meyer«,* bekannt aus Radio Teddy, die Docemus-Schulband *»Verstärkerproblem«* sowie Auftritte der Eastside Funcrew und der polnischen Partnergemeinde aus Ustronie Morskie. Das Partnerschaftstreffen wird im Rahmen des INTERREG-Programms unter dem Motto *»Zusammenhalt und Freundschaft«* stattfinden.

An gleicher Stelle im Blumberger Lenné Park lädt der Regionalparkverein am Samstag, den 19. September zum 29. Regionalparklauf durch die Barnimer Feldmark ein (Foto). Für alle Altersklassen gibt es Strecken zwischen 1,5 km und 13,2 km, inklusive Nordic-Walking. Die Veranstaltung findet zeitgleich in Kooperation mit *»Ahrensfelde in Bewegung«* und dem Campustag der Docemus Privatschule Blumberg statt. Für Verpflegung ist bestens gesorgt, und nach dem Lauf erhalten die Teilnehmer traditionell einen *»Appel und 'n Ei«.* Die besten Läuferinnen und Läufer werden mit Pokalen, Medaillen und Urkunden geehrt. Auch polnische Gäste aus der Partnergemeinde Kolberg werden wieder erwartet.

SABINE BÜTTNER

Peters' Landwirtschaft:

Umzug nach Wegendorf


FOTO: HANS-CHRISTOPH PETERS

Löhme-Werneuchen (bbp-ber). Der in Löhme-Seefeld bei Werneuchen ansässige landwirtschaftliche Kleinproduzent Hans-Christoph Peters, bekannt durch die Marke Peters' Landwirtschaft, teilt mit, daß sein Betrieb mitsamt der Schweinezucht in den nächsten Wochen nach Wegendorf umzieht.

Die seit elf Jahren vor Ort organisierte Arbeitsteilung auf dem Gemeinschaftshof *»Bauer Peters«* genügt nicht mehr den Anforderungen, die der Landwirt an seine Zukunft stellt. Mit dem Umzug wird der Weg frei für nachhaltiges Wirtschaften und möglicherweise eine eigene Bio-Zertifizierung. Neue Kooperationen sind bereits in Aussicht, über die der Bauer näher informieren möchte, wenn die Verabredungen umgesetzt sind. In Rede steht der renommierte Bio-Hof *»Stolze Kuh«* aus Lunow-Stolzenhagen an der Oder (Barnim).

Das Absatzkonzept wird ebenfalls geändert. Während die Präsenz beim Internationalen Projekt *»Crowdfarming«,* ehemals *»Marktschwärmer«,* solange bestehen bleiben soll, wie das Konzept durchgehend regional ausgerollt ist, erweitert Hans-Christoph Peters als Verfechter regionalen Kreislaufs seinen Absatz durch eigene Marktverkäufe. Unter anderem testet er bereits den Verkauf in Wandlitz mit Hilfestellung von Manuela Wisbeck, mit der er auch in anderen Fragen bereits gut zusammengearbeitet hat.

Wochenmärkte: t.ly/z11Sg, Peters' Landwirtschaft: www.facebook.com/PetersLandwirtschaft

Offene *Tore*

125 Jahre Niederbarnimer Eisenbahn

Wandlitz (bbp). 2026 feiert die Niederbarnimer Eisenbahn (NEB) 125 Jahre Betriebsaufnahme. Zum Jubiläum hatte die NEB ihr Betriebsgelände und die Werkstatt in Wandlitz geöffnet und am 6. Juni zu einem besonderen *»Tag der offenen Tore«* eingeladen.

Als besondere Attraktion gab es Sonderfahrten mit einem von einer Dampflokomotive gezogenen Zug sowie exklusive Einblicke in die Fahrzeugflotte und die NEB-Werkstatt.

Ein buntes Bühnenprogramm für Groß und Klein mit regionalen Vereinen, einer Power-Talk-Runde und einer musikalischen Überraschung zum Finale sorgte für gute Unterhaltung. Ergänzend gab es auf dem Betriebsgelände viele Aktionen für Kinder, wie Radio TEDDY, Kinderlokführerschein, Hüpfburg und vieles mehr.

An Info-Ständen und mit Präsentationen stellten sich verschiedene NEB-Bereiche, das Projekt Wasserstoffschiene Heidekrautbahn, der VBB, i2030 mit der Stammstreckenreaktivierung sowie regionale Partner wie der Tourismusverein Barnim vor. Gastronomen aus Wandlitz sorgten für Speisen und Getränke.



Foto: NEB | Christian Bedeschinski

Mit dem Dampfzug-Shuttle zwischen Berlin-Gesundbrunnen über Berlin-Lichtenberg nach Basdorf erreichten auch viele Berlinerinnen und Berliner den Tag der offenen Tore. Außerdem ließ die NEB die Tradition lebendig werden: Am 13. Juni bei einer Jubiläums-Rundfahrt auf einem Teil des Liniennetzes zwischen Basdorf – Berlin/Lichtenberg – Werbig – Eberswalde und zurück mit einer Dampfzug-Rundfahrt.

Stimmtanz-Chor

Eberswalde (bbp). Zur *»SonnenwendE«* am 21. Juni hatte der Stimmtanz-Chor Eberswalde zu einem Mitsingkonzert unter freiem Himmel in den Forstbotanischen Garten eingeladen. *»Inmitten der Natur«*, schrieb Veronika Brodmann in der Einladung, *»feiern wir mit Liedern aus aller Welt das Licht, die Fülle des Sommers und die verbindende Kraft der Musik. Kennzeichnend für Stimmtanz ist, daß unsere Konzerte immer auch zum Mitsingen einladen.«*

Wegkommen, hinkommen, zurückkommen

Ab 2027 sollen im nächsten Nahverkehrsplan des Landkreises Barnim wichtige regionale Mobilitätsbedürfnisse verbindlich berücksichtigt werden. Die Fraktion BVB/Freie Wähler hatte dazu einen entsprechenden Antrag für die Kreistagssitzung am 17. Juni (nach Redaktionsschluß) eingereicht. Darin wird gefordert, konkrete Verbesserungen bei der Busanbindung in verschiedenen Teilen des Landkreises in die Planungen aufzunehmen.

Im Mittelpunkt stehen zwei seit Jahren diskutierte Anliegen: Die bessere Anbindung der Bernauer Ortsteile und die Einrichtung einer bedarfsgerechten Busverbindung zwischen Groß Schönebeck und Eberswalde.

Für die Ortsteile der Stadt Bernau wird eine Verbesserung und Verdichtung der Taktung gefordert. Dazu gehören insbesondere zusätzliche Spätverbindungen, die bereits von der Stadtverordnetenversammlung Bernau beschlossen und eingefordert wurden. Besonders berücksichtigt werden sollen die gestiegenen Mobilitätsbedürfnisse im Ortsteil Ladeburg, dessen Einwohnerzahl in den vergangenen Jahren weiter zugenommen hat.

Darüber hinaus soll endlich eine bedarfsgerechte Buslinie zwischen Groß Schönebeck und Eberswalde eingerichtet werden. Vorgesehen sind mindestens sieben tägliche Fahrten im Zweistundentakt, die auf die Anschlüsse der RB27 (Heidekrautbahn) abgestimmt sind. Die Verbindung soll unter anderem das Fachmarktzentrum Finowfurt, die Fritz-Weineck-Straße in Eberswalde sowie das Werner-Forßmann-Klinikum erschließen.

Die Forderung knüpft an langjährige Beschlüsse und Initiativen der Gemeinde Schorfheide an. Trotz entsprechender Beschlüsse der Gemeindevertretung wurde bislang keine Verbesserung umgesetzt. Gleichzeitig werden in Groß Schönebeck weiterhin nicht die im Regionalplan formulierten Anforderungen an die regelmäßige ÖPNV-Anbindung eines grundfunktionalen Schwerpunkts an ein Mittelzentrum erfüllt.

»Ein attraktiver Nahverkehr entsteht nicht durch einzelne zusätzliche Fahrten, sondern durch ein funktionierendes Gesamtsystem. Wer zwar mit dem Bus ans Ziel kommt, aber abends keine verläßliche Rückfahrmöglichkeit hat, wird den öffentlichen Nahverkehr im Alltag oft gar nicht erst in Betracht ziehen. Deshalb müssen Fahrpläne so gestaltet werden, daß sie den Menschen echte Mobilität ermöglichen – vom Hinweg bis zur Rückfahrt. Nur mit verläßlichen und gut aufeinander abgestimmten Verbindungen können wir mehr Bürgerinnen und Bürger für Bus und Bahn gewinnen«, erklärt der Fraktionsvorsitzende Péter Vida.

Mobilität darf nicht vom Wohnort abhängen. Wer in den Ortsteilen von Bernau, in Groß Schönebeck oder in anderen Regionen des Barnim lebt, hat denselben Anspruch auf eine verläßliche und alltagstaugliche Busanbindung wie die Menschen in den größeren Städten. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen sollen sowohl die Verkehrswende als auch die Mobilität im ländlichen Raum gestärkt werden. Gleichzeitig würden wichtige soziale Einrichtungen, Arbeitsplätze, Einkaufsmöglichkeiten sowie Freizeitangebote für deutlich mehr Bürgerinnen und Bürger erreichbar werden.

Die Fraktion fordert deshalb, den genannten regionalen Bedarf verbindlich in den Nahverkehrsplan ab 2027 aufzunehmen. Damit würde ein wichtiger Schritt für eine bessere und gerechtere Mobilität im gesamten Barnim gemacht.

SVEN WELLER

Sven Weller ist Sachkundiger Einwohner im Kreistag und Gemeindevertreter für Freie Wähler Schorfheide

Wahlprüfung

Am 29. April haben wir als Mitglieder der Wählergruppe 100 % Panketal und der Fraktion 100 % Panketal / Die PARTEI gemeinsam mit weiteren politischen Akteuren der Gemeindevertretung Panketal Wahlprüfungsanträge zur Landratswahl im Landkreis Barnim und zur Bürgermeisterwahl in Panketal eingereicht.

Der Grund ist klar: Ein Wahlvorschlag trat nicht nur mit Parteien an, sondern zusätzlich mit einer Vielzahl angeblicher *»Bürgerinitiativen«*. Unsere Recherchen zeigen: Für viele dieser Initiativen sind weder Strukturen noch Ansprechpartner noch eigenständige Aktivitäten nachvollziehbar.

Das wirft eine zentrale Frage auf: Darf ein Wahlvorschlag mit solchen Konstruktionen auf dem Stimmzettel auftreten? Denn: Wahlvorschläge müssen eindeutig sein. Wähler müssen erkennen können, wer tatsächlich dahinter steht. Zusätzliche Bezeichnungen dürfen nicht den Eindruck erzeugen, der so nicht belegt ist. Aus unserer Sicht besteht hier mindestens der Verdacht, daß die Darstellung geeignet war, Wählerinnen und Wähler über die tatsächliche Unterstützung eines Kandidaten zu täuschen.

Wir stellen ausdrücklich klar: Uns geht es nicht um Parteipolitik, sondern um Grundregeln der Demokratie: Transparenz, Fairneß, Gleichbehandlung aller Wahlvorschläge.

Auch wenn die betroffenen Kandidaten nicht in der Stichwahl sind, bleibt die Frage bestehen: Wollen wir solche Praktiken künftig auf unseren Stimmzetteln akzeptieren – oder nicht?

Jetzt liegt die Prüfung beim Kreistag und in der Gemeinde Panketal.

THORSTEN WIRTH,

Frühjahrsputz am Großen Buckowsee:

Engagement, das sich sehen lassen kann



Foto: Andreas Steiner

Bei strahlendem Sonnenschein und noch frischer Frühlingsluft trafen sich am 24. April 2026 die Mitglieder des Vereins Gemeinsam Lichterfelde zu einem tatkräftigen Arbeitseinsatz an der Badewiese am Großen Buckowsee.

Seit nunmehr fünf Jahren kümmert sich der Verein mit großem Engagement um dieses beliebte Naherholungsgebiet – und auch diesmal zeigte sich: Auf die Gemeinschaft ist Verlaß. Mit viel Einsatzfreude und in rund drei Stunden intensiver Arbeit wurden der Uferbereich und die Badewiese gründlich auf Vordermann gebracht. Fauliges Laub und abgebrochene Schilfstängel wurden entfernt, der Rasen frisch gemäht und damit optimal auf die bevorstehende Badesaison vorbereitet. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Eine gepflegte, einladende Wiese, die Badegäste in den kommenden Monaten willkommen heißt.

Ein besonderer Dank gilt erneut Ingo Senske aus Britz, der sich – wie schon in den vergangenen Jahren – um die Reinigung der Quelle kümmerte, die den See speist. Die zuvor stark verockerte und zugesetzte Quelle konnte erfolgreich freigelegt werden und sprudelt nun wieder kraftvoll und klar.

Im Anschluß an den Arbeitseinsatz informierte der Verein die Gemeindeverwaltung über weitere notwendige Maßnahmen. Der anfallende Bioabfall wurde ordnungsgemäß am Rand der Wiese zu einem Haufen aufgeschichtet, um zeitnah abtransportiert zu werden. Zudem wurde auf den Zustand des Feldweges hingewiesen, der als Zuwegung zum See dient und durch Befahrung und Erosion mittlerweile wieder tiefe Spurrinnen aufweist. Hier besteht dringender Instandsetzungsbedarf, um die Erreichbarkeit der Badestelle für alle Besucher sicherzustellen.

Die Vereinsmitglieder zeigten sich mit dem Ergebnis ihres Einsatzes äußerst zufrieden. Die Vorfreude auf eine lebendige Badesaison ist spürbar – die Badewiese ist bereit, die Gäste können kommen.

Damit dies auch so bleibt, richtet der Verein eine wichtige Bitte an alle Badegäste: Abfälle sollten immer mitgenommen und nicht vor Ort hinterlassen werden. Ebenso wird darum gebeten, die von spielenden Kindern gegrabenen Löcher im Uferbereich nach dem Aufenthalt wieder zu schließen.

Kleine Rücksichtnahmen, die eine große Wirkung haben – und dem Verein viel zusätzliche Arbeit ersparen.

Und auch nach dem Einsatz ist klar: »Die Pflege der Liegewiese bleibt eine kontinuierliche Kernaufgabe des Vereins«, so der Vereinsvorsitzende Ulf Lubke.

Bereits Ende Juni steht der nächste Rasenschnitt an, um die Fläche weiterhin in bestem Zustand zu halten.

Gemeinsam für einen sauberen und lebenswerten Ort – der Einsatz am Großen Buckowsee zeigt, wie viel durch ehrenamtliches Engagement bewegt werden kann.

Dr. ANDREAS STEINER

GLG-Kliniken und GKV-Reform

Viele Kliniken befinden sich bereits durch die anhaltende Unsicherheit rund um die Krankenhausreform in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Die aktuellen Planungen drohen diese Situation weiter zu verschärfen und gefährden Standorte sowie tarifliche Errungenschaften der Beschäftigten. Vor diesem Hintergrund nimmt in Brandenburg der Protest in den Kliniken Fahrt auf. Kritisiert werden insbesondere die geplante Deckelung der Pflegebudgets, Ausgabengrenzen für Krankenhäuser sowie die eingeschränkte Refinanzierung von Tarifsteigerungen.

Auch im GLG-Konzern, das Unternehmen mit den meisten Beschäftigten im Barnim, wurde das Thema im Rahmen einer Konzernbetriebsversammlung am 2. Juni in Eberswalde diskutiert. Beschäftigte aus verschiedenen Einrichtungen informierten sich dort über die möglichen Auswirkungen des Gesetzes und berieten über weitere Schritte. *»Gute Gesundheitsversorgung braucht ausreichend Personal und eine sichere Finanzierung – nicht weitere Kürzungen«*, erklärt Marco Stropp, Vorsitzender des Konzernbetriebsrats.

SOPHIE SCHMIDT

Kunstrasen in Biesenthal

Biesenthal (bbp). Im Rahmen der ersten Vergaberunde der sogenannten *»Sportmilliarde«* erhält die Stadt Biesenthal 675.000 Euro für die Sanierung und den Bau eines neuen Kunstrasenplatzes auf dem Sportplatzgelände *»Am Heideberg«* in Biesenthal.

Die Förderung von ca. 675.000 Euro deckt fast 50 Prozent der Projektkosten ab. Die geplante Umwandlung einer der Plätze in einen Kunstrasenplatz gewährleistet eine deutlich höhere Nutzungsintensität, ganzjährige Bespielbarkeit sowie eine nachhaltige Sicherung des Schul- und Vereinssports. Zusätzlich werden barrierefreie Zuschauerbereiche errichtet. Nachteilig für die Umwelt ist die bei Kunstrasen entstehende erhebliche Belastung durch Mikroplaste.

Die sogenannte *»Sportmilliarde«* gehört zu den Begleitboni der Sonderschulden für die Aufrüstung und die Herrichtung einer kriegstüchtigen Infrastruktur in der BRD.

Gundermann-Abend

Am Sonnabend, dem 27. Juni, spielen um 20 Uhr die Fuchstal-Chaoten im Kulturhaus Heidekrug 2.0 in Joachimsthal.

Die fünf Musiker aus Ostthüringen haben sich der Musik von Gerhard Gundermann – dem 1998 verstorbenen Liedermacher und Baggerfahrer aus der Lausitz – verschrieben. Sie spielen eine breite Auswahl seiner Lieder, wodurch der Abend abwechslungsreich wird: mal laut, mal leise, mal rockig, mal sanft, mal humorvoll, mal nachdenklich. Die Band interpretiert Gundermanns Songs auf ihre eigene Weise, ohne dabei den Originalstil oder die Botschaft zu verfälschen. Dieser Abend verspricht also etwas ganz Besonderes und richtet sich nicht nur an treue Gundi-Fans.

Karten kosten 20 Euro und sind unter heidekrug.org/tickets verfügbar.

RUTH BUTTERFIELD

Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. · Brunoldstr. 1
16247 Joachimsthal · www.heidekrug.org

Stolpersteine

Am 7. Mai wurden weitere Stolpersteine in Eberswalde verlegt. An drei Verlegeorten – Marktplatz, Leibnizviertel und Mühlbachhaus – sind im Beisein von Angehörigen der Opfer sowie Gästen der Stadt Eberswalde die Steine von Gunter Demnig verlegt worden.

Seit 2004 wurden bisher 69 sogenannte Stolpersteine für vornehmlich jüdische Opfer des Nationalsozialismus in die Gehwege Eberswaldes eingelassen. Sie erinnern an deportierte, ermordete, vertriebene und vermißte Nachbarinnen und Nachbarn unserer Stadt.

Dr. MARKUS MIRSCHEL

Der Schülerstreik an der Albert-Einstein-Oberschule in Eberswalde im Jahre 2006:

Mut, Kraft und Kreativität für Demokratie

von Hartwin Schulz

Wir hatten damals aus der Zeitung erfahren, daß die Albert-Einstein-Schule geschlossen werden soll. *»Hinterzimmerpolitik«* von Stadt- und Kreisverwaltung nannten wir das im Jahr 2006. Alle wußten, wie wichtig diese Schule für unseren Stadtteil Brandenburgisches Viertel war. War ihnen nicht auch der Stadtteil egal? Heute setzen sie weiterhin auf große Schulkomplexe, daran hat sich leider nichts verändert.

Ein Gedanke durchzieht alle Vergangenheit und Gegenwart, das Miteinander demokratischer zu gestalten! Warum? Der Hinterzimmerpolitik weniger Männer, die damals meinten, alles bestimmen zu können, setzten wir elf Tage Schulbesetzung entgegen: Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrkräfte, Stadtteilbewohner und Soli aus dem Rest der Stadt. Da wurde gemeinsam unter uns diskutiert und entschieden! Bis es zu – das ist wieder das Thema – undemokratischen Machtauswüchsen kam. Ich bekam z.B. Schulbetretungsverbot, die Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse wurden unter Druck gesetzt, sie bekämen keinen Abschluß. Erst als überregionale Medien wie der Spiegel berichteten, begannen die Politiker zu reagieren.

Vor der Schule hatten wir einen kleinen Gottesdienst geplant. Ich war ja damals auch der Diakon im Viertel. Am Vormittag wurde ich zu meiner Vorgesetzten gerufen. Sie hatte Besuch bekommen vom Bildungsministerium in Potsdam mit der klaren Ansage: Verhindern Sie diesen Gottesdienst. Selbst das Beten wollten sie verbieten. Den Gottesdienst gab es trotzdem.

Wir wollten dann die Schließung durch die Teilnahme an der Bürgermeisterwahl verhindern, das gelang uns nicht, wir kamen nur auf Platz 3. Auch das ist Demokratie, was dann zu akzeptieren ist. Zum 14. Februar 2007 verschickten wir Einladungen, um über die Gründung einer neuen Schule nachzudenken. Es sollte eine demokratische Schule werden. Ich könnte jetzt davon schwärmen – von einer Demokratieschule, die ich in Israel kennengelernt hatte, mit einem Schulparlament u.a.

Verschiedene Menschen setzten sich zusammen und schrieben aus unseren Ideen ein Konzept, ich habe es noch bei mir. Am 1. März 2007 gründeten wir dann einen Verein für eine Schule. Das Gründungsprotokoll unterzeichneten René-André Gloede und Günter Schumacher (der ehemalige Schulleiter der Albert-Einstein-Schule).

So muß es doch sein: Wenn etwas undemokratisch läuft, weil Menschen ihre Macht nicht nur einsetzen, sondern auch ausnutzen und wenn ein Stadtteil lebendig bleiben möchte, dann muß man eben selbst die Initiative ergreifen und aktiv werden und für Demokratie sorgen.



Ausgefallene Fassadengestaltung an der Albert-Einisteinn-Oberschule. Die 33 Plastesäcke mit aufgemalten Gesichtern symbolisieren die 33 für die Klassenstufe 7 angemeldeten Schülerinnen und Schüler. doch im Riesenplakat klaffen 7 Lücken, laut Staatlichem Schulamt entscheidende Lücken ... ***(Bildtext aus dem Jahr 2006)***

Fotos auf den Seiten 14 bis 21: Gerd Markmann (11)

Die *»Freie Gesamtschule Finow«*, heute in der Eberswalder Straße neben der einstigen Chemischen Fabrik, ist das Ergebnis davon.

In unserem ersten Schulkonzept aus dem Jahr 2008 heißt es, daß die Schule zwei Schwerpunkt haben soll:

- eine Orientierung am Situationsansatz (darauf eingehen, wer da wirklich zur Schule kommt)
- eine praxisorientierte, demokratische Oberschule

Was für eine Kraft entwickelten damals die Schülerinnen und Schüler. Es gab deutschlandweite Berichte. Und immer, wenn man für Demokratie eintritt, dann entwickeln Menschen auch Kreativität, da gab es z.B. ein Protestlied. Möge das heute weiter wirken: Kraft und Kreativität für Demokratie.

Ich erinnere mich, daß an den Tagen des Schülerstreiks hohe Temperaturen herrschten und Menschen mit Wasserspenden vorbei kamen, ganze Kofferräume voll. Und jedesmal gab es uns das Gefühl: Wir machen hier nichts Falsches. Auch Wasserspenden senden Signale aus.

Danke, daß ich mich erinnern durfte an mutige Schülerinnen und Schüler, mutige Eltern und Lehrkräfte, an eine mutige Schulleitung und einen solidarischen Stadtteil.

Auf den Seiten 14 bis 21 erinnern wir, wie angekündigt, an den Schülerstreik an der Albert-Einstein-Oberschule im Jahr 2006. Er dauerte vom 8. bis zum 18. Mai 2006. Einführend erinnert sich Hartwin Schulz, der damals maßgeblich an der Organisation des Widerstands gegen die Schulschließung beteiligt war, daran, wieviel *»Mut, Kraft und Kreativität für Demokratie«* bei den Schülerinnen und Schülern und ihren Unterstützern freigesetzt wurde. Die unmittelbar nach dem Schülerstreik geschriebenen Berichte in der Barnimer Bürgerpost über die *»Elf Tage im Mai«* und *»Schüler setzten ein Zeichen«* (BBP 6/2006) geben einen Überblick über das damalige Geschehen.

Der Streik hatte natürlich seine Vorgeschichte. Der Vorsitzende der Stadtfraktion Die Linke.PDS, Wolfgang Sachse, verwies darauf mit seiner Forderung *»Abgabe der Schulen rückgängig machen«* (BBP/6/2006). Auch die Solidaritätserklärung *»Die Kita, die Schule, unser Viertel muß leben«* von Kerstin Spengler, der Sprecherin der Elterninitiative für den Erhalt der Kita Spatzennest, weist auf die Gesamtzusammenhänge hin. Bereits am 11. April 2006 gab es eine Podiumsdiskussion in der Aula der Albert-Einstein-Oberschule (*»Soziokulturelle Stadteilzentren«*, BBP 5/2006) und am 25. April hatten die Einstein-Schüler eine Protestdemonstration zum Rathaus organisiert (*Powern für »Albert Einstein«*, BBP 5/2006).

Der Beitrag *»Solidarisch mit den Einstein-Schülern«* (BBP 6/2006) informiert über die Unterstützung durch die Eberswalder Bevölkerung. Der Stadtverordnete Volker Passoke (Die Linke/PDS) machte die Zusammenhänge zu den Machenschaften des damaligen Bürgermeisters, der kurze Zeit später abgewählt wurde, deutlich (*»In jedes Fettnäpfchen«*, BBP 6/2006). In *»Schulbehörden und die Demokratie«, »Klassenstärke ist das Zentralproblem«* und *»Streik nicht rechtswidrig«* befassen sich Rainer Thiel, Albrecht Triller und Gerd Markmann unter anderem mit den rechtlichen Zusammenhängen (BBP 6/2006). Schließlich ein Bericht über Vorschläge für eine Erinnerung, ein Denkmal oder eine Tafel, auf dem Gelände der da schon abgerissenen Schule (BBP 3/2009). Abschließend dann noch ein Blick von außen mit dem damals auf der Plattform Inforiot.de erschienenen Artikel *»Schülerstreik in Eberswalde«*.

Elf Tage *im Mai*

Eberswalde (bbp). Es war ein Buch, das die Schüler auf die Idee brachte, wußte die Tageszeitung *»Junge Welt«* zu vermelden. Der Philosoph Rainer Thiel hatte es über den erfolgreichen Schülerstreik in Storkow im Jahr 2000 geschrieben und war am 25. April, dem Tag der Schülerdemo, zur Lesung nach Eberswalde gereist. Groß war die Unterstützung der Bevölkerung und Unternehmen insbesondere in den Stadtteilen Brandenburgisches Viertel und Finow für die Schülerstreikenden.

Daß sie auf die Erfahrungen der Storkower aufbauen konnten, erwies sich als großer Vorteil für die Streikenden in Eberswalde. Besonderer Dank der Schüler gilt Stefan Cygon, der schon den Schülerstreik in Storkow technisch und organisatorisch unterstützte und nun in Eberswalde mit seinen Erfahrungen nicht geizte. Auch Rainer Thiel reiste nach Eberswalde, um seine Unterstützung anzubieten.

Als lokaler Unterstützer spielte Hartwin Schulz, mit seinem Gemeindezentrum Kooperationspartner der Einsteinschule, eine herausragende Rolle. Ebenso Tobias Emmerich, der für technisch-organisatorische Unterstützung sorgte und nicht zuletzt den Streikenden mit seinen Liedern Kraft und Mut spendete. Viele andere wären zu nennen. Besonders die Versorgung der Streikenden erforderte umfangreiche Hilfe. Ein Getränkehändler spendete Mineralwasser, ein Bäcker Brot und Brötchen, eine Gaststätte Nudeln. Am Streikwochenende kam ein Imbißhändler mit seiner Gulaschkanone voller Erbsensuppe, ein anderer sponserte achtzig Pizzas. Für den Kuchenbasar am 14. Mai stellten sich zahlreiche Einwohner des Viertels an den Backofen.

Darüber hinaus stellten zahlreiche Geldspenden die Versorgung auf ein sicheres Fundament. Die aktive Anteilnahme der Bevölkerung zeigte sich in schöner Weise am Streikwochenende, als Materialien für neue Plakataktionen benötigt wurden. Der Ruf danach ging durchs Mikrofon und keine zehn Minuten später standen mehrere Anwohner mit den erbetenen Sachen auf dem Schulhof.

Die Hauptlast des Streiks trugen natürlich die Schülerinnen und Schüler. Die Mitglieder des Streikkomitees um Schulsprecher Alexander Köppen kamen kaum zum Schlafen, um Aktionen und den alternativen Unterricht vorzubereiten und nicht zuletzt um auf Ordnung und Disziplin in der Schule zu achten.

Die 150 Schülerinnen und Schüler, die sich am Schülerstreik beteiligten, haben in diesen elf Tagen viel gelernt. Über die Politik in diesem Land, über die *»Nichtzuständigkeiten«* der politisch Verantwortlichen, die Arroganz der Ministerialbürokratie und die Demokratieverbote für ihre Lehrer, die doch eigentlich Vorbild sein sollen. Gelernt haben sie vor allem, die gesellschaftliche Verantwortung selbstbewußt in ihre eigenen Hände zu nehmen.

Powern für »Albert Einstein«

Eberswalde (bbp). Mit einer Demonstration vom Brandenburgischen Viertel zum Rathaus Eberswalde protestieren am 25. April Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Einwohner des Viertels gegen die drohende Schließung der Albert-Einstein-Oberschule. Unter dem Motto *»Wir powern für unsere Schule«* wollen die Teilnehmer ihrer Sorge Ausdruck geben, daß im gegenwärtigen Entscheidungswirrwarr über die Weiterführung der Eberswalder Oberschulen mit der Einstein-Schule auch das größte Eberswalder Wohngebiet auf der Strecke bleibt. Das gesamte Finow hätte dann keine Oberschule mehr. Nach dem Erleben von Ausschußsitzungen und Podien sei den Veranstaltern klar geworden, daß einer dem anderen den Schwarzen Peter zuschiebe. Das sei keine akzeptable Schulentwicklungspolitik.

Von 10 bis 12 Uhr gibt es auf dem Potsdamer Platz ein Vorprogramm. Höhepunkt ist die Uraufführung eines Protestsongs über den Umgang mit den Menschen im Brandenburgischen Viertel. Schülerinnen und Schüler, Eltern, Einwohner und Partner der Schule werden sich am Offenen Mikrofon äußern. Die anschließende Demonstration wird unterwegs beim Staatlichen Schulamt im Kranbaugelände Halt machen und die Listen mit den für den Erhalt der Albert-Einstein-Oberschule gesammelten Unterschriften übergeben.



Der Protesttag klingt aus mit einer Lesung zum Buch *»Schülerstreik in Storkow«*. Der Autor Rainer Thiel ist den Leserinnen und Lesern der Barnimer Bürgerpost durch seine Beiträge kein Unbekannter. Er wird auch auf Fragen zur Gesetzeslage vorbereitet sein. Die Buchlesung beginnt um 17 Uhr in der Aula der Albert-Einstein-Oberschule.

Abgabe rückgängig machen

Die Stadtfraktion der Linkspartei.PDS Eberswalde hat zur StVV am 1. Juni beantragt, den Beschluß vom 14.12.2005 zur Abgabe der weiterführenden Schulen zum Schuljahresende 2005/2006 aufzuheben.

Die Äußerungen auf dem sogenannten *»Bildungsgipfel«* des Landkreises dürften nunmehr auch die letzten Illusionen zerstört haben, der Landkreis würde die von der Stadt vorgeschlagenen Standortvarianten in seiner Schulentwicklungsplanung berücksichtigen. Der Auftrag an die Stadtverwaltung, dies in den Verhandlungen mit dem Kreis durchzusetzen, war im Dezember Bestandteil des Beschlusses. Nun müssen wir erfahren, daß Vertreter der Stadt zu diesem *»Bildungsgipfel«* nicht einmal eingeladen waren. Obwohl es zum nicht geringen Teil um die Schulen in Eberswalde ging.

Die Stadtverordneten aller Fraktionen sollten dieses Signal verstanden haben. Wir müssen unserer Verantwortung gerecht werden. Es geht um die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die von den Plänen des Landrates betroffen sind. Es geht um die Entwicklung unserer Stadt.

Durch den im März beschlossenen ausgeglichenen Haushalt wurde zudem das Haushaltssicherungskonzept vom Dezember hinfällig. Damit entfällt zugleich das Hauptargument, das die Abgabe der Schulen begründete.

Ja, es stimmt. Wir müssen auch künftig sparen. Aber nicht zuerst bei der Bildung, nicht bei den Kindern, nicht bei den Schulen und Kitas.

WOLFGANG SACHSE, Vorsitzender der Fraktion Linke.PDS in der StVV Eberswalde

Eine neue Qualität



Zur Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2006 zeigte sich eine neue Qualität bei den Aktionen zum Erhalt der Eberswalder Schulen. Statt den Versuchen auf den Leim zu gehen, mit denen eine Schule gegen die andere ausgespielt werden soll, erhielten die Schülerinnen, Schüler und Eltern der Albert-Einstein-Oberschule Unterstützung von den Knirpsen der Grundschule Mitte.

Schüler setzten ein Zeichen

Wir, die Schüler der Albert Einstein Oberschule in Eberswalde, haben am Montag, den 8. Mai 2006, unsere Schule in Form des demokratischen Mittels Streik übernommen.« Der Unterricht werde von Alternativlehrkräften durchgeführt. Mit dieser Botschaft wandten sich die Streikenden am 2. Streiktag an den Brandenburgischen Bildungsminister:

1. *Es ist für die Eröffnung der 7. Klassen nicht entscheidend, ob 40 oder 33 Schüler eine Anmeldung vorlegen, denn auch bei 33 Schülern ist es notwendig, die Klassenstufe zu eröffnen.*
2. *In der Diskussion bezüglich dieser Hauptforderung werden Sie, genauso wie wir, nicht mit unfairen Mitteln, sondern als gleichberechtigte Verhandlungspartner auftreten.*
3. *Es werden keine negativen Folgen für die teilnehmenden Schüler entstehen, denn sie üben hiermit Ihre Grundrechte aus...*
4. *Lehrer und Schulleitung sind in den Streik nicht eingebunden und dürfen somit auch nicht haftbar gemacht werden.*
5. *Die Verhandlungen werden nur mit den Entscheidungsberechtigten geführt, wobei ... die Vorgespräche auch mit Mitarbeitern des Ministeriums geführt werden können.*

Die Schüler erklärten, *»wir sind zu Gesprächen bereit«*. Das Bildungsministerium indes zeigte sich zunächst hartleibig. *»Wir werden mit den Schülern nicht verhandeln«*, ließ Pressesprecher Thomas Hainz über die Presse verlauten. Er verwies auf das örtliche Schulamt, wohlwissend, daß dort nur die Anweisungen des Ministeriums ausgeführt werden. Am Abend des 4. Streiktages (11. Mai) stellte sich Schulrätin Brigitte Reuscher zur Schulkonferenz auf dem Hof der Albert-Einstein-Schule der Diskussion. Die Streikenden begrüßten sie höflich mit Beifall. Wie erwartet, verwies sie lediglich auf die bekannten Ministervorschriften, an die sie sich bei ihren Entscheidungen zu halten hat. Am Ende übergab sie dem Schulleiter ein Schreiben aus dem Ministerium, in dem der Schülerstreik als rechtswidrig bezeichnet wurde. Offenbar übte sie auch anderweitig Druck auf den Schulleiter aus. Anders kann das von diesem gegen den eigenen Kooperationspartner Hartwin Schulz erlassenen Hausverbot kaum erklärt werden. Die Schulrätin hat damit ihre Befugnis weit überschritten. Denn laut Schulgesetz steht das Hausrecht einzig dem Schulleiter zu.

Über außerschulische Nutzungen entscheidet der Schulträger im Benehmen mit der Schulleitung. Somit hob der amtierende Bürgermeister Lutz Landmann das ausgesprochene Hausverbot bei der erstbesten Gelegenheit wieder auf. Die Stadt bekenne sich klar zum Brandenburgischen Viertel und für den Erhalt der Einsteinschule. Allerdings machte Landmann auch seine Hilflosigkeit gegenüber der starren Haltung des MBJS deutlich. *»Zu glauben, daß sich das Ministerium nur einen Millimeter bewegt«*, äußerte er gegenüber der lokalen Tageszeitung, *»ist absolute Illusion«*.

In der Presse überwogen dementsprechend ab dem 6. Streiktag Artikel, die vermittels eines Gemischs aus Drohung und Abwiegelung auf die Beendigung des Streiks zielten. Entscheidend dürfte letztlich gewesen sein, daß den Schülerstreikenden am 10. Streiktag doch noch ein Gespräch mit Bildungsminister Holger Rupprecht gelang. Zu diesem Zweck hatten die Schülerinnen und Schüler eine Abordnung nach Potsdam geschickt, wo sie vor dem Landtag gemeinsam mit Schülern und Eltern aus Caputh gegen die Schulschließungspolitik des Landes protestierten. Der Minister ließ seinen Chauffeur anhalten, stieg aus und wechselte einige Worte mit den Schülern und Eltern. Er ließ allerdings durchblicken, daß seine Behörde halsstarrig bleiben werde.

Die Streikleitung beriet hierauf das weitere Vorgehen und kam zu dem Schluß, nunmehr andere Kampfformen zu nutzten. Der 11. Streiktag (18. Mai) wurde genutzt, um mit Stadtverwaltung und Staatlichem Schulamt die Bedingungen zur Beendigung des Streiks auszuhandeln. Auf der Kundgebung am Abend verkündeten Schulsprecher Alexander Köppen, Schulleiter Günter Schumacher und Hartwin Schulz das Ergebnis. Das Staatliche Schulamt verzichtete auf Strafmaßnahmen gegen die Schülerstreikenden und die Lehrerschaft. Im Gegenzug wurde am 19. Mai der reguläre Schulbetrieb, u.a. mit den schriftlichen Prüfungen der 10. Klassen, wieder aufgenommen. Eine Zusage zur Errichtung von siebten Klasssen im nächsten Schuljahr gab es nicht.

Hartwin Schulz informierte darüber, daß mehrere Eltern nun den Klageweg beschreiten werden. Laut dem beauftragten Rechtsanwalt bestehen gute Erfolgssaussichten. Mittlerweile stellte sich heraus, daß die Albert-Einstein-Schule selbst bei nur 33 Anmeldungen auf die Zahl von mindestens 40 Siebtklässlern im nächsten Schuljahr kommt, da voraussichtlich sieben Schüler die siebente Klassen wiederholen. Daß diese Schüler bei der Berechnung der künftigen Klassenstärken ignoriert werden, beruht lediglich auf einer internen Dienstanweisung. Hinzu kommen zwei bis drei Plätze, die für Migranten reserviert sind.

Zum würdigen Abschluß des Schülerstreiks lud Hartwin Schulz für den nächsten Tag zur *»Siegesparty«* ins Gemeindezentrum. Die Schülerinnen und Schüler der Albert-Einstein-Schule und deren Eltern haben ein Zeichen gesetzt. Jetzt müssen die politisch Verantwortlichen zeigen, ob sie dieses Zeichen verstanden haben oder neue Proteste provozieren.

G.M.

Die Kita, die Schule, unser Viertel muß leben!

Elterninitiative Kita »SPATZENNEST« an die streikenden Schüler der Albert-Einstein-Oberschule

Wir als Eltern der vom Schließungsbeschluß betroffenen Kita *»SPATZENNEST«* wissen, wie Ihr Euch fühlt. Und wir wissen, worum es geht: Um unsere Zukunft, um die Zukunft unseres Wohnviertels, um die Zukunft unserer Kinder!

Es ist eine Lüge, daß für Kitas und Schulen, also für die Kinder, zu wenig Geld da ist. Die BRD ist ein reiches Land, eines der reichsten in der Welt. Und selbst wenn dem nicht so wäre, sollte doch an den Kindern zuallerletzt gespart werden!

Wir fordern wohnortnahe Kitas und Schulen. Nicht nur, weil kurze Wege für unsere Kinder das Beste sind. Schulen und Kitas sind auch kulturelle und gesellschaftliche Zentren in den Wohngebieten. Zentren, die außerordentlich wichtig sind. Gerade auch für *»schrumpfende«* Städte und Stadtteile.



Warum werden die niedrigeren Kinderzahlen nicht als Chance genutzt, ohne zusätzliche Kosten die Betreuungs- und Bildungsqualität für jedes einzelne Kind zu verbessern?

Statt stupider Rotstift-Ideologie ist hier kreatives Denken gefragt.

Ihr, liebe Schülerinnen und Schüler, habt mit Eurer Aktion gezeigt, wie das funktioniert mit dem kreativen Denken. Eure Aktion ist gelebte Demokratie. Die politisch Verantwortlichen können von Euch lernen. Und es gibt erste Anzeichen, daß sie es tatsächlich tun wollen.

Sie brauchen Eure Hilfe. Macht also weiter!

Wir haben am 5. Mai an die Eberswalder Stadtverordneten appelliert: *»Wenn die Kita stirbt, stirbt die Schule. Wenn die Schule stirbt, stirbt das Viertel!«*

Die Elterninitiative Kita *»SPATZENNEST«* fordert: Die Kita *»SPATZENNEST«* muß leben, die Albert-Einstein-Schule muß leben, unser Viertel muß leben!

Laßt uns gemeinsam dafür kämpfen.

KERSTIN SPENGLER, Sprecherin der Elterninitiative Kita »SPATZENNEST«

Solidarisch mit Einstein-Schülern

Eberswalde (bbp). Der Schülerstreik an der Albert-Einstein-Oberschule löste eine breite Solidaritätsbewegung aus. Bei der Redaktion gingen zahlreiche Solidaritätserklärungen ein, die zu veröffentlichen unsere Platzkapazitäten weit überschreiten würden. Die meisten dieser Soli-Adressen sind gleich nach Eingang im BBP-Forum, der eMail-Info- und Diskussionsliste der *»Barnimer Bürgerpost«*, veröffentlicht worden.

Bereits einen Tag nach Streikbeginn bekundeten die Eberswalder Montagsdemonstranten den streikenden Schülern ihre Unterstützung. Auch die Barnimer Jungsozialisten (Jusos), die Jugendorganisation der SPD, bezeugten ihre Solidarität. Sie sehen die entstandene Situation als Zeichen des Versagens von Schulamt und Politik. Häufig werde vergessen, *»daß eines Tages die Jugend die Gehälter und Pensionen für Politiker und Verwaltungsbeamte bezahlen muß«*. Mitglieder der Ebeswalder PDS nutzten ihre Mitgliederversammlung am 12. Mai, um den Streikenden ihre Sympathien zu bekunden, nachdem die Stadtvorsitzende Maria Kausch persönlich eine der Kundgebungen auf dem Schulhof besucht hatte. Auch die Landtagsabgeordnete für Eberswalde Margitta Mächtig (PDS), zugleich Vorsitzende der PDS-Kreistagsfraktion, besuchte den Schülerstreik.

Eine mutmachende Aufforderung zum gemeinsamen Kampf erhielten die Schüler von der Elterninitiative Kita *»Spatzennest«*. Am 18. Mai erklärten sich schließlich auch die Mitglieder und Sachkundigen Einwohner der Kreistagsfraktion Grüne/Freie Wähler solidarisch mit den bis dahin streikenden Schülern. *»Wir finden es sehr gut, daß Schüler und Eltern mutig ihre Interessen artikulierten und sich auf diese Weise für ihre Schule und ihr Wohngebiet einsetzten.«* Ausdrücklich unterstützt die Fraktion die Forderung nach Zulassung von 7. Klassen auch bei formaler Unterschreitung der geforderten Schülerzahl. Fraktionsmitglied Dr. Spangenberg von der Allianz Freier Wähler habe den Schülerstreik aktiv durch zwei Stunden Alternativunterricht im Fach Holzkunde unterstützt.

Besuch der Stadtverordnetenversammlung

Bürgerinnen und Bürger aus Finow und dem Brandenburgischen Viertel,
die Abgeordneten unseres Stadtparlamentes geben gerade unsere letzte Finower Oberschule (Albert-Einstein) an den Landkreis ab. Der Landkreis aber hat schon zugesichert, daß die Schule dann geschlossen wird. Ist den Verantwortlichen in der Politik Stadtentwicklung egal? Ist der Politik Finow egal?

Wir müssen die Abgabe der Oberschule verhindern!!!!

Auf der nächsten Stadtverordnetenversammlung soll eine Entscheidung fallen.
Darum gehen wir, Schüler/innen und Eltern, EinwohnerInnen zur nächsten Versammlung des Stadtparlamentes.
Donnerstag, den 1. Juni 2006, 18 Uhr Haus Schwärzetal
ab 17.30 Uhr Auftaktveranstaltung vor dem Haus

K o m m e n S i e m i t !!!!!

»Schülerstreik in Eberswalde«

In jedes Fettnäpfchen



Die streikenden Schüler der Einsteinschule brachten es schon vor dem erneuten Harikiri eines Eberswalder Bürgermeisters auf den Punkt. (BBP 6/2006)

Ein laufendes Strafverfahren reicht dem suspendierten Stadtoberhaupt offensichtlich nicht aus. Wenn man den in der Presse veröffentlichten polizeilichen Darstellungen Glauben schenken darf, hat er nun auch noch ein Strafverfahren wegen diverser Delikte, die er in Gutsherrenart begangen haben soll, auf sich gezogen. Langsam geht die Vorbildfunktion des Stadtoberhauptes verloren.

Selbst wenn die Einlassung von Herrn Schulz stimmt und er zu Hause noch ein Bier getrunken haben will, bevor die Polizei auf sein Grundstück kam, dürfte die Alkoholfahrt, wenn auch mit geringerer Promillezahl, begangen worden sein.

Die Stadtverordneten, die bislang noch zu dem Bürgermeister gehalten haben und der Einleitung eines Bürgerentscheides zu dessen Abwahl entgegenstehen, sollten nunmehr überlegen, ob sie der Stadt Eberswalde die Belastungen durch Reinhard Schulz weiter tatenlos hinnehmen wollen.

Der Ruf der Stadt würde dadurch jedenfalls erheblich beschädigt.

VOLKER PASSOKE

Soziokulturelles Stadtteilzentrum

Eberswalde (bbp). Die Kreisschulrätin Brigitte Reuscher hatte ihre Teilnahme abgesagt. Zunächst reichte ihr die Einladung über einen Offenen Brief nicht aus, als sie darauf von der Schulkonferenz mit einer persönlichen Einladung beglückt wurde, war dies zu kurzfristig.

Der Moderator der Informationsveranstaltung in der Aula der Albert-Einstein-Oberschule am 11. April, Hartwin Schulz, versprach der Schulrätin den Gegenbesuch anläßlich der für den 25. April geplanten Schülerdemonstration. Dann würden ihr auch die bis dahin gesammelten Unterschriften übergeben, die den Erhalt der Albert-Einstein-Oberschule fordern.

Mehr Mut als die Schulrätin bewies der zuständige Fachdienstleiter der Stadtverwaltung Michael Nehls. Er stellte sich der Diskussion. Auf die offiziellen Einladungen an die Fraktionen hatten nur Rainer Kriewald (SPD) und Ingo Naumann (Grüne/BFB) reagiert, die dementsprechend neben Hartwin Schulz und Michael Nehls auf dem Podium Platz nahmen. Ohne offiziellen Auftrag ihrer Fraktion waren außerdem Dieter Müller und Gerd Markmann von der StVV-Fraktion Linke.PDS anwesend.

Die Vertreter aller drei Fraktionen stellten klar, daß die Schließung der Albert-Einstein-Schule zu keiner Zeit auch nur in Erwägung gezogen wurde. Ihre übereinstimmende Aussage war: Die Einstein-Oberschule muß bleiben!

Als Vertreter der Verwaltung sah das Michael Nehls differenzierter. Persönlich sei auch er davon überzeugt, daß die Einsteinschule als einzige weiterführende Schule neben dem Finower Gymnasium in den westlichen Stadtteilen erhalten werden sollte. Nur ein gänzlich anderes Schulsystem würde seiner Auffassung nach die Probleme lösen können. Doch man müsse sich den aktuellen Realitäten stellen. Die Entscheidung falle, wenn im Rahmen des Ü7-Verfahrens am 24. April seitens der Goethe-Oberschule die Ablehnungen der Erstwünsche beschieden werden. Dann würden die Zweitwünsche relevant. Es liege die explizite Aussage der Schulrätin Frau Reuscher vor, ab mindestens 40 Schülern zwei 7. Klassen zu errichten. Eine unterfrequentierte Zweizügigkeit werde es aber nicht geben. Nur für den Fall, daß keine der Schulen die Zahl von 40 Schülern für die 7. Klassen erreiche, liege die Entscheidung bei der Stadt. Dies sieht Nehls als eine Entscheidung der laufenden Verwaltung an. Er hat aber nichts dagegen, wenn sich die StVV diese Entscheidung auf den Tisch ziehe. Dieser Entscheidung könne dann die Schulrätin folgen oder auch nicht.

Die beiden Fraktionsvertreter im Podium folgten der Auffassung, wonach der gesetzlich



Die Flure in der Albert-Einstein-Oberschule waren mit großflächigen Wandbildern versehen. Als das Schulgebäude im August und September 2008 – unmittelbar nach Einstellung des Schulbetriebs – abgerissen wurde, verschwanden auch diese Kunstwerke.

gewollte Elternwille jede wirkliche Schulentwicklungsplanung unmöglich mache. Unter den Gästen der Veranstaltung, vorwiegend Lehrer der Albert-Einstein-Schule, ernteten sie heftigen Widerspruch. Manfred Tillmann, zugleich Kreistagsabgeordneter, warf der Stadt vor, durch den Beschluß, die Goetheschule dreizügig zu gestalten, die gegenwärtigen Probleme erst hervorgerufen zu haben. Es fehle eine Schulentwicklungsplanung, die diesen Namen verdiene. Der Elternwille dürfe nicht als Dogma dargestellt werden. Rolf Richter, sachkundiger Einwohner in den Bildungsausschüssen sowohl der Stadt als auch im Kreis, ergänzte, daß Schulrätin Reuscher in Cottbus die Zweizügigkeit aller Oberschulen als Mittel zum Erhalt der Schulen sogar ausdrücklich empfohlen habe. Schulen zu erhalten sei ein Interesse des Allgemeinwohls.

Viele Redner verwiesen auf die Bedeutung der Schule als soziales und kulturelles Zentrum des Wohnviertels. Der Finower Ortsbürgermeister Albrecht Triller verwies auf die Chance, angesichts sinkender Kinderzahlen die Bildung bei gleichbleibenden Kosten zu verbessern, statt die demographische Entwicklung zur Haushaltssanierung zu mißbrauchen. Der Stadtverordnete der Linkspartei Markmann verwies darauf, daß rechnerisch durchaus auch nach den bestehenden Mindestschülerzahlen 7 Züge statt der vorgesehenen 6 Züge möglich wären. Abgesehen davon handele es sich bei den vorgeschriebenen Klassenfrequenzen lediglich um eine Verwaltungsvorschrift. Er stellte den Zusammenhang her zur beabsichtigten Schließung der Kita *»Spatzennest«*.

Die Zukunft des Wohnviertels spielte in weiteren Wortmeldungen eine gewichtige Rolle. Hier werde alles platt gemacht und die hier lebenden Menschen von allen Seiten vor den Kopf gestoßen. Verwiesen wurde auf die Qualitäten der Einsteinschule und ihre zwölfjährigen Erfahrungen als Ganztagsschule.

Unverständnis gab es hinsichtlich der fehlenden Instandhaltungen. Michael Nehls selbst berichtete von dem erlittenen *»Kulturschock«*, als er aus dem vor zehn Jahren neu gebauten Gebäudeteil der Einstein-Schule in das vom Landkreis betreute OSZ-Gebäude kam. Frau Grossmann ergänzte, daß es für den Neubau in den letzten zehn Jahren nicht einen einzigen Eimer frische Farbe gegeben habe. Daran dürfte sich kaum etwas ändern. Denn die für die Schulen vorgesehenen Instandhaltungsmittel sind im aktuellen Haushaltsjahr 2006 gegenüber dem Vorjahr von 80.000 auf 59.400 Euro reduziert worden. Die wegen der Schließung der Kita *»Spatzennest«* erforderliche Einrichtung von Horten kosten weitere 17.000 Euro, die von dem reduzierten Betrag abgezweigt werden.

Eine Lösung brachte die Informationsveranstaltung nicht. Bildungspolitik ist Landespolitik. Michael Nehls rief dazu auf, sich an die örtlichen Landespolitiker zu wenden. So leicht wollen es die Teilnehmer der Veranstaltung den Stadtpolitikern aber nicht machen. Sie hätten durchaus ihre Möglichkeiten, die sie aber auch nutzen müßten.

Schulbehörden und die Demokratie

Laut Brandenburgischem Schulgesetz sind auch Klassenstärken mit 15 Schülern möglich

Die MOZ hat am 11. Mai (2006) berichtet, Behörden würden sagen, jede Klassenstufe müsse mindestens 40 Schüler haben, das sei *»ein demokratisch zustande gekommener Beschluß«* der Landesregierung. Und der Pressesprecher des Bildungsministers habe hinzugefügt, nach diesem Prinzip habe man auf dem Land schon viele Schulen dicht gemacht. Um so schlimmer, sage ich!

Was *»demokratisch«* zustande gekommen war, ist das Brandenburgische Schulgesetz. Zwar hat der Minister gewisse Vollmachten, Richtwerte für die anzustrebende Klassenstärke vorzugeben. Doch das *»demokratisch«* zustande gekommene Gesetz schreibt dem Minister vor allem vor, wie er seine Vollmachten gebrauchen muß. Weicht er ab davon, so ist das Willkür. Das wird regelmäßig verschwiegen.

Im Schulgesetz von 1996 – Abschnitt 2 *»Auftrag der Schule«* – ist in 14 + 2 Punkten sehr gut und fortschrittlich und demokratisch festgelegt, was Schule zu leisten hat. Das wird aber unterlaufen, wenn Schüler gezwungen werden, längere Schulwege in Kauf zu nehmen, wenn gewachsene Klassenverbände zerrissen werden, und wenn eine Schule aus dem Stadtbezirk, der ihre Heimat ist, herausgerissen wird. Der grundlegende Abschnitt des Schulgesetzes gibt den Schülern auch Rückhalt, nicht als ungeliebte Wechselbälge von einem Ort zum anderen geschubst zu werden.

Achtung vorm Schüler ist geboten durch das Schulgesetz! Und wenn die Klassen dann nur 15 Schüler haben? Das ist pädagogisch vorteilhaft! Den Vorteil zu nutzen, gebietet das Schulgesetz. Daran ist jede Behörde gebunden. Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland – das Grundgesetz – und die Verfassung Brandenburgs (jeweils Artikel 80) schreiben allen Ministern vor, solche grundlegenden Bestimmungen einzuhalten, wenn sie ihre Ämter ausüben.

Wenn sie dem zuwider handeln, brechen sie Verfassung und Schulgesetz. Schon vor vier Jahren habe ich in Eberswalde versucht, Auszüge aus dem Schulgesetz auf Flugblättern bekannt zu machen. Die Schulrätin aber beschlagnahmte die Texte. Auch Herren des Ministeriums handeln scheinheilig dem Schulgesetz zuwider, das sie im Munde führen. Über die Jahre kam so ein ganzes Sündenregister zustande. Das habe ich den Herren auch ins Gesicht gesagt, nur noch etwas schärfer. Die streikenden Schüler aber verteidigen ihre Schule, ihr Stadtviertel, die Demokratie und die Gesetzlichkeit.



Auch zur Schülerdemo vor dem Eberswalder Rathaus am 25. April 2006 wies Dr. Rainer Thiel auf die gesetzlichen Grundlagen hin.

Dr. RAINER THIEL

Klassenstärke *ist das Zentralproblem*

In Fragen Bildungspolitik sollte es eigentlich gebildet zugehen. Es scheint aber, daß den politisch Verantwortlichen selbst der gesunde Menschenverstand fehlt. Unbestrittener Fakt ist, daß die Zahl der Kinder stark zurückgegangen ist. Das ist schlimm für die Gesellschaft. Aber die Schulen, die Lehrer und die Lehrmittel sind da. Der gesunde Menschenverstand sagt: wenn weniger Kinder da sind, dann müssen nicht 25 Schüler in einer Klasse sitzen. Der Bildungserfolg wird wachsen, wenn die Klasse nur 15 Schüler hat. Damit würde auch der Bildungsauftrag des Schulgesetzes optimal erfüllt werden.

Was aber machen Politiker zum Maßstab ihrer Entscheidung? Das angeblich fehlende Geld, das nur deshalb fehlt, weil anderem der Vorrang vor den Kindern gegeben wird. Zu einer ganzheitlichen Betrachtung der Bildungsfrage sehen sich Abgeordnete der verschiedenen politischen Ebenen angesichts der kleinstaatlichen Organisation des Bildungssystems nicht in der Lage. Als Folge wurden und werden notwendige Entscheidungen zur Schulentwicklung nicht getroffen.

Da kommt jetzt der Landrat daher und veranstaltet einen Bildungsgipfel. Und das ist tatsächlich der Gipfel. Der Landrat nimmt sich das Recht, mit *»Personen«* eigener Auswahl und ohne ein entsprechendes Mandat ein *»Positionspapier«* auszuarbeiten, das dann im Herbst Diskussionsgrundlage für den Kreistag sein soll. Bis dahin gilt das Papier als Weisheit letzter Schluß in Sachen Schulpolitik. Das muß den Letzten auf die Barrikaden treiben.

Die Schülerdemo und der Schülerstreik gegen die drohende Schließung der Albert-Einstein-Schule haben den dringenden Bedarf einer Diskussion der Schul- und Bildungspolitik deutlich gemacht. Dazu besteht aber seitens der politisch Verantwortlichen keine Bereitschaft. Zum zentralen Problem, nämlich der Klassenstärke, will der Bildungsminister nicht verhandeln – mit streikenden Schülern schon gar nicht. Statt mit den Schülern zu sprechen, wurde Druck ausgeübt. Da hieß es, die Schüler hätten kein Streikrecht und der Streik sei zu beenden. *»Fremde«* sollten vom Schulgelände verbannt werden. Ein erstes Hausverbot wurde ausgesprochen, ausgerechnet gegen den Sozialdiakon des Brandenburgischen Viertels der evangelischen Kirche, die einen Kooperationsvertrag mit der Schule hat. Weil er einen Gottesdienst vor der Schule zur Unterstützung des Schülerstreiks durchführte? Selbst an den Ortsbürgermeister von Finow (zum Einzugsbereich der Schule gehörig) wird die Frage gestellt, ob er das Schulgelände betreten dürfe. Ein sehr zweifelhaftes Demokratieverständnis, wenn Diskussion durch Druck ersetzt wird. Die ganz harte Linie wollte der amtierende Bürgermeister Landmann dann doch nicht fahren. Er erklärte, er wolle vom Hausrecht der Stadt keinen Gebrauch machen.

Der Streik wurde inzwischen beendet. Es gibt keine negativen Konsequenzen für die Beteiligten wegen der behaupteten Rechtswidrigkeit des Streikes. Aber es gibt auch noch keine Entscheidung zur Bildung siebenter Klassen an der Einstein-Schule. Die Schüler, Eltern und sonstigen Mitwirkenden am Schülerstreik haben nicht nur Mut bewiesen. Sie haben vor allem ihre eigene Angelegenheit in die eigenen Hände genommen und der Politik ihre Grenzen gezeigt. Dafür haben sie die breite Sympathie und Unterstützung in der Bevölkerung – und die besseren Argumente.

Aber das Problem ist kein lokales und der Widerstand der verschiedenen von einer Schließung bedrohten Schulen des Landes mündete nicht in gemeinsame Aktivitäten. Da war und ist auch keine parlamentarische Kraft, die gezielt die außerparlamentarischen Kräfte bündelt und, auf diese gestützt, überholte Gesetze kippen kann. Die vom Bildungsminister (nicht vom Gesetz!) vorgegebene Mindeststärke der Klassen von 20 Schülern ist jedenfalls nicht mehr zeitgemäß und muß fallen.

ALBRECHT TRILLER

»Einstein«-Erinnerung

Eberswalde (bbp). Nachdem im Juli 2008 der Schulbetrieb im Gebäude der ehemaligen Oberschule *»Albert Einstein«* im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde endgültig eingestellt wurde, erfolgte im August und September der Abriß des Gebäudes.

Das Gelände wurde eingeebnet. Die entstandene Freifläche soll nun gestaltet werden. Einen Bedarf als Spiel- und Sportplatz hat bereits die benachbarte Grundschule *»Schwärzesee«* angemeldet. Im Sprecherrat des Brandenburgischen Viertels wurden Gedanken diskutiert, hier eine Freizeitfläche zu gestalten, die von allen Einwohnerinnen und Einwohner des Viertels genutzt werden kann. Doch auch eine Erinnerung an die abgerissene *»Albert-Einstein-Oberschule«* soll in die Gestaltung einbezogen werden.

Eine erste Anregung dazu äußerte Hartwin Schulz vom benachbarten Dietrich-Bonhoeffer-Haus, seit 2006 offizieller Kooperationspartner der Einstein-Oberschule, bereits zur »Schulabrißfeier« am 16. Juli 2008 (BBP 8/2007). Der *»Einsteinrat«*, in dem sich Schülerinnen und Schüler, Eltern und Menschen aus dem Stadtteil während des Kampfes um den Erhalt der Schule zusammengefunden hatten, rief bald darauf auf, Vorschläge für die Form der Erinnerung zu machen (BBP 9/2008). *»Wir schlagen vor«*, schrieb Hartwin Schulz nochmals im Januar im Namen des Einsteinrates, *»auf diesem Gelände eine Erinnerung (Tafel, Denkmal, Baum der Erinnerung) für die Schule zu erstellen«*. Zugleich kündigte er an, daß der Einsteinrat in diesem Sommer mit einer Veranstaltung an die Schließung der Schule öffentlich erinnern werde. Dabei werde es nicht nur um die Schulschließung an sich gehen, sondern auch um die Art und Weise, WIE diese Schule geschlossen wurde.

Aus der Stadtverwaltung war inzwischen zu erfahren, daß eine Erinnerung an die *»Albert-Einstein-Oberschule«* fester Bestandteil der Planungen für die neue Freizeitfläche sei. Demnächst gebe es im *»Freizeitschiff«* der WBG ein Stadtteilforum, bei dem auch diese Vorschläge diskutiert werden könnten.



Die *»Schulabschiedsfeier«* am 16. Juli 2008 geriet zur *»Schulabrißfeier«*. Die diskutierten Vorschläge für eine Erinnerung wurden nicht realisiert.

Dieser Streik war nicht rechtswidrig

»Der Streik ist rechtswidrig und ist unverzüglich zu beenden«, diktierte Schulrätin Brigitte Reuscher dem Schulleiter der Einsteinschule. Als Grundlage übergab sie ein vom MBJS-Mitarbeiter Michael Skolik erarbeites Papier. Darin heißt es unter Berufung auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes von 1984 u.a.:

Ein Recht zum Streik ergibt sich nur aus Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes (2). Dessen Voraussetzungen (des Art. 9 GG) liegen bei der »Bestreikung« einer Schule durch Schüler und/ oder Lehrer jedoch nicht vor ...

Diese Aussagen sind schlichtweg falsch. Im Art. 9 GG wird das Wort *»Streik«* nicht erwähnt. Insofern kann sich daraus auch kein *»Recht zum Streik«* ergeben. Art. 9 GG Absatz 3 gewährleistet das Recht auf gewerkschaftliche Vereinigung. Es werden *»Maßnahmen gegen Arbeitskämpfe«* verboten. Aber Streiks sind als politisches Kampfmittel auch außerhalb von Arbeitskämpfen denkbar, bspw. als politische Streiks oder eben Schülerstreiks. Eine gesetzliche Regelung dazu gibt es nicht, was entsprechend der geltenden Rechtsgrundsätze bedeutet, Streiks sind nicht verboten. Es gibt keine Verbote von Protestaktionen, die in der Form eines Schülerstreiks unternommen werden, schon gar nicht im Art. 9 GG. Protestformen, wie der in der Einstein-Schule praktizierte Schülerstreik, werden zumindest durch den Art. 8 GG (Versammlungsfreiheit) gedeckt. Aber durchaus auch durch Art. 20 GG (Widerstandsrecht).

Herr Skolik schreibt weiter:

Vielmehr hat das Gericht festgestellt, daß es sich um den bloßen Fall eines »kollektiven Verstoßes gegen die Schulpflicht bzw. die Pflicht zur Teilnahme am Unterricht« handelt.

Bei Schülerstreiks, wie in der Einstein-Schule praktiziert, handelt es sich nicht um einen Verstoß gegen die Schulpflicht. Im Gegenteil, die Schüler waren nicht nur während der Schulzeit, sondern den ganzen Tag und auch die Nacht in der Schule präsent. Der Pflicht zur Teilnahme am Unterricht sind die Schüler nachgekommen, indem sie einen Alternativunterricht organisierten. Rechtswidrig war, den Lehrern die Unterstützung des Alternativunterrichtes ausdrücklich zu verbieten.

Für eine Befreiung vom Unterricht für die Teilnahme an einem »Schülerstreik« existiert keine Rechtsgrundlage... Fehlt aber eine Rechtsgrundlage für den »Schülerstreik«, so ist dieser rechtswidrig.

Wenn es keine Rechtsgrundlage für Schülerstreiks gibt, kann durch Schülerstreiks auch nicht gegen eine solche Rechtsgrundlage verstoßen werden. Dieser simple Rechtsgrundsatz – in Art. 20 GG formuliert – scheint den Beamten im MBJS unbekannt zu sein. Allerdings kann der Schülerstreik durchaus als Teil eines vielfältigen Schullebens gemäß § 7 Absatz 7 BbgSchulG angesehen werden.

Desweiteren kommt der § 7 Absatz 8 zum tragen, wonach die Schule ein Ort offener kultureller Tätigkeit ist. Dementsprechend gibt es also durchaus eine Rechtsgrundlage für Schülerstreiks, wenn sie in der an der Albert-Einstein-Oberschule praktizierten Form durchgeführt werden.



Der Vorwurf, die Schülerinnen und Schüler hätten gegen die Schulpflicht verstoßen, ist absurd. Sie waren sogar Tag und Nacht in der Schule präsent. Und sie hatten einen Alternativunterricht organisiert.

Gegen die Schulpflicht wird keinesfalls verstoßen. Somit konnte es für den Schulleiter auch keine Verpflichtung geben, gegen einen nicht vorhandenen rechtswidrigen Zustand vorzugehen, schon gar nicht *»effektiv«*. Vielmehr verpflichtete die Gesamtverantwortung für die Schule gem. § 71 BbgSchulG im konkreten Fall der Albert-Einstein-Schule den Schulleiter, die von den streikenden Schülern formulierten Forderungen nach Kräften zu unterstützen. Die Schulbehörde hat keine rechtliche Handhabe, deswegen gegen den Schulleiter vorzugehen.

Sollten die Lehrer aktiv während der sie treffenden Unterrichtsverpflichtungen an einem »Schülerstreik« teilnehmen, so ist darin stets ein Verstoß gegen arbeits- bzw. beamtenrechtliche Pflichten zu sehen.

Zunächst ist festzustellen, daß eine aktive Teilnahme am Schülerstreik außerhalb *»der sie betreffenden Unterrichtsverpflichtungen«* auch seitens Herrn Skolik vom MBJS nicht als Verstoß gegen arbeits- bzw. beamtenrechtliche Pflichten angesehen wird. Abgesehen davon ist die Auffassung, Lehrer würden durch die Teilnahme am Schülerstreik gegen arbeits- bzw. beamtenrechtliche Pflichten verstoßen, durch keine Gesetzesvorschrift gedeckt.

Vielmehr stellt die seitens des MBJS verfügte Verweigerung der Unterrichtserteilung durch die Lehrer an die am Schülerstreik teilnehmenden Schüler einen Verstoß gegen das Recht auf Bildung und die Pflicht der Lehrer, die Schüler zu unterrichten und zu erziehen dar, ist also rechtswidrig.

GERD MARKMANN

Ein Blick von außerhalb

Auch überregional wurde über den Streik der Einstein-Schüler berichtet. Beispielhaft geben wir nachfolgend einen Beitrag wieder, der von redax am 13. Mai 2006 auf der Plattform inforiot.de (inforiot.de/schuelerstreik-in-eberswalde) veröffentlicht wurde:



»Bürgermeister – du mußt gehen! Unsere Schule bleibt bestehen!« Das Transparent hängt aus einem Fenster im 2. Stock in der Albert-Einstein-Oberschule in Eberswalde, nördlich von Berlin.

Seit Montag ist die Schule besetzt. 150 bis 200 Schüler verbringen Tag und Nacht in den Klassenzimmern, um die Eröffnung von zwei siebten Klassen im kommenden Schuljahr zu fordern. Dafür haben sich bislang nur 33 Schüler angemeldet, doch aufgrund einer Vorschrift des Brandenburger Bildungsministeriums muß es mindestens zwei Klassen mit je 20 Schülern geben, damit überhaupt siebte Klassen eingerichtet werden. Ohne siebte Klassenstufe steigt die Wahrscheinlichkeit, daß die Schule in den nächsten Jahren aufgelöst wird.

Statt normalen Schulbetriebs gibt es diese Woche *»Alternativunterricht«*, bei dem die siebten bis neunten Klassen von Schülern aus der zehnten unterrichtet werden. *»Man lernt nicht so viel wie im normalen Unterricht«*, sagt Dennis aus der Siebten, *»aber es macht Spaß«*.

Dennoch nehmen rund zwei Drittel der 450 Schüler weiterhin am normalen Unterricht teil. *»Es ist mir zu bunt«*, begründet einer seinen Streikbruch. Während die Schüler im Unterricht so gelangweilt gucken wie immer, haben die Streikenden viel zu tun. Stefani, die im vierköpfigen Streikkomitee arbeitet, erzählt nicht ohne Stolz, in den ersten vier Streiktagen nur sieben Stunden geschlafen zu haben.

Breite Unterstützung

Es war ein Buch, das die Schüler auf die Idee brachte. Der Philosoph Rainer Thiel hatte es über einen erfolgreichen Schülerstreik an der Oberschule Storkow im Jahr 2000 geschrieben, und ist letzte Woche zu einer Vorlesung nach Eberswalde gereist. Stephan, ein Aktivist des Storkower Streiks, tut auch einiges für die Organisation.

Der Sozialdiakon des Evangelischen Gemeindezentrums, Hartwin Schulz, mischt sich kräftig ein. Er war es, der vor zwei Wochen eine Demonstration für den Erhalt der Schule organisierte. Vor der Schule hielt er einen Gottesdienst *»Gegen die Lüge der Politiker«* ab – seine Kirchenvorgesetzten hatten versucht, diese Veranstaltung zu unterbinden.

Die Unterstützung ist groß. Im Gemeindezentrum wird Suppe gekocht. Ein Edeka-Markt spendet Mineralwasser. Ein Restaurant schenkt 20 Kilo Spaghetti. Senioren sammeln Unterschriften. Schüler vom benachbarten Gymnasium Finow organsisierten eine kleine Kundgebung. Den ganzen Tag telefonieren Schüler umher oder ziehen durch die Stadt, um Geld und Essen einzusammeln.

Woher die große Zustimmung? Stefani aus der Zehnten meint, es gehe nicht nur um die Schule, sondern um das ganze Brandenburgische Viertel. Die Plattenbausiedlung hat eine offizielle Arbeitslosenquote von 25 Prozent. Viele Einwohner befürchten, daß, wenn die Schule dichtmacht, Bäcker schließen müssen, Buslinien wegfallen und die soziale Infrastrukur weiter ausgedünnt wird.

Deshalb sind auch die Aktivisten der Montagsdemos dabei. Am Montag, als der Streik losging, hatten sie mit demonstrativem Schwarzfahren gegen die Streichung des Sozialtickets protestiert. *»Die Schüler haben uns natürlich die Show gestohlen!«* sagt Albrecht Triller und lacht. Die Montagsdemo beschloß eine Solidaritätserklärung mit den Streikenden.

Öffentliche Versammlung

Zur Streikversammlung am Donnerstag kam neben Hunderten Eltern und Schülern auch die Schulrätin des Landkreises. Die Schüler beharrten darauf, daß die Schulkonferenz öffentlich im Schulhof tagt.

Die Vorschrift, die eine Mindestzahl von 40 Schülern festschreibt, kann nur vom Minister ausgesetzt werden. Die Schüler hatten einen Forderungskatalog an das Ministerium in Potsdam geschickt, in dem es heißt: *»Es ist für die Eröffnung von 7. Klassen nicht entscheidend, ob 40 oder 33 Schüler eine Anmeldung vorlegen«.*

Die Antwort des Ministeriums war knapp: *»Wir werden mit den Schülern nicht verhandeln.«* Die anwesende Schulrätin darf nichts entscheiden. Und so muß der Streik fortgesetzt werden, bis ein Vertreter des Ministeriums erscheint.

Dabei hat diese Schule keinen Ruf als besonders links oder kämpferisch. Der Direktor hätte sich so eine Aktion nie vorstellen können. Rolf Richter vom Stadtbildungsausschuß erklärt es so: *»Mit der katastrophalen Bildungspolitik in Brandenburg mußte es dazu kommen, wo, ist eher Zufall. Aber ich wäre als Schüler auch auf die Barrikaden gegangen.«*

Und so machen die Streikenden, die vor einer Woche noch ganz normale Schüler waren, tapfer weiter. Abends um halb zehn müssen sie schlafen gehen, früh um halb acht wird geweckt. Aber an einen Abbruch der Besetzung denkt keiner. *»Auch wenn es ein Jahr dauert«*, sagt Jule aus der Zehnten.



»Biosphäre« schützen

Völlig klar ist, daß gegen jede Verringerung des Schutzstatus' gekämpft werden muß. Und was die nachhaltige Waldbewirtschaftung angeht, da müssen der Eberswalder Professor Alfred Möller und die von ihm geschaffenen Grundlagen für den Dauerwald in die Waagschale geworfen werden.

Das Gelaber vom aufzubauenden Mischwald und nachhaltiger Bewirtschaftung wird dann etwas gestört. In *»Kurswechsel in Wald- und Holzwirtschaft«*, insbesondere im Kapitel 7, habe ich mich dazu geäußert. Entscheidend ist die *»Überführung des Altersklassenwaldes in Dauerwald«* (7.2). Hier wird ganz konkret gesagt, was dafür zu tun ist und wieviel Holz anfangs geerntet werden kann. Entscheidend für den Übergang und den Ausbau der Dauerwaldwirtschaft – die ökologische und ökonomische Aspekte vereint – ist eine dauerhaft kräftige Bejagung von Wild, damit die Naturverjüngung vorankommt.

All diese Infos habe ich vom Forstmann Wilhelm Bode übernommen aus seinem Buch *»Dauerwald leicht gemacht – ein Kurzleitfaden für die Praxis«*. Es ist im Verlag Natur + Text im Jahre 2021 erschienen. Da das Biosphärenreservat staatlich verwaltet wird, können auch Festlegungen zur Bewirtschaftung getroffen werden und zwar auch für verpachtete oder verkaufte Waldflächen. Ich bin gespannt, wie es weitergeht.

Dr. DETLEF BIMBOES

Verschnitten



Foto: aus der BBP-Facebook-Gruppe

Wie soll das weitergehen mit der sogenannten Baumpflege, wenn nicht einmal mehr anerkannte Naturdenkmale vor ihr sicher sind?! 16348 Wandlitz – Dorfplatz an der Kirche.

BETTY GRINS

BI »Wir sind Biosphäre!« in Warnitz:

Eine Lesung der besonderen Art

Am Abend des 11. April hatte die überregional inzwischen bekannte Reihe *»Warnitzer Lesungen«* zu einer besonderen Veranstaltung geladen. Keine Lesung eines namhaften Autors im herkömmlichen Sinne fand statt. Stattdessen wurden offizielle Dokumente der UNESCO und des Landes Brandenburg vorgetragen. Das Programm der UNESCO von 1971 legte die Grundlagen, die der Ursprung des im Jahr 1990 von der letzten DDR-Regierung ausgewiesenen UNESCO-Biosphärenreservates Schorfheide-Chorin waren.

In den ersten Jahrzehnten entwickelte sich das Schutzgebiet wie von der UNESCO vorgesehen als regionaler Entwicklungsmotor für nachhaltige und naturverträgliche Wirtschaftsweisen, die dem Menschen ein Auskommen sichern und gleichzeitig das überaus wertvolle, riesige Gebiet von 1.300 km² Fläche in seinen natürlichen Ressourcen erhielt.

Anlaß für die Veranstaltung im Gasthof *»Deutsche Eiche«* in Warnitz war das Vorhaben der jetzigen SPD/CDU-geführten Landesregierung, die Verordnung des Biosphärenreservates, also die gesetzliche Grundlage, zu überarbeiten, wobei die Überarbeitung vor allen Dingen auf die Abschwächung des bisherigen Schutzniveaus abzielt. Das beträfe mehr als Dreiviertel der Fläche. Bauen im Außenbereich könnte bald ohne naturschutzrechtliche und -fachliche Prüfung möglich sein. Die Einflußmöglichkeiten von Biosphäre und Naturschutzverbänden würden bei der Genehmigung von Bauvorhaben auf ein Minimum herabgesetzt werden.

Das war der Grund für die Entstehung der Bürgerinitiative *»Wir sind Biosphäre!«*, die sich dem Erhalt des ursprünglich vorgesehenen Schutzes widmet. Nach einer Auftaktveranstaltung am 20. Februar war die Lesung am 11. April die zweite Informations- und Diskussionsveranstaltung der BI.

In enger Zusammenarbeit der Bürgerinitiative und der Veranstalterin der *»Warnitzer Lesungen«* Cornelia Jentzsch entstand ein Programm, das geeignet war, mehr Information und Verständnis für das bisher in Amtsstuben stattfindende Geschehen in die betroffene Bevölkerung zu bringen.

Namhafte Persönlichkeiten wie Andres Veiel, Donata Wenders und Simon Strauss sowie Manuela Reichardt gehörten zu den Lesenden und gaben den sperrigen Texten ihre Stimme.

Sie lasen aus den UNESCO-Papieren, aus der jüngsten Evaluierung durch das deutsche UNESCO-Komitee im Jahr 2022 und aus der Verordnung des Biosphärenreservates. Die Medienschaffende und Künstlerin Nicola Hümpel hielt die Worte des nordamerikanischen Autors T. S. Eliot dagegen, der schon in den 1920er Jahren die Dystopie einer naturentleerten Welt beschrieb – als Schreckensszenario mit dem Titel *»Waste Land«*. Der Beifall des Publikums zeugte von Zustimmung und Dank für die Verständlichmachung. Im Anschluß an die Lesung boten die beiden Sprecher der Bürgerinitiative Hartmut Lindner und Dr. Michael Luthardt gemeinsam mit Cornelia Jentzsch viel Raum für ausführliche Diskussionen zu aufkommenden Fragen.

Es wurde deutlich, wie schwierig es für Menschen ist, die mit der Materie von Verordnungen und Gesetzen und deren sperrigem Wortlaut in ihrem Arbeitsalltag nichts zu tun haben, die Problematik der Bedrohung ihrer eigenen Lebensqualität überhaupt zu erkennen, die hinter dem Vorhaben der Landesregierung steht. Daß es großes Interesse und Informationsbedarf zum Thema in der Region gibt, war an dem überfüllten Saal im Gasthof unschwer zu erkennen, die Stühle wurden knapp, die Letzten saßen auf den Tischen.

Die Bürgerinitiative hat eine Petition gestartet, die sowohl online als auch in herkömmlicher Form als Unterschriftensammlung läuft und nach Beendigung der Landesregierung vorgelegt werden soll, mit der Forderung, eine solche gravierende Veränderung, die die Lebensumstände der Bevölkerung massiv beeinflussen würde, nicht ohne die Beteiligung der Öffentlichkeit vorzunehmen. Die Überarbeitung (Novellierung) der Verordnung des Biosphärenreservates darf nicht an der Öffentlichkeit vorbei geschehen, und sie darf nicht zu einer Absenkung des bisherigen Schutzstatus' führen.

Sicher blieben viele Fragen offen oder sind auch im Nachhinein noch entstanden. Eine gute Informationsquelle bietet die Webseite der Bürgerinitiative, die unter www.wir-sind-biosphaere.de zu finden ist. Dort sind Interviews, Videos und eine viele weiterführende Informationen aufgelistet. Ähnliche Veranstaltungen gab es am 17. April in Klandorf in der Schorfheide im Südwesten des Biosphärenreservates und am 24. April in der Blumberger Mühle.

BEATE BLAHY

Über Berliner Öko-Liberale

»Sie glauben gar nicht, wie viele Leute hier mit Gießkännchen rumrennen und die alten und jungen Bäume gießen und wie viele überhaupt keine Probleme sehen und achselzuckend an den kaputten Bäumen vorübergehen. Berlin ist insgesamt eine verkommene Stadt und die sozialen Schieflagen befördern die Kaputtheiten ungemein. Die politische Klasse türmt nur Probleme auf statt sie zu lösen. Aber davon lassen wir uns nicht entmutigen.« D.D.B.

B167neu Nordvariante:

Unsinn bleibt Unsinn

Auch wenn es kaum neue Nachrichten dazu gibt, schreibt die lokale Tageszeitung regelmäßig über die geplante Bundesstraße B167neu. Im April ließ das Blatt Urda Hennig, eine Bewohnerin der Marienwerder Straße in Finowfurt, zu Wort kommen (*»Anwohnerin von der alten B167 genervt«*, MOZ vom 28.04.26).

Frau Henning hat ein Problem. Über die Straße, an der sie wohnt, läuft der gesamte Verkehr zwischen Autobahnanschluß und Eberswalde. Das ist in den vergangenen 30 Jahren kaum weniger geworden. Diese 30 Jahre haben dem Bürgermeister, dem Landesbetrieb für Straßenwesen, der Autobahnverwaltung und auch dem Landrat nicht gereicht, das Problem zu lösen. Naheliegende, vernünftige, vergleichsweise kostengünstige Lösungen wie eine neue Autobahnanbindung in Finowfurt bei km 27,5 in Verbindung mit dem *»Eberswalder Schwung«* werden mit Fleiß ignoriert. Warum? Der Bund will eine neue Straße zwischen Finowfurt und Eberswalde bauen. Es ist die Nordvariante. Andere Varianten wurden nicht untersucht. Sie wird als OU (Ortsumgehung) bezeichnet, die es aber nicht ist. Der Bau würde einen dreistelligen Millionenbetrag kosten und Frau Hennigs Probleme nicht lösen. Das ist auch nicht seine Aufgabe – sagt der Bund!

Bürgermeister und Landesbetrieb und Landrat haben jedoch versprochen, daß die Nordvariante ihr Problem lösen wird. Sie nennen dieses Vorhaben *»Lebensader für den Barnim«*. Das soll Frau Hennig glauben und das tut sie auch – seit dreißig Jahren. Frau Hennig ist eine brave Bürgerin und glaubt, was ihr versprochen wird. Mit ihr sollen es auch die Leser der MOZ glauben. Deshalb druckt die MOZ das Glaubensbekenntnis von Frau Hennig immer wieder neu ab.

Wer's glaubt, wird selig, sagt ein Sprichwort. Wir empfehlen Frau Hennig und allen mit ihr Gläubigen, ihren Glauben durch Wissen zu ersetzen. Es gibt *»Wissende«*. Sie haben die Planungsunterlagen gründlich gelesen. Sie können Frau Hennig durch Sachkenntnis von ihrem Irrglauben befreien und tun das gern. Frau Hennig kennt sie.

Wissende sind unbequem. Sie glauben nicht, was sie sollen. Sie nennen sich *»Bürgerinitiative gegen die Nordvariante«*. Es gibt sie seit mehr als 20 Jahren. Sie haben klare Vorstellungen, die geeignet sind, Frau Hennigs Problem zu lösen. Diese Vorstellungen, es sind konkrete Vorschläge, passen aber nicht zu den Planungen des Bundes und werden – deshalb? – im *»Heimatblatt«* nicht gedruckt. So etwas muß man auch nicht drucken. Bei uns herrscht ja Pressefreiheit!

Verkehrspolitischen Unsinn verhindern!

Die regionale Tageszeitung, konkret deren Redakteur Stephan Backert, hat sich erneut zum Thema B167neu-Nordvariante zu Wort gemeldet. In seinem ganzseitigen Beitrag vom 9. Juni 2026 *»Neubaupläne sorgen für Ärger«* versucht er, die Kritik gegen dieses unsinnige Vorhaben auf den bisher kaum sichtbaren Widerstand einer kleinen Gruppe von Datschenpächtern am Üdersee zu reduzieren.

Er schreibt von *»Zweifeln«, »Sorgen«*, Zufahrtproblemen und Lärm. Es geht hier aber nicht um eine kleine Gruppe, nicht um ein Refugium, nicht um ein *»kleines Paradies«*, das in Gefahr ist. Es geht um die gern verschwiegene Tatsache, daß das Vorhaben der überwiegenden Mehrheit der Bewohner des Finowtals ernsthaft schaden wird, sofern es umgesetzt wird. Ein echter, dringender Bedarf wurde nie nachgewiesen! Dazu hat die BI *»gegen die Nordvariante«* seit zwanzig Jahren in hunderten Stellungnahmen und Einwendungen Beweise auf den Tisch gelegt. Trotzdem erwartet Backert für 2026 den Planfeststellungsbeschluß, also Baurecht. Man hat den Eindruck, es wäre ihm recht!

Es ist an der Zeit, daß sich eine große Zahl von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern erneut zu Wort meldet, um diesen verkehrspolitischen Unsinn zu verhindern.

JOHANNES MADEJA

Eigeninitiative und wie Verwaltungen damit umgehen

In Lichterfelde (Gemeinde Schorfheide) hat ein Mann zwanzig Jahre lang in Eigeninitiative und auf eigene Kosten regelmäßig Bäume gepflanzt und gepflegt und damit das Dorf aufgewertet. Vor etwa acht Jahren hat die Gemeindeverwaltung das disziplinlose, unabgestimmte Verhalten des Mannes bemerkt und – natürlich – gerügt und schließlich einfach verboten. Da könnte ja jeder kommen und der Verwaltung in ihre (gar nicht vorhandenen) Planungen reinpfuschen. Der Landkreis geht übrigens mit *»gutem«* Beispiel voran. Jahrelang wurde an einer sogenannten Baumschutzverordnung gebastelt. Der Kreistag hat sie gar beschlossen. Geschützt sind die Bäume deshalb nicht, jeder, der dafür zahlt, darf auch geschützte Bäume beseitigen. Im Barnim sind das jährlich – ich habe nachgefragt – mehrere tausend Bäume.

HANS LICHT

Gangbare Alternative

In dem noch immer im Gesetzesrang geltenden Bundesverkehrswegeplan 2030 ist der als *»Ortsumgehung«* deklarierte Neubau der B167 zwischen Finowfurt und Tornow noch immer mit einem *»Vordringlichen Bedarf«* eingeordnet. Diese Dringlichkeitseinstufung wird mit einem Nutzen-Kosten-Verhältnis (NKV) von 10 begründet.

»Wenn das NKV«, fragt Oskar Dietterle von der Bürgerinitiative gegen den Ausbau der Nordvariante der B167neu, *»aber falsch ermittelt wurde und nicht 10, sondern höchstens 0,91 ist, was dann? Hilft dann die regelmäßig zwingend nötige Überprüfung?«*

Hierzu fand er beim Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages eine Kurzinformation: *»Solange der Gesetzgeber an einer von ihm getroffenen Bedarfsfeststellung festhält, schließt § 4 [FStrAbG] es im Regelfall aus, sich über den Bedarfsplan allein deshalb hinwegzusetzen, weil der ihm zugrunde liegende Gesetzgebungsakt deutlich mehr als fünf Jahre zurückliegt.«* Die Bedarfsfeststellung gegebenenfalls an veränderte Verhältnisse anzupassen, bleibe *»dem Gesetzgeber vorbehalten«*. Solange eine solche Anpassungsentscheidung aussteht, bleibt es bei den Festlegungen des Bedarfsplans.

»Das heißt ja dann wohl«, so Dietterle, *»daß eine fehlerhafte Entscheidung zu einem Projekt nicht unbedingt zu einer Revidierung führen muß!«* Er werde weiter am NKV dranbleiben, *»aber wir brauchen die Stadtverordneten und eine zündende, einleuchtende Alternative zur Nordvariante, die auch von den Unternehmern akzeptiert werden kann«*.

Eine solche Alternative gebe es schon. Verkehrsplaner und die Stadt Eberswalde haben schon vor gut 30 Jahren mit dem *»Eberswalder Schwung«* eine *»gangbare Lösung vorgeschlagen, die viele Einwohner entlasten würde, sowohl in Eberswalde als auch in Finowfurt. Auch die Lichterfelder würden von dieser Verkehrsführung profitieren«*.

Diese Lösung wird aber vom Landesbetrieb Straßenwesen abgelehnt. Dies sei nicht zuletzt der Grund, weshalb seit Jahrzehnten nicht gebaut wird und die Probleme nicht gelöst werden. Insgesamt erfordere eine Version, die sich am *»Eberswalder Schwung«* orientiert, viel weniger baulichen Aufwand beispielsweise an Brückenbauwerken *»und ist dadurch natürlich deutlich billiger. Vom Landschaftsverbrauch ganz zu schweigen. Warum sollte das nicht ein gangbarer Weg sein?«*

Oskar Dietterle und seine Mitstreiter in der Bürgerinitiative gegen die Nordvariante der B167neu sind gerne bereit, ihre Vorschläge genauer zu erläutern. Das haben sie in der Vergangenheit schon oft getan. *»Bleibt die Frage, wofür soll die Nordvariante gebaut werden, die keine Probleme löst, sondern eher neue schafft und Unsummen an Geld kostet?«*

Jauchendreck

...bleibt Jauchendreck, und Grundwasserverseuchung bleibt Grundwasserverseuchung – ganz egal, wer sich daran für gewöhnlich dumm und dämlich verdienen mag. Aber können Sie nachvollziehen, warum Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer (CSU) in seinem Bestreben, Wohltaten unters Volk zu bringen, das Düngegesetz aufweichen will, statt unser Wasser endlich konsequent vor den Folgen von Überdüngung in der Landwirtschaft zu schützen? Mit einer jetzt geplanten Aufweichung des Düngegesetzes wären Verursacher von Überdüngung nicht mehr identifizierbar. Durch die ersatzlose Streichung der Stoffstrombilanz – also der betrieblichen Erfassung aller Nährstoffe, die in einen Hof hinein- und herausgehen – wird der geltenden und ohnehin schon verbesserungswürdigen Düngepolitik die Grundlage entzogen.

Dabei sind die wissenschaftlichen Daten zur Nitratbelastung in Deutschland alarmierend. Laut dem Nitratbericht 2024 des BMEL und des Umweltbundesamts verfehlen 25,6 Prozent der Meßstellen im agrarischen Grundwassernetz den EU-Grenzwert von 50 mg/l. Eine Trendumkehr ist nicht in Sicht: Für das aktuelle Reduktionstempo berechnen die Agrarwissenschaftler Friedhelm Taube und Martin Bach, daß die vollständige Einhaltung der Grenzwerte noch über 70 Jahre in Anspruch nehmen würde. Allein diese Verzögerung hat massive ökonomische und ökologische Konsequenzen.

Ich fordere eine Kehrtwende in der Düngepolitik! Statt den Gewässerschutz zu begraben, muß die Regierungskoalition endlich handeln!

• Schluß mit dem Scheinargument Bürokratieabbau: Die Hoftorbilanz gehört verpflichtend ins Gesetz! Durch eine konsequente Digitalisierung decken wir Überdüngung unbürokratisch auf und nehmen die tatsächlichen Verursacher in die Pflicht.

• Schluß mit dem Verzögern nach dem Gerichtsurteil: Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Oktober 2025 verlangt endlich eine wasserdichte, bundesweite Regelung für die nitratbelasteten *»Roten Gebiete«* – mit strikten Auflagen statt ewiger Fristverlängerungen, von denen gerade die Massentierhaltungsbetriebe profitieren, die ohnehin den meisten Gewinn machen

• Schluß mit der Ignoranz gegenüber der Wissenschaft: Die Bedarfswerte für Stickstoff bei Raps, Mais und Weizen sind laut den Agrarexperten Taube und Bach um bis zu 20 Prozent zu hoch. Eine Anpassung schützt unsere natürlichen Lebensgrundlagen und entlastet selbst Landwirte von teurem, und überflüssigem Düngereinsatz.

THOMAS TOBLER

»Energiewende nicht abwürgen«

Eberswalde (bbp). Im April fand in Berlin die Demonstration *»Erneuerbare Energie verteidigen«* statt. Die Bündnisgrünen aus dem Oberbarnim riefen zur Teilnahme auf, *»um Wirtschaftsministerin Katherina Reiche laut und deutlich zu signalisieren: ein Ausbremsen der Erneuerbaren lassen wir nicht unwidersprochen«*, wie Julian Reimann, Sprecher des Bündnisgrünen Regionalverbands, erklärte.

Die aktuellen Pläne der Ministerin gefährden die Energiezukunft in der BRD, so Reimann. *»Steigende Preise an den Tankstellen, geopolitische Krisen und die Abhängigkeit von fossilen Energien machen uns verletzbar. Die Förderung und der Ausbau von Erneuerbaren Energien hingegen stehen für Versorgungssicherheit und eine demokratische Kontrolle über unsere Energieversorgung.«*

Vorstandsmitglied Heike Wähner ergänzte: *»Wer jetzt mit Strom vom eigenen Dach sein Auto laden kann, hat einen klaren Vorteil. Der Ausbau der Erneuerbaren ist eine Chance in der Krise, die wir nicht verspielen sollten. Statt des Hickhacks beim Heizen gilt es, mit der Wärmepumpe unabhängig von Öl- und Gaspreisen zu sein.«*

Solaranlagen, Ladesäulen und Wärmepumpen, die auch für Mieterinnen und Mieter mit günstigem Strom laufen, sichern unsere Energiezukunft, so die Bündnisgrünen. Die Energiewende dürfe nicht ein zweites Mal abgewürgt werden.

Neuer Waldgesundheitspfad

Eberswalde (prest-ew/bbp). Die Stadt Eberswalde hat gemeinsam mit der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und den Kreiswerken Barnim am 21. Mai den neuen Waldgesundheitspfad im Eberswalder Stadtwald feierlich eröffnet. Mit der Enthüllung der neuen Beschilderung wurde der rund 1,6 Kilometer lange Pfad offiziell freigegeben.

Dieser entstand im Rahmen des Kooperationsprojektes *»Wald für alle!«*, welches Naturerlebnis, Gesundheitsförderung und Bewegung stärken und den Stadtwald als Erholungsort für Menschen aller Generationen weiterentwickeln soll. Familien, Waldbegeisterte und zahlreiche Kinder der (Wald-)Kita *»Sputnik«* nutzten die Gelegenheit, den neuen Erlebnis- und Bewegungsraum erstmals zu erkunden.



Foto: Florian Heilmann (Stadt Eberswalde)

Das sogenannte *»Battle Rope«* ist eine der Stationen, an denen man sich sportlich betätigen kann.

Ilja Haub, Dezernent für Bau und Stadtentwicklung in Eberswalde, betonte die besondere Bedeutung des gemeinschaftlich entwickelten Waldgesundheitspfades: *»Mit dem Waldgesundheitspfad ist ein Ort entstanden, an dem Naturerlebnis, Bewegung und öffentliche Gesundheitsförderung auf besondere Weise kombiniert werden. Daß sich Menschen hier erholen, neue Energie tanken und ihrer Gesundheit etwas Gutes tun können, zeigt, wie wertvoll der Wald und naturnahe Orte für unsere Stadt sind. Gleichzeitig verdeutlicht die Zusammenarbeit von Forst, Verwaltung, Gesundheit und Handwerk, wie nachhaltige Stadtentwicklung gelingen kann, wenn sie gemeinsam gedacht wird«.*

Stadtförster Florian Manns führte die Gruppe zu ausgewählten Stationen des Pfades und stellte unter anderem verschiedene Sportgeräte vor. Weitere Highlights (Kletterdrachen) seien noch geplant.

Der Waldgesundheitspfad verläuft in drei Abschnitten durch das Waldgebiet zwischen dem Sportplatz an der Lessingstraße und dem Waldcampus der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde. Ein *»Stille-Bereich«*, soll zur Entspannung einladen, aber auch ermöglichen, den Wald bewußt und wertschätzend wahrzunehmen. Der *»Spiel- und Spaß-Bereich«* richtet sich vornehmlich an Kinder, während der »Workout-Bereich« wie eine Art *»Fitneßstudio im Wald«* genutzt werden kann.

Nach einem öffentlichen Beteiligungsprozeß wurde seit Herbst 2025 an der Umsetzung des Pfades gearbeitet. Bürgerinnen und Bürger konnten ihre Ideen und Wünsche einbringen, die in Planung und Gestaltung eingeflossen sind. Einige Elemente des Gesundheitspfades wurden von der Lebenshilfe Barnim gefertigt. Der nun fertiggestellte Pfad verbindet stationsartig sportliche Aktivität mit naturpädagogischen Angeboten und ermöglicht einen niedrigschwelligen Zugang zu Bewegung und Wohlbefinden in der Natur.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung waren die Gäste zu einem Birkenwasser-Empfang mit *»Waldpoesie: Laub und Lyrik«* am Barfußpfad eingeladen, danach konnten die Kinder der Kita *»Sputnik«* sich im *»Spiel- und Spaßbereich«* ordentlich austoben. Die Erwachsenen konnten ihr Wissen in anschließenden Workshops erweitern und mehr über »Gesunde Wildpflanzen aus dem Wald« sowie über Bewegungsangebote beim *»WaldWorkout – Gesund in Bewegung«* erfahren. Den Abschluß der Veranstaltung bildete ein gemeinsamer Spaziergang über den Gesundheitspfad.

Briefaktion: https://ogy.de/itvq

Erhalt der Heidelandschaft

Heidebiotope sind in unseren Gebieten aussterbende Landschaftselemente. Sie unterliegen der natürlichen Bewaldung mit Kiefern, Birken, Traubenkirschen und einigen anderen Gehölzarten. Mit dem Verschwinden der Heiden sterben eine große Anzahl Tierarten aus, die auf die Heidebiotope als Lebensgrundlage angewiesen sind. Dazu gehören unter anderem Wespenarten, Ameisenarten, Wildbienenarten, Käfer, Heuschreckenarten, Schmetterlinge sowie auch Vögel und Reptilien.

Der Imkerverein Finow-Schorfheide hat es sich zur Aufgabe gemacht, jährlich einen Beitrag zum Artenerhalt und Naturschutz zu leisten. Im Rahmen dieser Selbstverpflichtung arbeiten die Imker des Vereins bereits im fünften Jahr freiwillig an der Beseitigung von »Wildwuchs« in der Finower Heide. Inzwischen sind etwa 25 Hektar in über 240 Arbeitsstunden vom Fremdbewuchs befreit. Ohne diese Arbeit wäre die Heide kurzzeitig zum Absterben verurteilt.

Gleichzeitig bemühen sich die Imker, die Bevölkerung für den Erhalt dieses einmaligen sensiblen Ökosystems zu sensibilisieren. Ein einfaches Wegeleitsystem wurde eingerichtet und die Bevölkerung zu den Arbeitseinsätzen eingeladen. Zur Heideblüte werden für jedermann offene naturkundliche Wanderungen organisiert; die HNEE wurde zur wissenschaftlichen Betreuung der Arbeiten aufgefordert.

Mit der Finower Heide besitzen wir ein Naturhighlight vor unserer Haustür, welches große ökologische und kulturelle Relevanz besitzt. Sie sind zu jeder Jahreszeit zu einem Besuch der Heide eingeladen!

Die nächste naturkundliche Wanderung findet am 22. August um 10 Uhr statt. Treffpunkt: Biesenthaler Straße, Höhe Einflugschneise Flugplatz. *Dr. GÜNTER RIEDEL*

»Ein Naturerlebnis vor unserer Haustür«

Beim Wettbewerb *»Naturpark Projekt des Jahres 2025«* des Naturparks Barnim erreichte der Imkerverein Finow-Schorfheide e. V. mit dem Vorhaben *»Die Finower Heide – ein Naturerlebnis vor unserer Haustür«* den zweiten Platz.

Der Imkerverein Finow-Schorfheide setzt sich aktiv für Erhalt der Artenvielfalt und die Verbesserung der Bienenweide ein und hat die Patenschaft für 25 Hektar Heideflächen übernommen. Ohne menschliches Eingreifen würden diese geschützten Biotope mit wertvoller Fauna verbuschen und verloren gehen. Die Arbeiten erfolgen in enger Abstimmung mit der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE), dem Forstamt Chorin und der Unteren Naturschutzbehörde. Zu den weiteren Aktivitäten gehören die Gestaltung von Wegeführungen und geführte Touren, die der Verein in Eigenregie anbietet. In den letzten Jahren leisteten die Mitglieder über 200 Stunden ökologische Hochleistungsarbeit, indem sie Heideflächen von eingewanderten Kiefern, Birken, Traubenkirschen und Espen befreiten – ein Engagement, das Maßstäbe setzt. Das Engagement überzeugt die Jury besonders durch:

• Interdisziplinären Ansatz: Der Verein setzt sich durch konkrete Pflegemaßnahmen für die Biodiversität ein. Heiden bieten Lebensräume für spezialisierte Pflanzen- und Tierarten, die anderswo selten sind; die mosaikartige Struktur aus offenen Flächen, Heidenkraut, Gräsern und seltenen Zwischenhabitaten fördert eine hohe Artenvielfalt.

• Beitrag zur Kulturlandschaft und Erhaltungsgeschichte: Viele Heiden entstanden durch jahrhundertelange menschliche Nutzung und sind Teil kultureller Identität und Geschichte der Regionen, die durch das Engagement bewahrt werden.

• Erholung, Ästhetik und Sensibilisierung: Heiden schaffen Erholungsräume mit besonderem Erscheinungsbild und Atmosphäre, die urbanen und ländlichen Räumen zugutekommen und das Naturschutzbewußtsein stärken.

• Stärkung lokaler Netzwerke und Sensibilisierung neuer Akteure: Beim Honigverkauf werden verschiedene Menschen angesprochen und für die Natur begeistert.

Der Einsatz des Imkervereins Finow-Schorfheide verbindet Naturschutz, kulturelles Erbe und gesellschaftliche Wertschätzung und erzielt so eine nachhaltige Wirkung für Biodiversität und Lebensqualität in der Region.

Herzlichen Glückwunsch zum 2. Platz vom gesamten Naturpark-Team!

Dr. AIJA TORKLER, Naturpark Barnim

Musikförderung

Eberswalde (bbp). Der Musikverein con passione Eberswalde kann sich über eine Bundesförderung freuen. Für sein Projekt *»Neue Formationen auf dem Weg – Drumline & Co.«* stellt der Bund 7.980 Euro bereit.

Als Geldquelle fungiert der Amateurmusikfonds des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), aus dem innovative Projekte gefördert und musikalische Strukturen vor Ort gestärkt werden. Gezielt gefördert werden unter anderem Nachwuchsgewinnung und kreative Kooperationen.

Mehr als 500 Projekte hatten sich aktuell beworben. Bundesweit hat die Jury 209 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 2,05 Millionen Euro ausgewählt.

Märchenweg

Melchow (bbp). Die Gemeinde soll für Einheimische und Gäste noch attraktiver werden. So entstand in beeindruckender Zusammenarbeit von ortsansässigen Künstlerinnen Heike Beier, Sabine Kloss-Franke (Keramik), René Naschke (Holz), jungen und älteren Einwohnerinnen und Einwohnern sowie der Gemeindeverwaltung der Märchenweg – tief verwurzelt in der Landschaft und prägend für die Identität des Ortes.

Das Projekt *»Der Märchenweg in Melchow – Ein Ort zum Entdecken, Verweilen und Träumen«* wurden jetzt vom Naturpark Barnim ausgezeichnet. Der Märchenweg beginnt am Naturpark-Bahnhof in Melchow, der Start- und Endpunkt zugleich ist. Somit ist der Märchenweg bequem mit der Bahn erreichbar. Über etwa 800 Meter führt der Naturpfad durch bewaldete Abschnitte, entlang von Feldern und Wiesen – teils mit Weidevieh – und spiegelt so die reizvolle Barnimer Landschaft wider. Der Weg dient bereits als beliebter Ausgangspunkt für weitere kurze Wanderungen und gehört zum Abschnitt des Wanderweges *»Rund um die Schorfheide«*. Hier erleben Sie Natur, Märchen und Landschaft in einem entspannten, gut erreichbaren Rundweg.

Die Initiative schafft Lern- und Begegnungsräume für alle Generationen und verbindet Jung und Alt durch das gemeinsame Erleben von Märchen. Hier findet die Weitergabe von Regionalwissen statt. Das stärkt den Zusammenhalt und das gegenseitige Verständnis. Das Projekt ergänzt bestehende Angebote sinnvoll, verlängert die Aufenthaltsdauer und schafft zusätzliche, nachhaltige Anziehungspunkte.

Die Verbindung von lokalen Märchen, handwerklich gefertigten Kunstobjekten aus Ton und Holz sowie naturbezogener Bildung stärkt die regionale Identität, weckt Stolz und Zugehörigkeitsgefühl bei den Bewohnern und macht die Region erlebbar und einzigartig.



Ein Geburtstagsgruß für Michael Succow zum 85. In der geplanten Novellierung wird das Schutzniveau des Biosphärenreservats deutlich herabgestuft.

HARTMUT LINDNER

Schlimmer geht immer

Am 10. März präsentierte der Landesbetrieb Straßenwesen im zuständigen Eberswalder Stadtausschuß seine Pläne zur Umgestaltung der Verkehrsführung in der Heegermühler Straße. Wer lesen kann und lesen will, hat nun begriffen: Es wird immer schlimmer. Während der Baumaßnahmen sowieso, aber auch danach.

Herr Jürgen vom Landesbetrieb, der Bürgermeister, der Landrat und einige Unternehmer, die in der IHK das *»Sagen«* haben und, und ... wollen uns glauben machen, daß mit der Realisierung der B167neu Nordvariante (1. BA) dann alle Probleme gelöst sind. Wir haben es oft genug gesagt und immer wieder geschrieben und bewiesen, daß das nicht so ist. Dann käme nämlich noch Querverkehr zu den Knoten 4 und 5 dazu, die Autofahrer erreichen müssen, wenn sie auf die Autobahn A 11 – dann nördlich von Finowfurt – auffahren wollen, auffahren müssen. Die Präsentation macht deutlich, daß weder die Durchlaßfähigkeit der Straße B167alt noch die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer (so behauptet von Herrn Jürgen) verbessert wird.

»Es gibt nur einen Grund für die B 167 neu: Das ist die militärstrategische Bedeutung als Nachschubstraße für den dritten Feldzug gegen Rußland.«

Die in der Präsentation angeführte Verkehrszählung beweist hingegen einmal mehr, daß die Zahlen, die der Planung der B167neu Nordvariante zugrunde liegen, falsch sind. In den nun vorgesehenen Änderungen in der Verkehrsführung kann ich keine Verbesserung und Erhöhung der Sicherheit, gerade auch für Fahrradfahrer, erkennen. Ich sehe eine konsequente Fortsetzung einer *»Politik«*, Verkehrseinschränkungen auf der B167alt zu erzeugen und die Durchlaßfähigkeit weiter zu verringern, nicht zuletzt zugunsten des *»Arguments«*, daß mit der B167neu Nordvariante dann angeblich alle Probleme gelöst sind.

Wir wissen und haben es oft genug gesagt und geschrieben: Das stimmt nicht! Das Gegenteil trifft zu!

Wer, auch bei weiter steigenden Spritpreisen (Krieg muß bezahlt werden, natürlich von uns) mit dem Auto oder gar mit dem Fahrrad unterwegs sein muß, der sollte sich lautstark wehren. Ein einzelner Sprecher unserer Bürgerinitiative gegen die Nordvariante, mag er noch so fleißig argumentieren, wird den »Bock« nicht umstoßen! Wir müssen alle mithelfen!

JOHANNES MADEJA

Es fährt **kein Zug** *nach Nirgendwo*

»Kein ausreichender volkswirtschaftlicher Nutzen«

Die Allianz pro Schiene veröffentlichte am 19. Mai eine Presserklärung, in der zu lesen war: *»Viele vor langer Zeit angeschobenen Reaktivierungsvorhaben nehmen Fahrt auf, und die Schiene kommt zurück in die Fläche«.*

Da lacht das Herz des Eisenbahnfreundes, wenn er das hört und denkt an die zahlreichen Bahnstrecken, die in der Uckermark und anderen Regionen Brandenburgs in den letzten Jahrzehnten geschlossen und zum großen Teil auch *»entwidmet«*, sprich demontiert und versilbert, wurden.

Aber um Fehlwahrnehmungen zu vermeiden, ist es notwendig, genauer hinzuschauen. So sollen voraussichtlich in Niedersachsen 107 Kilometer, in Nordrhein-Westfalen 58 und in Bayern 54 Kilometer in den nächsten vier Jahren reaktiviert werden. Nun hofft der Leser, daß in einem Flächenland wie Brandenburg eine eher größere Streckenlänge reaktiviert wird. Aber leider steht Brandenburg in einem Balkendiagramm von Allianz pro Schiene, in dem die aussichtsreichen Reaktivierungsvorhaben bis 2035 dargestellt sind, nur auf Platz 10 der Bundesländer mit einer Gesamtstreckenlänge von 14 (in Worten: **vierzehn**) Kilometern Länge. So soll das also aussehen, wenn die Schiene *»zurück in die Fläche«* kommt.

Von 1994 bis heute wurden in Brandenburg fünf Kilometer für regelmäßigen Personenverkehr und 29 Kilometer für den Güterverkehr reaktiviert. Die peinliche Frage, warum die Strecken überhaupt geschlossen wurden, soll hier heute nicht gestellt werden – das ist ein dankbares Thema für ein anderes Mal.

Ein Beispiel für die Misere ist die Strecke der RB 63 Joachimsthal – Templin.

Jahrelang bemühte sich die Bürgerinitiative Mehr Eisenbahn für Brandenburg, die in unserer Region aktiv ist, die Stillegung der Strecke zu verhindern. Leider erfolglos, obwohl einige Kommunalpolitiker der anliegenden Ortschaften, darunter der damalige Bürgermeister von Templin, Detlef Tabbert, sich für den Erhalt der Strecke stark machten. Nachdem Tabbert das Infrastruktur- und Verkehrsministerium des Landes Brandenburg übernommen hatte, war leider von dem einstigen Engagement nicht mehr viel zu spüren.

Im Mai wurde von der Intraplan Consult GmbH im Auftrag des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung und dem VBB Verkehrsverbund Berlin Brandenburg GmbH der Abschlußbericht einer Nutzen-Kosten-Untersuchung für die Strecke Joachimsthal - Templin vorgestellt. Das Ergebnis lautet: Bei einer Reaktivierung der Strecke steht dem Nutzen von 0,86 Millionen Euro pro Jahr ein Saldo Kapitaldienst für die Infrastruktur von ca. 1,13 Millionen Euro pro Jahr gegenüber (bei einem Risikozuschlag von 30%). *»Das Verhältnis von Nutzen zu Kosten beläuft sich auf 0,76. Für die Maßnahme ist in diesem Zuschnitt die volkswirtschaftliche Vorteilhaftigkeit damit nicht nachgewiesen und das Vorhaben kann nicht als förderwürdig eingestuft werden.«* Förderwürdig ist entsprechend dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) ein Reaktivierungsvorhaben ab einem Nutzen-Kosten-Indikator >1. In diesem Fall würde das Vorhaben zu 90% vom Bund gefördert.

Es würde sich also für die Region lohnen, an der Problematik dranzubleiben – was die BI Mehr Eisenbahn für Brandenburg auch tun wird. So werden von Eisenbahnfachleuten eine ganze Reihe von Punkten bei der Nutzen-Kosten-Untersuchung kritisch betrachtet. Vor allem die angesetzten Kosten für die geplante Infrastruktur des Bahnhofs Joachimsthal erscheinen überzogen. Auf die Möglichkeit eines Güterverkehrs wird in der Studie überhaupt nicht eingegangen.

Die bürokratische Abwicklung des Projektes nach starren Vorgaben eines bundesweit *»standardisierten Verfahrens«* ist nur die eine Seite der SPNV-Misere. Der Hund liegt ganz woanders begraben. Ein Bahnsystem muß als Ganzes funktionieren, und dazu gehört auch die Erschließung der Fläche in dichten Taktzeiten. **Bahn ist Daseinsvorsorge!** Für eine Zukunftsbahn gibt es viele Vorschläge, z.B. vom Bündnis Bahn für Alle: *»Nicht wenige Großprojekte erhöhen die Kapazität des Systems Schiene, sondern viele kleine. Erhalt, Ausbau und Betrieb der Bahn dienen dem Gemeinwohl,* ***die ganze Bahn muß daher gemeinnützig sein und transparent gesteuert werden.«***

Diese Bundesregierung verbrennt hunderte Milliarden Euro für Rüstung und Kriegsvorbereitung. Hierbei wird nicht nach einem Kosten-Nutzen-Indikator gefragt. Und die brandenburgische Landesregierung ist hier emsig dabei. So wird beim Bundeswehrstandort Holzdorf im Südwesten Brandenburgs der zukünftig größte Hubschrauberstützpunkt Europas gebaut, einschließlich des von Israel gelieferten Arrow-3-Raketenabwehrsystems. Die Brandenburger Landesregierung ließ sich nicht lumpen und war mit 100 Millionen Euro für Straße und Bahn dabei (j.W., 12.6.26) – vermutlich ohne Kosten-Nutzen-Untersuchung.

ERNST WAGNER-ROTT

Für Interessierte: Hier die gesamte Nutzen-Kosten-Untersuchung: mil.brandenburg.de/mil/de/themen/mobilitaet-verkehr/bahnen-busse/infrastruktur-massnahmen/strecken-und-haltereaktivierung

Neue Runde im Rutenfeld-Parkplatzchaos

Bernau (bbp-ber). Im Ringen um eine Lösung bekannter Verkehrsprobleme haben die Bernauer Stadtverordneten in ihrer Sitzung am 29. April eine konzeptionelle Lösung zur Vorlage bei der unteren Verkehrsbehörde beschlossen, die nun auf den Weg gebracht wurde. Die Vorlage *»Einrichtung einer Haltverbotszone für die Tobias-Seiler-Straße und Rollenhagenstraße zwischen Sachtelebenstraße und Jahnstraße sowie für die Hermann-Duncker-Straße westlich der Puschkinstraße«* wurde ohne Gegenstimmen angenommen.

Das Konzept fußt darauf, daß generell ein Parkverbot im gesamten Bereich als Zone gelten soll, so wie es bereits eine 30-km/h-Beschränkung in dieser Zone gibt. Ausgenommen sind hiervon aktuell die Abschnitte nördlich der Sachtelebenstraße. Darüber hinaus soll für Teilbereiche das Parken in einer Art und Weise dezidiert als erlaubt ausgewiesen werden, um den bestehenden Problemen Einhalt zu gebieten. Einerseits sollen damit unzumutbare verkehrliche Belastungen vermindert, die einseitig verstellten Sichtachsen vor Kreuzungsbereichen zur Verringerung der Unfallgefahr an querenden Straßen ohne Fußwege freigehalten werden, und andererseits sollen beschränkt Parkmöglichkeiten eingeräumt sein. Soweit so gut.

Inzwischen liegt auch die konkretisierte Planung der Stadt Bernau zur Ausweisung von Parkerlaubnissen auf ausgewählten Straßenabschnitten bei der unteren Verkehrsbehörde vor. Leider weist dieses Konzept nicht die Qualität auf, die für die Zielstellung erforderlich ist. Ein Anwohner machte darauf aufmerksam, daß mit der Genehmigung des Parkens dezidiert bis fünf Meter an die Querung der Hermann-Duncker-Straße heran das eigentliche Anliegen konterkariert wird, für Fahrzeugführer die Sichtachsen so freizuhalten, um langsam fahrende Senioreneinsitzerfahrzeuge, Rentnerporsche, Elektroroller und auch über die Kreuzung springende Schulkinder bereits in ausreichender Entfernung sehen zu können und andererseits es den betroffenen langsamen Verkehrsteilnehmern zu erleichtern, auszuweichen. Die aktuell vorliegende Anlage zum Beschluß führt offenbar zu einer massiven Trichterwirkung und einer punktuellen Konzentration des gesamten verbleibenden Parkdrucks des Quartiers exakt vor der Kreuzung Rollenhagenstraße/Hermann-Duncker-Straße.

Wie bekannt ist, siedeln in diesem unmittelbaren Umfeld auch autistisch schwerbehinderte Bürger, die darauf angewiesen sind, daß die Wohnstraßen auch als Wohnstraßen fungieren und nicht als Umschlagplatz eines unzureichend geregelten Parkraumverkehrs der Bernauer City. Dies ist rein verkehrsrechtlich nicht direkt einzurechnen, wohl aber verkehrspolitisch zu berücksichtigen.

Immerhin war es dem Bernauer Ordnungsamt offenbar möglich, einen kurzen Parkplatzweg der 150 Meter entfernt arbeitenden Lehrerschaft einzurechnen, welche genauso auch 50 Meter oder mehr weiter laufen könnte. Jedoch von Anwohnern vorgetragene gesundheitliche Fragestellungen, die zudem die Angelegenheit mit eigenen Antragstellungen überhaupt erst ins Rollen brachten, finden offenbar im Rahmen der Lösung kein weiteres Interesse.

Planung für Rad-Südroute ist »Bullshit«

2,4 Millionen Euro für unnötige Radwege

Eberswalde (maxe). *»Wer hat sich denn diesen Bullshit ausgedacht?«* Diese Frage samt Kommentar erreichte die mit der BBP verbundene MAXE-Redaktion nach der Eberswalder Stadtverordnetensitzung am 19. März.

Ein Bewohner des Brandenburgischen Viertels hatte die Sitzung im Livestream verfolgt. Hintergrund ist der Beschluß über die *»Entwurfsplanung Südroute im Abschnitt von der Schönholzer Straße bis zur Zoostraße«*, der in der Sitzung am 19. März mehrheitlich bestätigt wurde. Dabei soll das Ziel verfolgt werden, *»den Radverkehr maßgeblich zu stärken«*. Die Verwaltung wird *»mit der Erstellung eines Bauprogramms beauftragt«*. Der geschätzte Auftragswert beträgt 2,4 Millionen Euro. Davon sollen 1,7 Millionen Euro über Fördermittel finanziert werden. 700.000 Euro verbleiben als städtischer Eigenanteil. Realisiert werden soll diese Maßnahme in den Jahren 2028/29.

Ein Teilziel der Stärkung des Radverkehrs sei *»die Realisierung der Südroute für Radfahrende, um die Stadtteile Finow und das Brandenburgische Viertel mit dem Bahnhof und dem Zentrum für diese Verkehrsteilnehmer zu verbinden«*. Dabei wird auf den *»Mobilitätsplan 2030+«* und das *»Radnutzungskonzept der Stadt Eberswalde«* verwiesen.

Zur Untersuchung der Varianten der Routenführung sei 2023 eine Machbarkeitsstudie erstellt worden. Dabei habe sich *»eine Arbeitsgruppe aus beteiligten Ämtern der Stadtverwaltung, dem Landkreis Barnim, der Gemeinde Schorfheide, dem ADFC Eberswalde, Kitas und dem Zoo Eberswalde gebildet, in welcher die angedachten Maßnahmen diskutiert worden sind«*. Zudem habe es eine *»zweiteilige Online-Öffentlichkeitsbeteiligung sowie eine Öffentlichkeitsveranstaltung im Rahmen des Radverkehrsforums«* gegeben.

Bereits im Mai 2024 hatten jedenfalls die Stadtverordneten einen Beschluß über die Machbarkeitsstudie und *»weiterführende Planungen zur Zielerreichung bzw. Umsetzung«* gefaßt. Als erster Umsetzungsabschnitt wurde der jetzt als Entwurfsplan vorgelegte Abschnitt zwischen Schönholzer Straße und Tierparkstraße festgelegt, heißt es in der aktuellen Sachverhaltsdarstellung. In einem weiteren Beschluß wurden sogar schon Planungsleistungen öffentlich ausgeschrieben und an das IBE Ingenieurbüro für Bauplanung Eberswalde des CDU-Stadtverordneten Uwe Groß (der auch wegen Befangenheit an der aktuellen Abstimmung nicht teilnahm) und die Dr. Löber Ingenieurgesellschaft für Verkehrsbauwesen aus Hennigsdorf vergeben.

Nachfolgend der Kiezbewohner im Originalton: *»Der ganze Murks wurde offensichtlich bereits mit der Annahme der Machbarkeitsstudie verzapft, für die sich damals kein Mensch interessierte. Man braucht bloß auf den Übersichtsplan gucken, um zu sehen, daß diese Routenplanung völliger Bullshit ist.*

Wie bescheuert kann man sein, parallel zu dem bestehenden Radweg entlang der Schönholzer Straße für fast zweieinhalb Millionen Euro einen halbwegs naturbelassen Waldweg zu versiegeln und dann den vorhandenen Geh- und Radweg an der Prignitzer Straße abzureißen und neuzubauen?

Von der Schönholzer Straße kann der Radverkehr ohne weitere Investition – so wie die Südrouten-Entwurfsplanung das in der Potsdamer Allee vorsieht – entlang der Brandenburger Allee über den Potsdamer Platz und dann über die Frankfurter Allee, wo es sogar noch ausgebaute Radwege entlang der Straße gibt, die jetzt wegen der 30er Zone bloß nicht mehr als solche ausgewiesen sind, und dann über die Gubener Straße zu dem existierenden Überweg mit Verkehrsinsel an der Einmündung Lausitzer/Tierparkstraße geführt werden. Damit wäre sogar der sichere Übergang zum Schwarzen Weg gewährleistet, der in der aktuellen Entwurfsplanung gar nicht enthalten ist.

Schließlich würde mit dieser Wegeführung ein Problem gar nicht erst entstehen, welches mit der beschlossenen Entwurfsplanung sehr wahrscheinlich den größten Frust verursachen dürfte. Denn diese Entwurfsplanung sieht vor, die etwa 30 Stellplätze in der Lausitzer Straße zwischen Spreewald- und Tierparkstraße ersatzlos zu beseitigen, um dort einen Radschutzstreifen auf dem Asphalt zu malen. Zugleich schafft man dort freie Bahn für Raser. Völlig absurd.«

Fast zweieinhalb Millionen Euro an Ausgaben für eine Radverkehrsführung, die eigentlich schon vorhanden ist und deren Optimierung bestenfalls minimale Kosten verursachen würde. Während zugleich völlig unnötig Konflikte mit den Bewohnern provoziert werden. Konflikte, die ohne Mehrkosten schlicht umgangen werden könnten.

Von Finsternis *und Licht und ...*

Was uns die Geschichtsschreibung überliefert

Am 22. Juni 1941, 3 Uhr, überfiel das deutsche Heer die Sowjetunion. Ein auf Eroberungsstreben gegründeter Krieg der Deutschen und ihrer Kollaborateure. Die Säulen des Vorgehens: Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Antibolschewismus zur Formierung einer kriegsbereiten Gesellschaft. Ein Raub und Vernichtungskrieg unbekannten Ausmaßes.

»Biologistische Entmenschlichungen waren die konstitutiven Elemente nazistischer Ideologie und Politik«[1] und Grundlage für die rassistische Lizenz zum (millionenfachen) Töten. Schon am 3. Februar 1933, also vor der Reichstagswahl, beschrieb Hitler vor den Befehlshabern der Reichswehr und der Reichsmarine das Ziel der Faschisten: *»Eroberung neuen Lebensraums im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung.«*

Im Bunde mit der Rüstungsindustrie, der sich als Elite verstehenden Vertreter des Staates und aller Wissenschaftsgattungen, des Kleinbürgertums, auch Teilen der Arbeiterschaft, schufen die Faschisten einen Terror- und Militärstaat, vereinnahmten Kunst und Kultur.

Im August 1936 formulierte Hitler: *»Wenn es uns nicht gelingt, in kürzester Frist die deutsche Wehrmacht in der Ausbildung, in der Aufstellung der Formationen, in der Ausrüstung und vor allem auch in der geistigen Erziehung zur ersten Armee der Welt zu entwickeln, wird Deutschland verloren sein.«*[2]

Die Sowjetunion charakterisierte er als Bedrohung. Mit ihr tritt *»einer zerrissenen demokratischen Welt ... ein geschlossener autoritärer weltanschaulich fundierter Angriffswille gegenüber«*.[3] Er forderte die deutsche Armee auf, *»in vier Jahren einsatzfähig und die deutsche Wirtschaft, in dieser Zeitspanne kriegsfähig (zu) sein«*.[4]

Raub, Vertreibung, Ausbeutung und Vernichtung von Menschen wurde bis zum Extrem geplant und verwirklicht. Mit der Weisung Nr. 21 Fall Barbarossa, vom 18.12. 1940 beauftragte der Führer und Oberste Befehlshaber die Wehrmacht mit der Vorbereitung und Planung der schnellen Niederwerfung der Sowjetunion.[5]

Dem Reichsführer SS Heinrich Himmler wurden zur Vorbereitung der politischen Verwaltung der besetzten Gebiete Sonderaufgaben übertragen.[6] Das bedeutete die Bildung und den Einsatz von Einsatzgruppen (A-D) der Sicherheitspolizei, des SD des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) und des Amtes Ordnungspolizei unter Führung von Reinhard Heydrich im Rückraum des Heeres.

»Verdächtige« jeder Art – von kommunistischen Funktionären über Juden, Zigeuner, Flüchtlinge bis zu sonstigen *»unerwünschten«* Bevölkerungsgruppen – wurden umstandslos, d.h. ohne polizeiliche Untersuchung und gerichtliche Entscheidung, ermordet.[7]

Der »*Hungerplan*« und der *»Generalplan Ost«* zur Vertreibung bzw. Versklavung von Millionen *»Fremdvölkischer«* wurden Programm, Zwangsarbeit zur Regel, Verhungern eine Methode der Vernichtung, wie auch der Transport in die Vernichtungslager. Und auch in dieser Zeit die Vernichtung allen jüdischen Lebens im Reich und den besetzten Gebieten.

Von diesen Schicksalen betroffen war fast jede Familie in den damaligen Sowjetrepubliken, deren Nachfahren diese millionenfache Erinnerungen bewahren, diesen Ewigkeitsqualität verleihen. Ein millionenfaches Sterben von Kindern, Frauen und Männern. Unsägliches Erleiden von Schmerz, Verlust und Tod.

Auch in Bernau bei Berlin kämpften vor 1933 Menschen gegen den Faschismus. Auch hier wählten Bürger 1932 die NSDAP, jedoch fast genauso viele die KPD und die SPD. Hier wurde, wie andernorts, der Einheitsfrontgedanke von Walter Ulbricht unterstützt, als Notwendigkeit empfunden. Damit auch in Kauf genommen, daß man nach der Machtübernahme weggesperrt werden könnte. Was die Sturmabteileungen der SA im Bunde mit der Politischen Polizei nach dem Reichstagsbrand der Noch-Republik auch taten. Am 21. März 1933 brannten, anläßlich der Eröffnung des Reichstages, die Fackeln der Umzüge. Der Bürgermeister Dr. Höhn und der Magistrat der Stadt Bernau riefen zur Beflaggung auf, mit der Maßgabe, *»daß alle trennenden Gegensätze fortfallen und auch wir in der Stadt das Bild einer einigen Bürgerschaft geben«*.

Soviel zum Beginn des großen Vernichtungsaktes und der Formierung der deutschen Gesellschaft. Die Stadt Bernau wurde zur Garnison. Auf den Dächern grüßten die Sirenen mit schrillem Getön. Rüstungsbetriebe siedelten sich an, in denen Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge zum Einsatz kamen. In den Heeresbekleidungsämtern schneiderten fast 1000 Menschen an den Uniformen, verpackt und versandt von Wehrmachtgefangenen und sowjetischen Kriegsgefangenen.

Die Schule des ADGB wurde zur SD-Schule und 1939 genutzt zur Vorbereitung des *»Unternehmens Tannenberg«*, auch bekannt als der *»Fall Gleiwitz«*, für den Überfall auf Polen. Heydrichs Amtsleiter, wie Adolf Eichmann und andere, hielten Vorträge. Hier wählte das RSHA das Personal der SS für den Einsatz in allen besetzten Gebieten aus, darunter die Führungskräfte der Einsatzgruppen des SD, des RSHA, die dem deutschen Heer ab dem 22. Juni 1941 folgten, um jeglichen Widerstand gegen die Aggression zu ersticken, als Sonderaufgaben definiert.[8]



Foto: Thomas Tobler

21. Juni: Am Sowjetischen Ehrendenkmal erinnerten 30 Bernauer an den Überfall auf die UdSSR vor 85 Jahren.

Im Jahr 1945 beendeten die alliierten Streitkräfte in verlustreichen Kämpfen die Herrschaft der Faschisten. In unserer Region war es die Sowjetarmee, unterstützt von polnischen Streitkräften. In der *»Berliner Operation«* ab dem 16. April 1945 hißten diese unter dem Opfer von etwa 70.000 gefallenen Sowjetsoldaten die Rote Fahne auf dem Reichstag als Fanal des Sieges und der bedingungslosen Kapitulation des deutschen Reichs am 8. Mai 1945 in Berlin.

Das in seiner staatlichen Existenz untergegangene Deutsche Reich, wurde in Besatzungszonen eingeteilt, eine Nachkriegsordnung für den Übergang etabliert.

In der sowjetischen Besatzungszone übernahm die Sowjetische Militäradministration (SMAD) die Verwaltung, strukturiert nach den Ländern und wiederum nach deren kommunalen Gliederungen. Ihr Auftrag, eine Nachkriegsordnung ohne Waffen durchzusetzen unter einem Volk, das ihm in der Mehrheit feindlich gesonnen war. Antifaschismus war das Gebot, die Verfolgung der Täter eine Notwendigkeit, zu der sich die Alliierten bekannten. Ausdruck dieses Willens war der Nürnberger Prozeß vor dem Internationalen Gerichtshof und sein Urteil.

Die Waffen schwiegen in diesem Teil der Welt. Die verwundeten Soldaten und Offiziere hatten Aufnahme in sowjetischen Militärlazaretten gefunden, wie im Gebäude der Johanna-Schule in der Mühlenstraße. Jene, die dort verstarben, wurden unmittelbar am Lazarett und zur Stadtmauer hin begraben.

Von diesem Geschehen kündet das Denkmal des Landes Brandenburg, Nr. 09175312, der *»Ehrenfriedhof für die Gefallenen der Roten Armee«*, errichtet von 1946 – 1947 im Auftrag der Sowjetischen Militäradministration Brandenburg durch die Firma Bauhütte GmbH Bernau. Dessen Hauptehrenmal ist ein Obelisk mit Stern. Im Geviert befinden sich weitere Obelisken und Denkmale, auf denen die Namen der Bestatteten und auch Todestage zu lesen sind. Über 500 Soldaten, Offiziere, Generale, nicht mehr identifizierbare Tote als auch die sterblichen Überreste von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Seit dem 15. November 1949 ist das Ehrenmahl in der staatlich organisierten Pflege der Stadt Bernau. Ein Auftrag ohne Befristung. Mit der unausgesprochenen Botschaft: *»Nie wieder«*.

Die Bernauer versammeln sich seit dieser Zeit in jedem Jahr am 8 Mai, dem Tag der Befreiung, an der Stätte der Erinnerung und des Gedenkens, bis 1994 gemeinsam mit Angehörigen der Sowjetarmee. Zugleich war es der Weg der wachsenden Gemeinsamkeiten und durch das Erleben und Nachdenken über Schuld, für das Entstehen achtungsvoller und auch freundschaftliche Bande sowohl auf staatlicher Ebene als auch von Anatoli, Alexei, Valerie, Tamara zu Gisela, Hilde, Manfred und Georg und so vielen anderen. Sozusagen als unerläßliche Bedingung für Frieden zwischen den Völkern.

Deren Kinder sind Erben des gesellschaftlichen Wandels nach 1990. Sie stehen auf den Schultern dieser Generationen und verdanken auch ihnen ihr Leben. Wer diese vergißt, verdrängt, bekämpft, kontextualisiert, Feindbilder kreiert, landet bei den Denkgrundlagen des Gesamtkonzepts militärischer Verteidigung[9] bestimmend für die nächsten Jahre, bedarfsorientiert formuliert.

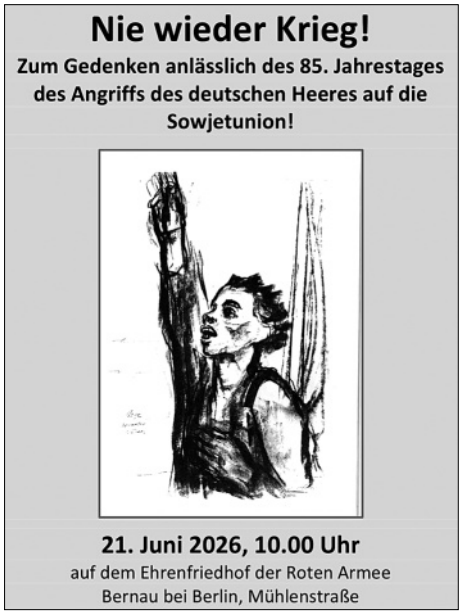
Drum sei wiederum auf überlieferte Geschichte verwiesen, vor allem der punischen Kriege und dem Untergang Karthagos, welches nach dem dritten nicht mehr zu finden war.[10]

KLAUS-DIETER JÄSCHKE

1 Manfred Weißbecker, JW 24. Juni 2021, S 12/13
2 Denkschrift in Viertelsjahreshefte für Zeitgeschichte Jahrgang 3 (1955) Heft 2, S. 205
3 ebenda Seite 204
4 ebenda Seite 210
5 Deutsche Geschichte in Dokumenten Band 7
6 Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21 des OKW vom 13.3.1941
7 In Rürup »Der Krieg gegen die Sowjetunion« 1941 - 1945
8 Siehe: Urteil von Nürnberg und Einsatzgruppen-Prozeß 1948, Todesurteil für Otto Ohlendorf
9 Gesamtkonzeption militärische Verteidigung Militärstrategie und Plan für die Streitkräfte, Bonn April 2026
10 Bertolt Brecht *»Brief an die deutschen Schriftsteller«*, 26. September 1951

Der Überfall vor 85 Jahren

Bernau (bbp). Zum Gedenken am Sonntag, dem 21. Juni, auf dem Ehrenfriedhof der Roten Armee in der Bernauer Mühlenstraße anläßlich des 85. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion hatten der Stadtverband Die Linke sowie die Vereine ISOR, RotFuchs und grh aufgerufen.



Kriegsdienstverweigerung

Panketal (bbp). *»An alle Schülerinnen, Schüler und Eltern«* hatte sich das Friedensbündnis Bernau/Panketal (www.friedensbuendnis-bernau-panketal.de) gewandt, um zu einer Informationsveranstaltung über die Kriegsdienstverweigerung als Grund- und Menschenrecht einzuladen. Sie fand am 23. Juni – ein Tag nach dem 85. Jahrestag des Überfalls des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion – in der Mensa Zepernick statt.

Als Referent und Ansprechpartner für alle Fragen rund um die Kriegsdienstverweigerung stand Yannik Kiesel von der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner*Innen e.V. zur Verfügung. Im Rahmen der Veranstaltung wurden die Videos *»Kein Bock auf Wehrdienst«* (5 min) und *»Kein Bock auf Krieg«* von Rapper Finch gezeigt.

Gefährliche Entwicklung

Mit Interesse habe ich besonders den sehr gut geschriebenen Artikel *»'Ehrendes Gedenken' an Verbrechen«* in der BBP vom Winter 2025 gelesen. Einfach nur ein Skandal, aber gewollter politischer Zeitgeist, was hier an *»Ehrungen«* passiert.

Geradezu zynisch wird es besonders dann, wenn die in einem Angriffskrieg gefallenen Soldaten in einem *»Heldenhain«* geehrt werden. So auch hier in Eberswalde – der Eberswalder Heimatverein hatte sich da schon vor zwanzig Jahren ordentlich ins Zeug gelegt. Mit erheblichem Aufwand wird alles getan, diese falschen Erinnerungen nicht nur zu pflegen, sondern auch als attraktive Tourismuspunkte zu vermarkten. Schlimmer geht es wohl nimmer.

Aktuell wird ja gerade versucht, die sowjetischen Gedenkstätten für die Befreier Deutschlands vom Faschismus zu *»aktualisieren«*, also mit ergänzenden Informationen aus *»heutiger Geschichtssicht«* zu versehen. Die Partei *»Die Linke«* hat in Berlin erklärt, diesem Vorhaben zuzustimmen ... (*Anmerkung: Inzwischen hat das die Berliner Linkspartei dementiert bzw. zurückgenommen*).

Sollte man nicht statt dessen damit anfangen, alle deutschen Erinnerungsstätten an die Opfer der von Deutschland begonnenen Weltkriege mit Tafeln zu versehen, die Geschichtstatsachen und keine Geschichtsverklärungen enthalten? Das wäre doch ein notwendiger Schritt, der längst überfällig ist.

Leider ist es im Ergebnis des II. Weltkrieges nicht gelungen, den Faschismus mit Stumpf und Stiel auszurotten. Das Gedankengut lebt weiter und scheint in der gegenwärtigen Politik gut aufgehoben zu sein. Das ist eine fürchterliche und gefährliche Entwicklung und kaum einer wehrt sich ...

HEIKO HAASE

Kein anderer Staat hat jemals ein Existenzrecht beansprucht

Eine Analyse zum kursierenden Meinungsbild

Staaten, Regionen, Gesellschaften oder Ideologien existieren, ohne daß es dazu eines extra Rechtes bedarf. So gilt das Dasein von Menschen und ihrer Gemeinschaften international mit demselben Stellenwert, wie auch die aus der Asyldiskussion bekannte Aussage *»Niemand ist illegal«* belegt.

Deshalb gibt es auch das von den Israelis reklamierte *»Existenzrecht Israels«* weder völkerrechtlich noch gesetzlich. Trotzdem versuchen mit diesem Wortspiel zionistische Akteure immer wieder, ihre Sonderansprüche über geltendes Recht zu stellen – weltweit.

Ausgerechnet in Deutschland werden nun Versuche unternommen, den Begriff zu einem Recht zu machen. Nirgendwo sonst auf der Welt wird das versucht, aber hier doch, als eine Art Putsch der Staatsräson gegen das Grundgesetz. Eine solche Erosion der freiheitlich-demokratischen Grundordnung darf nicht wehrlos hingenommen werden. Schlußendlich ist das, was wir gerade erleben, die Auflösung des Rechtsstaats, und dies sogar ganz ohne eine AfD-Beteiligung in der Regierung.

Aber von vorn. Unter vielen anderen Autoren klärt auch der Berliner Blogger Tarek Baé über einige Merkwürdigkeiten diesbezüglich auf. Am 26.April machte er anläßlich einer Gesetzesinitiative aus dem Bundesland Hessen wie folgt seinem Herzen Luft:

»Ja, Israel hat kein 'Existenzrecht'. Ist dieser Satz verboten? Nein. Das Bundesland Hessen will die Aussage nun aber bundesweit verbieten lassen. Mit Strafen von bis zu fünf Jahren Haft. Deutschland wäre damit das erste und einzige Land der Welt. Denn: Das ist außerirdisch dumm. Ein so genanntes 'Existenzrecht' existiert nicht. Nicht im Völkerrecht, nicht in der UN-Charta, auch nicht im Grundgesetz. Kein Staat hat ein so genanntes 'Existenzrecht', wie es etwa Menschen haben. Das ist eine politische Fantasiefloskel, die in Bezug auf Staaten eigens für Israel erdacht wurde. Jede freie Justiz der Welt wird feststellen: Es muß legal sein, Israel das Existenzrecht abzusprechen. Weil es ein solches schlichtweg nicht gibt.«

Dazu liefert Baé auch den juristischen Hintergrund: *»Im November 2025 stellte das Oberverwaltungsgericht NRW fest: Das Existenzrecht Israels abzulehnen, ist legal und grundsätzlich von der Meinungsfreiheit gedeckt. Geklagt hatten Protestierende, die sich dagegen wehrten, daß die Polizei ihre Demonstration mit strengen Auflagen belegte; wie zum Beispiel, daß 'das Existenzrecht Israels' nicht geleugnet werden dürfte. Das Gericht erklärt: Kritik an der Staatsgründung und die Forderung nach einer friedlichen Veränderung der Verhältnisse erfüllten keinen Straftatbestand, solange keine weiteren Umstände – etwa Volksverhetzung – hinzuträten.«*

So weit, so logisch, oder? Damit müßte ja die Frage vom Tisch sein. Doch im neuen Staatsräson-Deutschland muß man mit immer neuem Irrsinn rechnen. Obwohl nach dem Grundgesetz Bundesländer keine Kompetenz in außenpolitischen Fragen besitzen, ließ der Ministerpräsident von Hessen, Boris Rhein (CDU), ankündigen, beim Bundesrat einen Gesetzesentwurf einbringen zu wollen, durch den *»das Leugnen des Existenzrechts Israels«* unter Strafe gestellt wird. Einige werden Boris Rhein nur aufgrund der Vertuschung der behördlichen Hintergründe des Terroranschlags von Hanau oder des NSU-Terrors kennen. Seine Gesetzesidee jedenfalls meint: *»Der Schutz jüdischen Lebens ist mehr als nur ein Bekenntnis, er ist deutsche Staatsräson. Wer Israels Existenzrecht leugnet, greift jüdisches Leben an. Wer jüdisches Leben angreift, greift unsere freiheitliche Ordnung an.«*

Wessen Freiheit und wessen Ordnung ist mit dieser Arithmetik eigentlich gemeint?

»In Manier eines ewiggestrigen CDU-Apparatschiks setzt Boris Rhein damit deutsche Juden mit einem ausländischen Staat gleich, macht sie also fremd; zu einem eigenständigen, fremdländischen, einheitlichen Volk. So etwas nennt man eigentlich Rassenlehre, aber dieser Vergleich schickt sich im politischen Klima unserer Tage nicht. Denn der Staat beansprucht, am besten zu wissen, was Rassismus ist und was nicht. Und so läßt man für zu harte geschichtsbewußte Kritik gerne auch mal Türen einrennen.«

Aber spielen wir doch kurz den Anwalt des Teufels: Könnte etwas dran sein am Vorschlag aus Hessen? Hierzu wäre intereressant, was andere sachkundige Personen dazu meinen.

»Kein Staat hat nach dem Völkerrecht ein (spezielles) Existenzrecht, und Israel bildet da keine Ausnahme«, erklärt der renommierte israelische Historiker Avi Shlaim. Er fügt hinzu, die Begrifflichkeit sei *»kein gesetzliches Recht, sondern ein ideologisch und emotional aufgeladener Slogan«.* Der Historiker Joseph Massad erklärt: *»Kein anderer Staat hat jemals ein Existenzrecht beansprucht«.* Denn der Begriff existiert im Völkerrecht nicht. Der Historiker Anthony Carty führt aus: *»Wenn es keine internationale Rechtsgrundlage gibt, dann kann man nicht behaupten, daß Israel – nicht mehr und nicht weniger als jedes andere Land – ein rechtmäßiges Existenzrecht hat.«*

Der US-amerikanische Politikwissenschaftler John Mearsheimer sieht in der Frage nach der Anerkennung des Existenzrechts Israels, einen absurden Versuch, Kritiker Israels anzuprangern. Selbst Israels ehemaliger Ministerpräsident, Menachem Begin, fragte 1977 in einer Rede: *»Unser Existenzrecht? Habt ihr jemals von so etwas gehört?«*

Tarek Baé faßt zusammen: *»Die Formel 'Israels Existenzrecht' ist kein völkerrechtlicher Begriff, sondern eine politisch aufgeladener Slo-*



Foto: Justizministerium NRW

Das Oberverwaltungsgericht NRW in Düsseldorf sprach am 21.November 2025 der Verweigerung, ein Existenzrecht Israels anzuerkennen, Recht zu. Aktenzeichen: 15 B 1300/25 (I. Instanz: VG Düsseldorf, 18 L 3700/25) Konkreter Sachverhalt hier: http://t.ly/1flw0

gan. Völkerrechtler, Historiker und Philosophen wie John Dugard, Joseph Levine oder Judith Butler kritisieren, daß der Begriff nicht neutral nach Anerkennung eines existierenden Staates fragt, sondern anders.

Als Loylitätstest. So verschiebt sich die Debatte weg von Besatzung, Vertreibung, Genozid, Rückkehrrecht, Apartheid und Gleichheit hin zur Frage, ob Kritik angeblich die Vernichtung Israels oder jüdischen Lebens wolle. Genau darin liegt die ideologische Funktion hinter dem Code.«

So ist es wohl kein Zufall, daß der irrsinnige Vorschlag mit der Staatsräson begründet wird. Baé schlußfolgert: *»Auch dies ist ein ebenso ideologischer Begriff ohne Rechtsgrundlage. Im Wahn der Israelunterstützung wird losgelöst von jedweder Grundlage Rechtlosigkeit mit einer anderern Rechtlosigkeit begründet. Wenn der historische Begriff Staatsräson (Grund der Staatlichkeit) im Deutschen ernsthaft verwendet werden möchte, dann darf er nur Recht meinen. Heute wird er exklusiv für Israelunterstützung, also Politik, verwendet. Wohlgemerkt, rechtlose Politik. Um den beschworenen 'Schutz jüdischen Lebens' geht es dabei schlichtweg überhaupt nicht. Denn es sind immer wieder israelkritische Juden, die in Deutschland besonderer Ausgrenzung ausgesetzt sind. Denken wir an den Verein Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost, der vom Verfassungsschutz beobachtet wird; an Shelly Steinberg, die von einer rassismuskritischen Veranstaltung ausgeschlossen wurde; an Udi Raz, der nicht an einer Universität referieren durfte; an Jason Stanley, der von der Bühne gejagt wurde; um nur wenige Beispiele zu nennen.«*

Deutschlands Geschichte verpflichtet jedoch den deutschen Staat zu Verantwortung gegenüber Frieden, Minderheiten und Nachkommen der Opfer deutscher Verbrechen. Daß wir damit im politischen Diskurs heutzutage exklusiv nur Juden meinen und nicht etwa Sinti und Roma oder Herero und Nama, ist schon Problem genug. In allen Fällen muß verstanden werden: Deutschlands Verbrechen geschahen im Rahmen einer strikten Rechtlosigkeit, denn auch bevor es das Völkerrecht gab, war die Illegalität der deutschen Verbrechen gegen die eigene Bevölkerung und die Nachbarländer bereits unstrittig.

Tarek Baé: *»Was wir heute Völkerrecht nennen, existiert wegen Deutschlands Verbrechen. Das ist Deutschlands ungewolltes Kind, entstanden aus einer Vergewaltigung Europas.«*

»Und so verfestigt sich der Verdacht, daß Deutschland eben doch nicht aus der Vergangenheit gelernt hat. Denn Israel darf in neugefaßter, eigener, anderer Ausführung und Form Deutschlands alte Verbrechen und Gelüste ausprobieren. Genozid? Apartheid? Angriffskriege? Illegale Besatzung? Vertreibung? Diebstahl? Rassismus? Es gibt keine Tabus, alles darf existieren. Deutschland schaut erregt und zugleich beschämt dabei zu. Israels Staatsräson ist Apartheid, Besatzung, Genozid, Vertreibung und Krieg. Darauf ist Israel ausgelegt, darum dreht sich Israels Politik. Das ist keine externe Kritik, das ist Israels Selbstbild.«

Im Ergebnis hat der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) Haftbefehle gegen Israels Führung wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Gaza erlassen. Der Internationale Gerichtshof (IGH) definiert Israels Besatzung der palästinensischen Gebiete als illegal und als Apartheid. Desweiteren erkennt der IGH den Genozid-Vorwurf gegen Israel an Palästinensern als *»plausibel«* an, denn eine unabhängige internationale Untersuchungskommission des UN-Menschenrechtsrats und weitere UN-Stellen haben festgestellt, daß Israel in Gaza einen Genozid an Palästinensern begeht. Das bestätigen auch die Internationale Vereinigung der Völkermordforscher sowie zahlreiche Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International. Nichts von all diesen Verbrechen hat ein Existenzrecht. Und solange Israel all diese Verbrechen als Recht auf Existenz, als Selbstverteidigung, als Selbsterhalt und als Sicherheit auslegt, wird es Menschen geben, die ein Existenzrecht dieses Israels in Frage stellen und ablehnen. Nicht das ist es, was unter Strafe gestellt werden darf, sondern die Verbrechen selbst müssen bestraft und verhindert werden.

Was folgt daraus am Ende? *»Hessen wird vermutlich keinen Erfolg mit dem Gesetzesvorschlag haben. Spätestens das Bundesverfassungsgericht würde den Vorstoß beenden. Daß Landesregierungen aber überhaupt solch rechtlose Ideen haben, bleibt bezeichnend für die Zeit, in der wir leben. Eine Zeit, in der die Polizei auf Protestierende einprügeln darf, der Staat die Wissenschaft bedrohen darf und Grundrechte beschnitten werden können, ohne daß wir gebührend erschüttert und aufgeweckt wären. Kritik an Israel wird kriminalisiert. Kritik an der Bundesregierung wird kriminalisiert. Ferner wird also das Einstehen für Völkerrecht, Menschenrechte und Grundgesetz kriminalisiert. Das ist keine Meinung aus Wut, denn davor warnen selbst UN-Experten, der Europarat, Menschen- und Völkerrechtler, NGOs und nicht zuletzt auch Genozid-Überlebende. Nehmen wir das gefälligst ernst!«*

Es ist traurig, daß wir uns bis hierher schon derart einwickeln ließen. Denn was wir gerade erleben, das erleben wir bereits ohne eine AfD in der Regierung. Ich will mir gar nicht ausmalen, womit wir es zu tun haben, wenn das noch zusätzlich eintritt.

THOMAS TOBLER

Tarek Baé ist Gründer und Chefredakteur von Itidal, Berliner Patriot, Journalist und Bestseller-Autor. Link zum gesamten Thema https://itidal.de/debatte-israel-hat-kein-existenzrecht/

Abschottung

Israel und die USA eint mehr, als ihren Regierungen lieb sein dürfte: Beide inszenieren sich als Leuchttürme der Demokratie, sprechen unablässig von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und offenen Gesellschaften –



ziehen aber die Zugbrücke hoch, sobald es politisch unbequem wird. In Israel bleiben unabhängige Reporter draußen oder dürfen nur unter militärischer Aufsicht berichten. In den USA müssen selbst internationale Sportverbände darauf vertrauen, daß politische Einreisehürden, Visa-Willkür und ideologische Selektion nicht plötzlich den Weltsport ausbremsen. Die Botschaft dieser beiden *»Superdemokratien«* scheint zu lauten: Willkommen in der freien Welt – sofern wir vorher entscheiden, wer hereinkommt, wer berichten darf und wer besser draußen bleibt.

Besonders bemerkenswert ist dabei die moralische Überheblichkeit, mit der beide Staaten regelmäßig anderen Ländern Demokratieunterricht erteilen. Wer Pressefreiheit einschränkt, kritische Berichterstattung kontrollieren will oder Menschen nach politischen Erwägungen aussortiert, sollte mit den großen Reden über Offenheit vorsichtiger sein. Freiheit unter Vorbehalt wirkt wenig überzeugend. Freiwillig würde ich derzeit weder nach Israel noch in die USA reisen.

Beide Regierungen sprechen gern von Freiheit, Demokratie und westlichen Werten. Gleichzeitig werden Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und die Bewegungsfreiheit von Menschen immer stärker von politischen Interessen abhängig gemacht. Das wirkt nicht wie das Selbstbewußtsein gefestigter Demokratien, sondern wie die Nervosität von Staaten, die Kritik, Transparenz und unabhängige Kontrolle als Störfaktor betrachten.

Zwei *»Superdemokratien«*, die der Welt erklären wollen, wie Freiheit funktioniert – während sie selbst immer häufiger Ausnahmen definieren, für wen sie gelten soll und für wen nicht. Offenheit wird gepredigt, Abschottung praktiziert. Freiheit wird gefeiert, Kontrolle ausgebaut. Und wer das kritisiert, bekommt oft zu hören, er habe die Demokratie nicht verstanden. Vielleicht ist es inzwischen eher umgekehrt.

SUSANNE MATTNER, OLFEN

65 Jahre Playa Giron

Vor 65 Jahren, am 16. April 1961, überfielen von den USA ausgerüstete und unterstützte Söldner das revolutionäre Kuba, das zwei Jahre zuvor die blutige Batista-Diktatur gestürzt hatte. Die Aggression brach in kürzester Zeit zusammen. Für die USA wurde das Debakel in der Schweinebucht zum Trauma. Für die kubanischen Revolutionäre wurde ihr Sieg am Playa Giron zum Symbol ihrer Widerstandskraft. Fidel Castro Ruz erklärte später den 16. April zum Gründungsdatum der kubanischen kommunistischen Partei, die dann 1965 offiziell gegründet wurde. Die Partei sei keine Quelle von Privilegien, sondern eine von Opfern. *»Ohne Partei könnte die Revolution nicht existieren; sie ist die revolutionäre Seele des Volkes.«*

Raúl Castro Ruz sagte dazu: *»Gegen die Unzulänglichkeiten müssen wir kämpfen, nicht gegen die Menschen. Die kommunistische Partei ist eine sichere Garantie für die Einheit der Nation. Die Führungskräfte müssen ihre Arbeit und ihre Autorität innerhalb des Volkes stärken. Autorität, Moral und das Vertrauen des Volkes geben der Partei ihre Macht.«*

Miguel Díaz-Canel Bermúdez erklärte, daß die Mitgliedschaft ein Akt der Hingabe an die Ideale zu verstehen sei. *»Die Partei bedeutet Volk und Einheit. Sie stellt die Kontinuität des historischen Erbes dar.«*

Fidel Castro wäre in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden. Der 1. Mai wurde in Kuba zugleich genutzt, um den Comandante en Jefe zu würdigen. Yolaidis Hernández Valdés, ein Experte des Wirtschaftsverbandes der Chemischen Industrie, sagte: *»Fidel ruft uns weiterhin zum Widerstand und zum Sieg auf. Selbst unter schwierigsten Umständen gab es nie und wird es nie eine unmögliche Aufgabe geben«*. Mit Blick auf die verschärfte Blockade und die zunehmenden Drohungen der USA stellte der Gewerkschafter Osnay Miguel Colina Rodríguez fest: *»Jeder Tag, der vergeht, ist ein Sieg für Kuba, ist ein Sieg für den Frieden. Unsere Feinde haben alles versucht; sie dachten, wir würden uns geschlagen geben. Sie würden uns kapitulieren sehen, aber hier sind wir, entschlossen und standhaft, fest und kämpferisch. Inmitten dieses Sturms steht Kuba, die widerspenstige Insel, weiterhin als moralisches Leuchtfeuer da - ohne Armeen, die irgendwo einmarschieren, ohne digitale Algorithmen, die lügen. Dieses Land hat Ärzte dorthin entsandt, wo andere Bomben hinschicken, hat Alphabetisierung angeboten, wo andere funktionalen Analphabetismus aufzwingen, und hat das wenige, das es hat, geteilt, wenn andere Reichtümer angehäuft haben. Unsere stärkste Waffe ist keine Rakete, sondern die Gewißheit, daß eine andere, bessere Welt möglich ist.«*

KORNELIA LUBKE

(Quelle: Granma, Maiausgabe, Seite 8)

Kuba und Lateinamerika:

Im Visier der USA

Bernau (bbp-ber). Am 29.Mai 2026 trafen sich auf Einladung der Regionalgruppe von *»CubaSi«* und des MdEP Martin Günther Bernauer Bürger im Treff 23 zu einem offenen Diskussionsabend unter dem Motto *»Kuba und Lateinamerika im Visier der USA«*.

Frisch unter den Eindrücken seiner gerade beendeten Mittelamerika-Reise berichtete der Bernauer Abgeordnete Martin Günther vor etwa 40 Zuhörern über seine Gespräche vor Ort, in denen er erfuhr, wie in Ländern Lateinamerikas aktuell die restriktive Einmischung der USA auf die Lebensweise der Region bewertet werden und diese sich dagegen wehren, als Hinterhof behandelt zu werden.

Ergänzend, aber zeitlich leider viel zu kurz, kamen Teile aus dem Bericht des CubaSi-Referenten Erik Fischer über seine letzte Reise durch Kuba. Dieser thematische Einschnitt lohnte sich dennoch zugunsten des Botschafters Prof. Miguel E. Torres Tesoro, der mit Dolmetscherin erschien, und ausführlich auf die Fragen aus der Gesprächsrunde einging. Alle Themen waren von den aktuellen Ereignissen überlagert, welche die rechtswidrige Einflußnahme seitens des US-Imperiums unter Mißachtung der kubanischen Revolution zeigen. Die USA verfolgen seit jeher das Ziel, Kuba den Kapitalinteressen gefügig zu machen, denen sich der Inselstaat seine Gefolgschaft verweigert. Viele Fragen, u.a. darüber, ob und wie Kuba vor dem Zugriff der USA doch noch gerettet werden kann, blieben aufgrund der instabilen politischen Verhältnisse trotzdem nur als vager Ausblick in die nahe Zukunft bestehen.

Zum Abschluß der von der Regionalgruppe CubaSi sorgfältig vorbereiteten Veranstaltung gab es Bohnensuppe und weitere kleine Köstlichkeiten, die im kubanischen Kontext zum Austausch in lockerer Atmosphäre anregten.



Foto: Thomas Tobler

V.l.n.r.: Dolmetscherin des konsularischen Personals, Prof. Miguel E. Torres Tesoro - Zweiter Missionschef für politische und diplomatische Angelegenheiten der Botschaft Kubas in Deutschland, Erik Fischer - CubaSi RG Bernau und Uckermark, Martin Günther - DIE LINKE (MdEP).

Nein – Marco Rubio ist kein Kubaner!

Nein, Marco Rubio wurde nicht in Kuba geboren, er ist nicht vor der angeblichen Castro-Diktatur geflohen, seine Eltern haben Kuba bereits vor 1959 verlassen. Marco Rubio hat den Haß auf die Kubaner auf der Insel zu seinem Geschäft, seiner politischen Karriere, seiner Lebensweise gemacht; aus all diesen Gründen hat er sich nicht einmal das Recht auf Adoption verdient.

Wer uns mit Hunger und Verzweiflung umbringen will, verdient es nicht, Kubaner genannt zu werden.

Es gibt andere in dieser Haßindustrie, die tatsächlich Kubaner sind, die hier geboren wurden und sich dann von diesem widerwärtigen Geschäft mitreißen ließen; diese leugnen wir nicht, aber den derzeitigen Außenminister – er ist kein Kubaner.

Bitte nicht verwechseln!

JORGE ENRIQUE JEREZ BELISARIO, CAMAGÜEY

Eine »neue Identität« im Iran

Irans Regierung könnte gestärkt aus dem Krieg hervorgehn

Die Enthauptungsschläge, die Israel und die USA vor allem zu Beginn des Krieges gegen Irans damalige Staatsspitze führten, heißt es in einer Analyse der US-Zeitschrift Foreign Affairs, haben nicht nur das Ziel verfehlt, den Sturz der Regierung in Teheran herbeizuführen. Sie haben vielmehr beigetragen, auf den oberen Rängen des iranischen Staates einen Generationswechsel zu forcieren.

Bis dahin waren Personen an der Macht, deren Weltsicht im Kampf gegen das Schahregime und in der Planung des Umsturzes geprägt wurde. Die neue Generation der iranischen Machteliten hatten in den 1980er Jahren im Krieg gegen den Irak ihr Land verteidigt, wobei sie wegen der bedrängten Lage erhebliche Kreativität entwickeln mußte. Auf den nachfolgenden Ebenen in den Hierarchien macht sich zudem schon die nächste Generation auf den Weg nach oben, die nach dem Krieg gegen den Irak aufwuchs. Deren Selbstverständnis, so Foreign Affairs, sei nicht mehr so sehr durch die *»revolutionäre Ideologie«* geprägt, vielmehr stehe die *»nationale Verteidigung«* im Mittelpunkt. Statt religiöse Hardliner seien das ganz *»pragmatische, hartgesottene Nationalisten«*, die *»ein klares Bild von Irans Fähigkeiten und Schwachstellen«* haben. *»Sie verteidigen keine Revolution. Sie verwalten einen Staat«.*

Bereits nach dem Zwölf-Tage-Krieg im Juni vor einem Jahr gelang es der iranischen Führung, das Land auf einen erneuten Überfall durch die USA und Israel vorzubereiten. Nicht zuletzt wurden die Entscheidungsbefugnisse in Handel, Landwirtschaft und für die Sozialsysteme von Teheran in die Provinzen dezentralisiert. Die Streitkräfte, so die US-Zeitschrift, seien systematisch *»in ein Netz von Operationskommandos umgewandelt«* worden, das *»stärker einer Guerillaarmee«* ähnele *»als einer konventionellen Streitmacht«.* Es entstanden Entscheidungsstrukturen, die den Verlust einzelner Anführer überleben konnten. Das ermöglichte es, Israels brutale Enthauptungsschläge ohne Verlust der eigenen Handlungsfähigkeit zu überstehen.

Zugleich ist die Aufhebung der US-Sanktionen für den Iran nicht mehr so wichtig. Wie sich zeigte, sei auf die Reintegration in das westliche Finanzsystem ohnehin kein Verlaß. Stattdessen avancierte die faktische Kontrolle der Straße von Hormuz zum wirkungsvollsten Faustpfand des Irans.

Die Proteste der iranischen Bevölkerung, nicht zuletzt während des Jahreswechsels 2025/26, waren in vielen Fällen durch wirtschaftliche Nöte ausgelöst worden. Die Erwartungen der USA und Israels, in dieser Situation mit einem Enthaupungsschlag einen Regimechange zu erreichen, blieben unerfüllt. Im Gegenteil, die Aggression führte dazu, daß es der iranischen Führung gelang, größere Teile der Bevölkerung hinter sich zu scharen. Dazu trägt bei, daß es trotz aller Schwierigkeiten gelang, umfassende Mängel in der Versorgung der Bevölkerung zu verhindern. Sogar einige Restriktionen wie der Kopftuchzwang, wurden faktisch gelockert.

Der Krieg und die neue Politik der Regierung erzeuge in der Bevölkerung eine *»neue Identität«*, stellte ein iranischer Universitätsprofessor fest. Verbunden mit einer Stärkung der Wirtschaft, könnte es Irans Regierung aus Sicht von Foreign Affairs sogar gelingen, gestärkt aus dem Krieg hervorzugehen.

Zugleich sind die materiellen Verluste der USA im Irankrieg deutlich höher als öffentlich zugegeben wird. Hinzu kommen die dezimierten Raketenbestände. In dieser Situation ist bemerkenswert, daß die punktuellen US-Angriffe nicht nur jeweils durch einzelne Gegenangriffe beantwortet werden, sondern seit Anfang Juni massive Angriffe gegen US-Stützpunkte stattfanden und nach israelischen Angriffen auf Beirut, die Abmachungen zwischen Iran und den USA brechen, auch wieder direkt israelisches Gebiet mit Drohnen und Raketen beschossen wird.

Iran setzt hier durchaus auch darauf, die bestehenden Widersprüche zwischen Israel und den USA auszunutzen. Während die USA mit Präsident Trump versuchen, einigermaßen gesichtswahrend aus dem Konflikt herauszukommen, verfolgt die Netanjahu-Regierung in Israel im Schatten des größeren Krieges weiter ihre Ziele eines Großisraels.

G.M.

Quellen:
– Narges Bajoghli, Vali Nasr: Iran's New Grand Strategy. How a Remade Islamic Republic Will Reshape the Middle East. foreignaffairs.com 03.06.2026.
– german-foreign-policy.com/news/detail/10429

Meldungen aus der Kriegszone:

Der Dank des Vaterlands

Die Linie der israelischen Armee ist klar: Solange Soldaten die Uniform tragen, ist für sie die Armee verantwortlich. Am Tag danach? Nicht mehr.

Soldaten, die sich nach ihrer Entlassung aus der Armee wegen der Belastungen ihres Militärdienstes selbst töten, werden nicht als Kriegsopfer anerkannt und verdienen kein Begräbnis mit militärischen Ehren.

Sechs hinterbliebene Familien teilen Haaretz ihren Schmerz mit.

TOM LEVINSON (in Haaretz, 17.2.2026)

Das Baltikkorps

Bereits 2024 hatten die Verteidigungsminister der BRD und der Niederlande vereinbart, das Deutsch-Niederländische Korps als Führungskorps an der Ostflanke der NATO sowie die gemeinsame EU Battle Group im Jahr 2026 in die Brigade Litauen zu überführen.

Diese Battle Group wird übrigens laut Kriegsminister Pistorius seit 2017 betrieben, also lange vor dem russischen Angriff auf die Ukraine. Zur Vereinbarung gehörte auch die Stationierung eines neuen niederländischen Panzerbataillons in der BRD, das mit 46 Leopard 2 A8 ausgerüstet werden soll.

Das Deutsch-Niederländische Korps wurde 1995 in Münster aufgestellt. Künftig soll es als Korps-Kommando an der Nordostflanke der NATO dienen, berichtete Pistorius. *»Es bekommt damit eine ganz zentrale Rolle für die Umsetzung der Regional Plans der NATO. Das heißt ganz konkret, das Deutsch-Niederländische Korps stellt dann das militärische Hauptquartier.«* Für den geplanten Krieg gegen Rußland – wäre zu ergänzen.

Diesem Zweck dient auch die *»Sicherstellung der Military Mobility in Europa«.* In den Niederlanden liegen die wichtigsten und am besten ausgebauten Häfen Europas. Die BRD wäre ein bedeutendes Transitland. *»Ein weiteres Projekt zwischen den Niederlanden und Deutschland ist unsere gemeinsame Initiative mit Polen, mit der wir die für den Ernstfall so wichtige rasche Verlegung von Truppen und Material zwischen Nordsee und Baltikum sicherstellen wollen«,* so Pistorius 2024.

Bestandteil der Überlegungen ist auch die Modernisierung der für die Verlegung notwendigen Verkehrsinfrastruktur. Hier könnte die B167neu bei Eberswalde eine Rolle spielen. *»So können verbündete Streitkräfte grenzüberschreitend Personal und Material verlegen, um zügig ... insbesondere in Richtung NATO-Ostflanke«* an mögliche Einsatzorte zu gelangen, beschreibt das BMVg.

G.M.

Quelle: defence-network.com/deutsch-niederlaendische-planungen-nato/ (abgerufen am: 28.5.26)

BRD-Medien und Palästina

Eberswalde (bbp). Der Journalist und Islamwissenschaftler Fabian Goldmann berichtete am 23. April auf Einladung des Palästinakreises Eberswalde in der Thinkfarm in Eberswalde über den Umgang der BRD-Medien mit den aktuellen Ereignissen in Palästina.

Im Februar ist sein neues Buch *»Staatsräsonfunk«* im Manifest-Verlag erschienen. Darin untersucht er anhand eigens erhobener Daten und sorgfältiger Recherchen die deutsche Berichterstattung über Gaza, die irgendwo zwischen Stereotypen, Selbstzensur und Staatsräson anzusiedeln ist.

Wehrkundeunterricht

Nein, so soll das neue Fach nicht heißen. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt forderte vielmehr, den Zivilschutz im Schulunterricht zu verankern, und zwar bundesweit und als Pflichtunterricht. Damit reagiert der CSU-Politiker auf die Ankündigung seines SPD-Kabinettskollegen Boris Pistorius, der seit längerem regelmäßig erklärt, daß er im Jahr 2029 gegen Rußland in den Krieg ziehen will.

Dobrindt nennt *»wachsende Bedrohungen wie Blackouts, Hochwasser, Terror und Krieg«*. Die Schüler sollen *»gezielt für den Ernstfall geschult werden«*. Sie sollen lernen, *»Gefahren früh zu erkennen, richtig zu handeln«* und so *»das Wissen direkt in die Familien hinein«* tragen. Dobrindts Plan ist, das Thema zur Innenministerkonferenz im Juni konkret zu besprechen. Vorgesehen sei eine verpflichtende Doppelstunde pro Halbjahr.

In vielen anderen Ländern ist die Kriegsvorbereitung in Schulen bereits verankert. So gelte in Finnland der Zivilschutz als fester Bestandteil der schulischen Ausbildung. Bereits ab der Grundschule ist dort der als *»Resilienztraining«* bezeichnete Unterricht integriert. Auch in Japan beginne die Vorbereitung auf Krisen früh. Allerdings ist hier die ständige Gefahr durch Erdbeben und Tsunamis der Grund, daß bereits im Kindergarten mit regelmäßigen Notfallübungen begonnen wird.

Als Vorbild für den Wehrkunde-Unterricht wird indes Lettland genannt, wo der *»Verteidigungsunterricht«* seit 2024 für die Schüler der 10. und 11. Klassen verpflichtend ist.

Erstaunlich sind diese neuen Entwicklungen nicht zuletzt, wenn man sich erinnert, wie dieselben Leute, die jetzt das Militär in die Schulen rufen, über den Wehrkundeunterricht in der DDR geurteilt haben.

GERDA HENKEL



Hilfssheriffs für Verfassungsschutz

BSW-Fraktion: »Geheimdienst hat in Klassenzimmern nichts verloren!«

In einem Schreiben an verschiedene Schulen hat das brandenburgische Bildungsministerium eine Verfassungsschutz-Warnung vor Schülerprotesten gegen die Wehrpflicht weitergeleitet. Daß der Inlandsgeheimdienst jetzt Jagd auf politisch engagierte Jugendliche macht, schlägt dem Faß den Boden aus. Hier werden junge Menschen, die völlig legitim gegen die geplante Wiedereinführung der Wehrpflicht und eine zunehmende Militarisierung auf die Straße gehen, unter Extremismusverdacht gestellt.

Schulleiter zu Hilfssheriffs des Verfassungsschutzes zu degradieren, ist ein Frontalangriff auf die demokratische Meinungsfreiheit. Wenn harmlose Symbole wie rote Schals ausreichen, um den Staatsapparat zu aktivieren, ist das der direkte Weg in einen Kontrollstaat. Die Landesregierung muß diese staatliche Einschüchterungstaktik sofort beenden – Hände weg von der freien Meinung unserer Jugend! Das Bildungsministerium mißbraucht seine Rolle, indem es als Postbote für den Geheimdienst fungiert.

Statt Angst und Argwohn in die Klassenzimmer zu tragen, sollte sich das Ministerium lieber um die echten Notstände an unseren Schulen kümmern. Wir haben einen dramatischen Lehrermangel und Sanierungsbedarf an Schulen und Schulsporthallen, sowie zu wenig Schwimmhallen für den Sportunterricht – das sind die dringenden Aufgaben, die gelöst werden müssen! Statt Jugendliche zu bespitzeln, sollten wir ihnen zuhören und ihre Anliegen nicht ignorieren. Wenn Pädagogen nun angehalten werden, ihre eigenen Schützlinge zu melden, wird das unersetzliche Vertrauensverhältnis im Unterricht fundamental zerstört. Schulen müssen Orte des offenen, angstfreien Austauschs sein, keine Überwachungszonen des Staates.

NIELS-OLAF LÜDERS und FALK PESCHEL

Der 18. März und Steinmeiers Lügen

Am 18. März siegte im Jahre 1848 die Revolution in Berlin. Auch die Gründung der Mainzer Republik im Jahr 1793 fiel auf diesen Tag. Schließlich fanden dann zufällig am 18. März 1990 auch noch die Volkskammerwahlen in der DDR statt, die ein Bündnis unter Führung der CDU in die Regierungsgewalt brachte. Es war dann auch die letzte Regierung der DDR.

Der Bundespräsident Frank Walter Steinmeier wollte diesem Tag gedenken und schrieb anläßlich des diesjährigen 18. März einen Artikel. Darin heißt es: *»Ein Deutschland, in dem alle ihre Meinung äußern und demonstrieren können, in dem die Menschen unabhängig von Geschlecht und Hautfarbe die gleichen Rechte haben, in dem alle nach ihrer Façon glauben und lieben können, in dem Leistung statt Herkunft den Erfolg bestimmt, in dem Kunst, Wissenschaft und Medien frei sind und nicht Regierungen vorgeben, was auf den Bühnen gespielt, an den Hochschulen geforscht und im Fernsehen gesendet wird – von diesem Deutschland haben Generationen geträumt, sie haben dafür gekämpft und gelitten.«* So weit, so gut, so richtig. Doch dann kommt die faustdicke Lüge: *»Seit 1989 ist es Wirklichkeit für alle Deutschen«*. Wo lebt der Mann?

»Leistung statt Herkunft?« Millionen von ehemaligen DDR-Bürgern können ein Lied davon singen. Aber nicht nur das. Unzählige Bildungsstudien beweisen, daß Kinder aus Arbeiterhaushalten benachteiligt werden.

Kunst, Wissenschaft und Medien sind frei? Hat Steinmeier noch nichts von den EU-Sanktionen gegen deutsche Journalisten gehört? Gingen die Meldungen zur Ausladung mißliebiger Künstler – oder auch nur von Künstlern aus mißliebigen Ländern – am Bundespräsidentenohr vorbei?

Ja, der 18. März ist ein Tag, der in unserem Land in Ehren gehalten werden sollte. Aber bitte nicht von Steinmeier. Und nicht, weil er für *»unsere Demokratie«* steht.

Hätte Steinmeier ein Zeichen für wirkliche Demokratie setzen wollen, er hätte nur eine der politischen Forderungen aufgreifen müssen, die in der Märzrevolution gestellt wurden: *»sofortige und vollständige Amnestie aller wegen politischer und Preßvergehen Verurteilten und Verfolgten«*. Da ist das Angebot nicht zu knapp, erst recht nicht, wenn man auch noch die Corona-Zeit einbezieht. Aber in der BRD werden nach wie vor die lächerlichsten politischen Prozesse bis zum bitteren Ende durchgezogen.

Für alle, denen 1848 wirklich etwas bedeutet, bleibt das Gedicht von Ferdinand Freiligrath vom Juni 1848:

Das war 'ne heiße Märzenszeit,
Trotz Regen, Schnee und alledem!
Nun aber, da es Blüthen schneit,
Nun ist es kalt, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem,
Trotz Wien, Berlin und alledem -
Ein schnöder, scharfer Winterwind
Durchfröstelt uns, trotz alledem!
...
Wir sind das Volk, die Menschheit wir,
Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht –
Unser die Welt trotz alledem!

GERDA HENKEL

Das Unglück vom Stößensee:

Russophober RBB

RBB verweigert Zugriff auf historische Sendung mit Willi Brandt

Berlin/Finow (bbp). Mit der Ausstellung *»Der unendliche Himmel«* erinnert das Russische Haus in Berlin an den Flugzeugabsturz und der Selbstaufopferung der Piloten Boris Kapustin und Juri Janow vor 60 Jahren.

Die beiden waren am 6. April 1966 vom Flugplatz Finow mit ihrer Jak-28 zum Überflug nach Süden gestartet, als plötzlich über den Wolken von Westberlin die Steuerung des zweistrahligen leichten Bombers versagte.[1]

Boris Kapustin und Juri Janow hielten die Maschine bis zum letzten Moment in der Luft und lenkten sie weg von den Wohnvierteln in Berlin-Spandau. Schließlich versuchten sie, das Flugzeug auf dem Stößensee zu landen, was aber mißlang. Die beiden Piloten kamen bei dem Absturz ums Leben, *»retteten jedoch hunderten, vielleicht sogar tausenden Berlinern das Leben«*, wie es in dem Hinweis auf die Gedenkexposition im Russischen Haus heißt. Die Ausstellung zeige, wie in der BRD und Rußland die Erinnerung an Boris Kapustin und Juri Janow bewahrt wird. *»Es ist nicht nur eine Geschichte über eine Tragödie, sondern auch über Ehre, Würde und seltenen menschlichen Mut.«*[2]



Foto: Archiv Kurt Berus

Trauermarsch 1966 in Finow: Auf den getragenen Bildern links Boris Kapustin, rechts Juri Janow

Der Kurator der Ausstellung hatte versucht, vom öffentlich-rechtlichen Sender Radio Berlin-Brandenburg (RBB) die Lizenz für einen historischen Sendungsausschnitt zu erhalten, in dem sich Willy Brandt zu dem Unglück und dem Verhalten der Flugzeugbesatzung äußert.

Wie der Berliner BSW-Abgeordnete Alexander King der Tageszeitung junge Welt (jW) berichtete[3], habe die stellvertretende RBB- Chefredakteurin Stephanie Pieper dies mit Verweis auf die EU-Sanktionen abgelehnt. Die jW, der die Antwort vorliegt, zitiert Pieper: Der RBB wolle *»eine vom Russischen Haus und somit seinen jetzigen Betreibern beauftragte Ausstellung nicht durch die Lizenzierung und Nutzung von Material aus dem RBB-Archiv unterstützen«*.

Laut jW zeigte sich King irritiert, weil sowohl das Landesarchiv als auch das Bundesarchiv mit der Ausstellung kooperiert hätten. *»Um so unverständlicher ist es für mich, daß der RBB sich anmaßt, hier seine eigene Politik zu machen. Das steht ihm nicht zu«*, sagte er.

1 – Kurt Berus: »Die Fliegerhelden aus Finow«, in: Barnimer Bürgerpost, Frühjahr/2026, 6.3.2026

2 – https://www.russisches-haus.de/ausstellungen/der-unendliche-himmel

3 – Carmela Negrete: »Politische Baumängel«, in: Junge Welt, 13./14.5.2026 t.ly/6nY5a

Bundeswehr in Litauen

Truppenübungsplatz an der Grenze

Am 23. April verabschiedete der litauische Seimas ein Gesetz, das den Bau des Truppenübungsplatzes *»Kapliamiestis«* im *»Suwalki-Korridor«* in Südlitauen erlaubt.

Der 146 km² große Übungsplatz befindet sich etwa 11 km von der Grenze zu Belorußland entfernt und ist für Brigadeübungen ausgelegt, d.h. er kann bis zu 3.500-4.000 Soldaten gleichzeitig aufnehmen. Neben der litauischen Nationaldivision soll hier künftig die Panzerbrigade 45 der Bundeswehr, die in Litauen stationiert ist, üben. Das Projekt wird mit 100 Millionen Euro veranschlagt. Der erste Bauabschnitt soll bis 2028 abgeschlossen sein. Die vollständige Fertigstellung soll bis 2030 realisiert sein.

Die NATO und insbesondere die baltischen Staaten bezeichnen den sogenannten Suwalki-Korridor für Rußland als den einzigen Landweg nach Kaliningrad. Allerdings wäre es aus militärischer Sicht für Rußland sinnlos, sich auf die Schaffung eines schmalen Landstreifens zwischen feindlichen Staaten zu beschränken, wenn es darum geht, einen Landweg nach Kaliningrad zu schaffen. Wenn man ein solches – durchaus unrealistisches – Szenario in Betracht zieht, dann gibt es keine militärische Zweckmäßigkeit für das Fortbestehen der baltischen Staaten als solche. Der Übungsplatz als Basis zur Verteidigung des Suwalki-Korridors macht somit keinen Sinn.

Der einzige Zweck des Baus dieses Übungsplatzes ist die Schaffung einer zusätzlichen NATO-Trainingsbasis für Angriffsübungen auf Rußland und Belorußland. Er könnte auch als einer der Ausgangspunkte für einen Angriff auf die Unionstaaten dienen.

Quelle: Telegram Liane Kilinc

Wahleinmischung

Vorhin wurde ich unfreiwllig Zeuge, wie ein von mir bezahlter Gebührensender (Deutschlandfunk) sich massiv in die Parlamentswahl eines fremden Landes, nämlich Ungarn, einmischte und Victor Orban, das habe man *»aus unbestätigter Quelle«* erfahren, vorwarf, er hätte zu seinem Freund Wladimir Putin gesagt: *»Wie immer ich dir helfen kann, ich helfe dir, was es auch ist«*. Ungarn unter Orban sei *»eine illiberale Demokratie«* und sogar die *»rechte Regierung aus Washington«* hofiere den ungarischen Ministerpräsidenten. Daß dieser *»in den Umfragen«* sehr schlecht dasteht, ist Teil der von der EU gesteuerten Diffamierungskampagne. Man braucht nur kurz googlen, da steht dann *»Victor Orban vor dem Absturz«* (WELT) oder *»Drecks-Partei Fidesz«* (Spiegel) ...

Daß die BRD sich mit Schmutzkampagnen in die Wahlen eines souveränen europäischen Staates einmischt, haben wir schon im März 1990 erfahren dürfen. Es bleibt dabei, Wahlen in einer bürgerlichen Demokratie sind weder fair noch frei, sondern Epizentren von Schmutz und Dreck, der über unliebsame Gegner ausgegossen wird. Es ist zum Kotzen!

FRANK PLISCHKE, 12.4.26

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahreszeitschrift 37. Jahrgang, Nr. 146, Juni 2026, 224 Seiten

Wiegel - ***Von Meloni bis Trump: Begriffliche Fassung und Ursachen der Rechtsentwicklung*** / Weißbecker – ***Historischer Faschismus und frühe marxistische Deutungen*** / Eser – ***Mileismus*** / Gebhardt – ***Faschismustheorien/*** Becker – ***Sozio-ökonomische Programmatik der nationalistischen Rechten*** / Schwan – ***Die neue US-Machtelite*** / Detje & Ahuja – ***AfD – neue Arbeiterpartei?*** / Herb – ***Soziale Reproduktion und Faschismus*** / Taschke – ***Antifaschismus heute***

Und: Heinrich & Weiler – ***Streikmonitor: Arbeitskonflikte 2025*** / Adler – ***»Diskurswende« Klimakrise: Düstere Aussichten – neuer »Realismus«?*** / Brie – ***Rosa Luxemburg und China*** / Mugrauer – ***»Weg und Ziel« digital*** / Moosbrugger – ***Boris Hessen über die Entstehung der Klassischen Mechanik (II)***

Sowie: Kommentare; Diskussion – Kritik – Zuschriften; Zeitschriftenschau; Berichte, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl.Versand) im Abo: 38,00 Euro; Auslandsabo 46,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Abo reduz.: Inland 30,00 u. Ausland 38,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 700 346, 60553 Frankfurt

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail:redaktion@zme-net.de

Kritisch, ungeduldig, patriotisch

Zwei Majore über die aktuelle Situation in Rußland

Während in der BRD die Medien, wie beispielsweise die hiesige regionale Tageszeitung, den Krieg in der Ukraine vorrangig aus dem Blickwinkel der dort Regierenden und ihrer Unterstützer in der BRD und der EU betrachten und russische Quellen nur dann nutzen, wenn diese ihrem Wunschdenken entsprechen, gibt es in Rußland entgegen des hier verbreiteten Bildes einer durch Zensur geprägten autoritären Diktatur durchaus eine sehr lebendige öffentliche Szene, in der aus den verschiedensten Sichten über diverse Einzelheiten der russischen *»Sonderoperation«* berichtet und diskutiert wird, zuweilen auch sehr kritisch.

So ging es kürzlich auf einem Telegram-Kanal namens Zwei Majore unter anderem auch um *»die intensiven Drohnenangriffe des Feindes auf unsere Hinterlandgebiete«*, die *»Probleme bei der Organisation der Luftabwehr in den föderalen Sicherheitsbehörden«* offenbaren würden. Es verstärkten sich die Anzeichen, daß die Ukrainer auch bei ihren Angriffen auf altes russisches Gebiet Satellitenkommunikationssysteme auf Drohnen einsetzen. Das Problem ihrer Bekämpfung bleibe, nicht zuletzt *»vor dem Hintergrund der verstärkten Lieferungen von Langstreckendrohnen durch den Westen«*. Ziele sind *»neben militärischen Zielen auch bedeutende wirtschaftliche Objekte, die Einnahmen für die Staatskasse generieren«*. Diese Situation habe inzwischen *»zu einer Aufstockung der Freiwilligenverbände«* zur Drohnenabwehr geführt, *»die weniger durch Bürokratie und veraltete behördliche Vorschriften eingeschränkt sind«*.

Die Zwei Majore kritisieren vor diesem Hintergrund die teilweise Abschaltung des Internets. Dies richte mehr Schaden an, als es Nutzen bringt. So werde die Organisation der freiwilligen Luftabwehr-Einheiten behindert, während fehlendes Internet zugleich beitrage, *»die wirtschaftliche Aktivität der Bevölkerung zu verringern, sie zu verunsichern und das Vertrauen in Politiker und Beamte zu untergraben«*. Das spiele den Zielen des Gegners in die Hände.

An der Front, so die Zwei Majore, gebe es keine Veränderungen. *»Die erwartete Frühjahrs- und Sommeroffensive ist entweder verschoben oder aus objektiven Gründen unmöglich: Der Feind hat durch den Einsatz zahlreicher Drohnen eine 'tote Zone' geschaffen, greift unsere nahen Nachschublinien an und behindert unsere Logistik. Die russischen Streitkräfte haben dem Feind durch ihre eigenen Anstrengungen ähnliche Schwierigkeiten bereitet, obwohl der Feind in einigen Bereichen weiterhin die Möglichkeit zu Gegenangriffen hat und versucht, uns aus den eingenommenen Dörfern zurückzudrängen. Insgesamt ähnelt die Situation dem Patt an den Fronten während des Ersten Weltkriegs (natürlich unter Berücksichtigung der technischen Gegebenheiten).«*

Die Versuche, die Bevölkerung des Landes zusätzlich zu verunsichern und die Lage zu destabilisieren, würden offensichtlich. Sie kommen unerwartet *»von oben«*, was Fragen aufwerfe. *»Die Lage im Wirtschaftssektor verschlechtert sich weiter, was sich auf die Versorgung der Armee auswirken wird. Vielleicht werden wir endlich die vorhandenen Ressourcen sparsam nutzen.«*

Die Äußerungen der Zwei Majore spiegeln sehr wahrscheinlich eine weiter verbreitete Unzufriedenheit mit dem Verlauf des Krieges wider. Aber auch die Ungeduld, endlich Maßnahmen zu ergreifen, um aus dem Patt herauszukommen. So freuen sich die Zwei Majore, daß die russischen Streitkräfte *»endlich die Erlaubnis erhalten«*, die Handelsschiffe vor der ukrainischen Küste anzugreifen. Dies wecke *»Hoffnung auf einen allmählichen Übergang zu angemessenen Vergeltungsmaßnahmen, die nur dann, wenn sie nach dem Vorbild des Iran ausgeweitet werden, die Lage an der Front und die politischen Ansichten westlicher Politiker hinsichtlich des fast gescheiterten Verhandlungsprozesses beeinflussen können«*.

Wenn führende Politiker in der EU, wie jüngst der französische Präsident Macrón, den Beitrag der EU zu Friedensverhandlungen vor allem darin sehen, den Druck auf Rußland weiter zu verstärken, dann bestätigt dies die Einschätzungen der Zwei Majore, wonach Europa *»die Vorbereitungen für einen Krieg gegen Rußland weiter voran«* treibe. Neben den Erklärungen, *»die früher undenkbar gewesen wären«*, registrieren die Zwei Majore nicht zuletzt den deutlichen Ausbau der Produktion von Raketen und Geschossen für die Raketenartillerie durch den Rüstungskonzern Rheinmetall sowie von Sprengstoffen durch andere europäische Rüstungsunternehmen. *»Zudem werden die Transportsysteme der europäischen Armeen in Richtung Osten verbessert«*.

Der Bericht der Zwei Majore spiegelt gewiß nur einen kleinen Auschnitt aus dem Meinungsspektrum in Rußland wider, zeigt sich aber immerhin deutlich differenzierter als die Meldungen in hiesigen *»Qualitätsmedien«*.

GERD MARKMANN



Ein Brief *aus Rostow am Don*

Am 26.03.2026 erhielt Waldemar Hickel, der ehemalige Vorsitzende der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft Eberswalde, eine eMail aus Rostow am Don von der Leiterin des dortigen Ruhmesmuseums Marina Antipowa, mit der die Freundschaftsgesellschaft seit vielen Jahren in Kontakt steht:

Liebe deutsche Freunde! Seit dem denkwürdigen Tag in unserer gemeinsamen Geschichte sind 60 Jahre vergangen (vgl. BBP I/2026, S. 43). Am 6. April 1966 starben zwei sowjetische Flieger-Asse – geliebte Väter, Ehemänner und einfach nur gute Menschen. All diese langen Jahre habe Sie in Deutschland und wir in der Sowjetunion die Erinnerung wach gehalten.

Heute erinnern wir uns in Rußland nicht nur an diesen tragischen Tag, sondern erzählen neuen Generationen, wie groß die Tat eines Menschen ist, wenn er Sekunden zum Nachdenken hat und die schwierigste, aber auch die richtige Entscheidung getroffen wird. Wir wissen, daß das Wertvollste im Leben dieses LEBEN selbst ist. Eine Leistung, die zwei junge Piloten — Kapitän Boris Wladislawiwitsch Kapustin und Oberleutnant Juri Janow – erbrachten, zu einem unglaublich hohen Preis. Sie opferten ihr Leben, um in einer Stadt, die heute die Hauptstadt Deutschlands ist, die Bewohner an einem friedlichen Tag zu retten und eine Katastrophe über dem Himmel von Berlin zu vermeiden.

Liebe, Güte und Wahrheit sind die Hauptsache. Wir werden alles gemeinsam überwinden, um das GUTE und die GROßZÜGIGKEIT zu gewinnen. Wir grüßen Sie alle an diesen denkwürdigen Tagen. Vielen Dank für das, was Sie tun. Frieden für uns alle und Glück unter dem klaren blauen Himmel unseres schönen Planeten ERDE. Es grüßen die Mitarbeiter des Museums des Offiziershauses des südlichen Militärbezirks. Mit großem Respekt

SERGEJ STORTSCHAK (Leiter des Museums) und MARINA ANTIPOWA (Museumsführerin)

»Wir für Brandenburg«

Ex-BSWler im Landtag Brandenburg wollen Gruppe sein

André von Ossowski hat das BSW verlassen, weil die Partei im autoritären Stil und rechtlich bedenklich in die verfassungsrechtliche Souveränität eines Abgeordneten eingriff.

Sein Mandat ist ein *»freies«* Mandat und er hat als Abgeordneter *»das ganze Volk des Landes Brandenburg«* zu vertreten, das heißt, er ist eben nicht einer Partei oder nur einer bestimmten Bevölkerungsgruppe gegenüber politisch verantwortlich. Niemand darf die einzelnen Abgeordneten zwingen, gegen ihr Gewissen oder ihre Überzeugung zu handeln. Fraktionszwang ist in der Verfassung festgeschrieben unzulässig!

Drei aus dem BSW ausgetretene Abgeordneten, somit partei- und fraktionslose Abgeordnete, möchten sich in einer parlamentarischen Gruppe zusammenschließen, um mehr politisches Entscheidungsgewicht im Landtag zu erlangen und um die Plenarsitzungen inhaltlich auch in einer Mindestqualität vorbereiten zu können.

Im Landtag Brandenburg ist die Bildung von Gruppen durch fraktionslose Abgeordnete nach Austritten aus dem BSW und Zerfall der Koalition SPD/BSW derzeit ein aktuelles politisches und rechtliches Thema. Durch André von Ossowski wurde die 1. Änderung des Fraktionsgesetzes initiiert, um die Bildung der Gruppe *»Wir für Brandenburg«* zu ermöglichen und dieser, wenn auch im geringeren Umfang, ähnliche Rechte wie den Fraktionen zu verleihen.

Das paßt den derzeitigen Oppositionsparteien nicht, denn sie fürchten den Wettbewerb. Diesen müßten auch die Koalitionsfraktionen fürchten, aber diese stellen die demokratischen Prinzipien im Parlament nicht hinter eigene egoistische Interessen. Auch wenn es schwerfällt, so und nur so funktioniert Demokratie.

Auf einer Sondersitzung des Hauptausschusses wurde im März durch drei juristisch ausgewiesene Verfassungsrechtsexperten tatsächlich eine gemeinsame Rechtsauffassung dargelegt. Die Experten unterstützten die Pläne, auch ausgetretenen Abgeordneten den Gruppenstatus zu ermöglichen, was auf eine Anpassung an die parlamentarische Praxis hindeutet. Laut den Experten sind klare Hinweise für eine derzeit verfassungswidrige Gesetzeslage erkennbar.

Die danach einberufene ordentliche Hauptausschußsitzung war dann ein Offenbarungseid von juristischem Unverständnis von AfD und BSW. Dogmatismus und Denkunlogik beherrschte die Diskussion. Die zurückhaltenden Vertreter von SPD und CDU fanden sich in einer irrwitzigen Diskussionslage wieder, der sie aber mit Realitätssinn begegneten.

Das derzeitige Fraktionsgesetz ist (vermutlich – denn es bleibt ausschließlich dem Verfassungsgericht vorbehalten, das festzustellen) verfassungswidrig, denn es hindert Abgeordnete, sich zu einer Gruppe oder Fraktion zusammenzuschließen, wenn sie im Dissens ihre Fraktion verlassen haben oder verlassen mußten. Dies gelte auch dann, wenn mehrere Einzelkandidaten gewählt wären (dieser Fall liegt in der 8. Wahlperiode nicht vor) und sie sich in einer Zahl von mindestens drei Landtagsabgeordneten zu einer Gruppe zusammenschließen wollten.

Der Hauptausschuß kam folgerichtig zu dem Beschluß, daß eine Änderung des Fraktionsgesetzes zwingend erforderlich ist. Die daran anknüpfende Gruppenbildung, wie sie André von Ossowski avisiert, ist sodann der nächste Schritt.

FRANK ENZMANN (19.3.2026), Mitarbeiter im Wahlkreisbüro von André von Ossowski

Zwischen Checkpoints und Hörsaal

Zum 11. Juni hatte der Palästinakreis Eberswalde zu einem Vortrag *»Über das Bildungssystem in Palästina und den Alltag vor Ort«* in das Bildungsbürgerzentrum in der Eberswalder Puschkinstraße eingeladen. Als Referentin stand Sophie Asmus zur Verfügung. Sie ist Friedensaktivistin und Mitglied bei *Amnesty International.*

In ihrem Vortrag beleuchtete sie den Bildungssektor in Palästina sowie die Herausforderungen, denen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene begegnen, wenn sie versuchen, im Berufsleben Fuß zu fassen. Darüber hinaus berichtete die Referentin von ihren Erfahrungen der aktuellen Lage vor Ort, wobei sie diese mit den Positionen und den Forderungen von Amnesty International verknüpfte.

Im Anschluß an den Vortrag gab es ausgiebig Gelegenheit für Fragen und Diskussionen, um die Region und ihre Menschen jenseits der Schlagzeilen wahrzunehmen. Sophie Asmus lebte anderthalb Jahre in Ost-Jerusalem und arbeitete im Westjordanland als Entwicklungshelferin an einer palästinensischen Universität. Zuletzt war sie im Mai und November 2025 dort.

In der BRD engagiert sie sich als Mentorin für Palästinenserinnen und Palästinenser, die ein Studium oder eine Arbeit in Deutschland anstreben.

Palästinakreis Eberswalde

Die Masken fallen

Zunächst zwei Zitate:

»Es liegt in unserem Interesse, daß dieser Krieg noch etwas weitergeht, damit wir eine glaubwürdige Abschreckung aufbauen können, damit nicht nach dem Ukrainekrieg ein Litauenkrieg folgt.« (Christoph von Marschall vom Tagesspiegel in der Phoenix-Talkshow Internationaler Frühschoppen, Anf. Februar 2026)

In der National Defense Strategy der USA heißt es: *»Glücklicherweise«* seien die europäischen NATO-Staaten *»erheblich mächtiger als Rußland«*. Konkret komme Rußland den europäischen Staaten *»nicht einmal nahe«* und *»Moskau ist nicht in der Lage, um die Vorherrschaft in Europa zu konkurrieren.«*

Dennoch sollten in diesem Jahr US-Mittelstreckenraketen, die atomar bewaffnet werden können, in der BRD stationiert werden. Abschreckung? Oder vielleicht doch Provokation und Zurverfügungstellung von Zielen für mögliche atomare Gegen- oder vielleicht auch Präventivschläge Rußlands? Ein Atomkrieg in Europa war aus US-Sicht schon immer akzeptabel. Der sogenannte Einheitskanzler Helmut Kohl soll Mitte der 1980er Jahre die bundesdeutsche Teilnahme an einem Nato-Manöver abgebrochen haben, als er vom Manöverszenario erfuhr, wonach zur Verteidigung gegen angenommene Vorstöße der Armeen des Warschauer Vertrags atomare Kurzstreckenraketen auf Leipzig, Dresden und andere Städte in der DDR abgefeuert werden sollten. Ein Manöverszenario, in dem weite Teile Deutschlands in eine atomare Wüste verwandelt werden, wollte Helmut Kohl nicht mitmachen.

Für die heute in der BRD Regierenden liegen solche moralischen Sentimentalitäten völlig außerhalb ihrer Vorstellungswelt, wie deren Polemik offenbart. Bundeskanzler Merz als ehemaliger Blackrock-Manager ist nur die folgerichtige Spitze des Eisberges. Als einziges Ziel zählt der Profit für die großen Kapitale. Realisiert werden kann das am besten mittels Hochrüstung. Im Rüstungssektor bestimmen die Monopole den Preis und der Staat garantiert die Zahlungen.

Ein möglichst lang andauernder Krieg in der Ukraine bietet dafür die besten Voraussetzungen. Der Tagesspiegel-Journalist von Marschall hat genau das offen ausgesprochen. Insofern darf man diesem Typen durchaus dankbar sein.

GERDA HENKEL

Der Schnee von gestern ist die Lawine von morgen

Michael Bakunin zum 150. Todestag

Vortrag und Diskussion mit Wolfgang Eckhardt

im FAU-Lokal, Grüntaler Straße 24, 13357 Berlin

am 3. Juli 2026, um 19 Uhr.

Tschernobyl

Tagebuchnotiz aus der Autobiographie »Der Prinz vom schönen Fließ«

Im erwachenden Frühjahr und seinen Gefühlen von Unbeschwertheit hinein platzte die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl. Am 26ten April 1986 war im sowjetischen Atomkraftwerk nahe der Stadt *»Prypjat«* ein Unfall geschehen und der Reaktor explodiert. Unmengen an radioaktiver Strahlung traten folglich aus und zogen in einer gigantischen Wolke des Todes über den Kontinent. Ein zuerst versuchtes Geheimhalten des Unfalls mißlang, da im 1200 Kilometer entfernten Schweden erhöhte radioaktive Werte gemessen wurden. Der Wind kam aus Richtung der Sowjetunion.

Erst in den Tagen darauf wurde die Katastrophe und ihr Ausmaß nach und nach publik und es widersprachen sich die Medien Ost und West in ihrer Darstellung. Meine Klassenkameraden, die ausschließlich Westfernsehen schauten, erzählten davon, daß nun unser ganzes Gemüse und Obst nicht mehr eßbar sein würde. Sie sprachen davon, daß wir nun alle verstrahlt werden. Eine düstere Stimmung machte sich breit und große Sorge um die Gesundheit und die Langzeitfolgen tauchten in mir auf. Ich stand doch erst am Anfang meines Lebens, war jung und wollte noch so viel tun. Würde das alles nun unerreichbar werden und würden wir nun alle einen frühen Tod sterben müssen?

Die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl schadete dem internationalen Ansehen der Sowjetunion auf eine Weise, die sich nachhaltig auswirkte. Gorbatschow war gerade ein knappes Jahr in seinem Amt und die Schlagworte *»Glasnost«* und *»Perestroika«* hatten ihre Runde gemacht und standen dafür, daß die festgefahrenen Strukturen des Systems gereinigt werden sollten. Im Sozialismus sollte eine neue Offenheit und Neuordnung entstehen. Tschernobyl versetzte dem Ganzen vorerst einen Schlag.

Als ich mit der U-Bahn zum Alexanderplatz gefahren war an einem der folgenden Tage, sah ich einen uniformierten russischen Soldaten, der völlig betrunken über den Platz torkelte. Er hatte die Hosentaschen voll mit Einhundert-Mark-Scheinen, wühlte in ihnen und verlor dabei einige der Hunderter. Leute, hastig hinterher geeilt, sammelten die Scheine gierig auf.

FRANK DER PFADBEREITER

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!
eMail: abo@barnimer-buergerpost.de
Internetarchiv: www.barnimer-buergerpost.de
Telefon: 03334/356542 (AB)

Sol Eberswalde/Barnim:

Was tun gegen Krieg, Krise und Kapitalismus

Eberswalde (bbp). In Eberswalde/Barnim hat sich eine Gruppe der Sozialistischen Organisation Solidarität (Sol) gegründet. Am 5. Mai stellte sich die Gruppe in der Thinkfarm der Öffentlichkeit vor. In einem aus diesem Anlaß verbreiteten Text heißt es:

Wir leben in einer Zeit, die von tiefen Krisen geprägt ist. Kriege werden zum Alltag und weltweit nehmen Hunger und Leid zu. Die Lebenshaltungskosten steigen immer weiter an; Mieten, Lebensmittel, Energie und Mobilität sind für viele Menschen kaum noch bezahlbar. Diskrimierung und Unterdrückung sind weit verbreitet und die Gewalt gegen Frauen und Minderheiten nimmt stark zu. Unsere demokratischen Rechte werden stetig abgebaut und gesellschaftliche Errungenschaften der Arbeiterklasse, wie der 8-Stunden-Tag, schweben in Gefahr. Zeitgleich schreitet die Umweltzerstörung voran und die Folgen der resultierenden ökologischen Katastrophen sind noch nicht vollständig absehbar.

Doch ist das Zusammenkommen dieser Krisen kein Zufall. Es hat eine gemeinsame Ursache: den Kapitalismus. In diesem System stehen nicht die menschlichen Bedürfnisse im Mittelpunkt, sondern die Maximierung von Profit. Die Produktionsmittel befinden sich im privaten Besitz Weniger, während die Mehrheit der Menschen gezwungen ist, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Ausbeutung, Konkurrenz, soziale Ungleichheit und Unterdrückung sind keine Ausnahmen, sondern grundlegende Bestandteile dieses Systems.

Auch Kriege entstehen häufig aus wirtschaftlichen Interessen und die fortschreitende Umweltzerstörung ist direkte Folge des Systems, das auf endloses Wachstum ausgelegt ist.

Kapitalismus ist nicht alternativlos!

Wir sind überzeugt, daß diese Zustände nicht hinnehmbar sind. Und sie sind veränderbar!

Dafür kämpfen wie als Sol – Sozialistische Organisation Solidarität – hier und heute gegen jede Verschlechterung und für Verbesserungen. Wir verbinden diese Kämpfe mit der Notwendigkeit einer sozialistischen Veränderung der Gesellschaft und der Überwindung des Kapitalismus.

Dazu sind unsere Mitglieder in Betrieben und Gewerkschaften aktiv und setzen sich dort für eine kämpferische Politik ein. Sol-Mitglieder sind ebenfalls in der Linken und Linksjugend aktiv und machen Vorschläge, wie die Partei einen Beitrag zum Aufbau einer sozialistischen Partei der Arbeiterinnen und Arbeiter leisten kann.

Chronik *von SOS Rassismus Barnim*

Wir alle können Diskriminierungen wahrnehmen, thematisieren und zu ihrer Überwindung beitragen. Uns also aktiv einsetzen für mehr Gerechtigkeit und Frieden, für ein freies und demokratisches Zusammenleben, gegen autoritäre und menschenfeindliche Einstellungen, gegen die Verharmlosung rassistischer Äußerungen und rechtsextremer Bestrebungen.

Die 2025er Chronik von SOS Rassismus Barnim erschien am Internationalen Antirassismustag im März (sos-rassismus-barnim.de). Seit 2015 dokumentieren ehrenamtlich Aktive des Afrikanischen Kulturvereins Palanca, der Barnimer Kampagne *»Light me Amadeu«* und anderer Bündnisse rechtsextreme und rassistische Vorfälle im Landkreis Barnim.

Dabei listen wir aus Kapazitätsgründen nicht mehr jede Naziparole oder –schmiererei auf. Viele Fälle und Straftaten werden uns erst später oder zufällig bekannt, manche müssen umfangreich recherchiert werden. Oft überlegen die Betroffenen, ob ihre negativen Erlebnisse öffentlich werden sollen (und somit *»reproduziert«* werden). Daher erscheint unsere Chronik erst im Folgejahr und weist viele *»unsichtbare«* Lücken auf.

SOS Rassismus Barnim betont immer wieder: Schweigen und Desinteresse bei persönlichen oder institutionellen Diskriminierungen, bei Hetze und Gewalt schützen niemanden, wirken aber wie Zustimmung. Wer Vorfälle mitteilen oder sich mehr zur Überwindung von Rassismus engagieren möchte, melde sich gern bei uns (eMail: rassismus.barnim@gmail.com, Tel.: 03334/3822563, bei Palanca, Coppistraße 3, 16227 Eberswalde). Für die Recherche rassistischer und rechtsextremer Vorfälle im Barnim auch vor 2015 suchen wir weiterhin Hinweise, Material und kurze Berichte, wie folgende.

Aussage einer Schwarzen deutschen Person: *»Meistens fühle ich mich im Barnim wohl und akzeptiert. Aber dann – wie aus dem Nichts – ein abfälliger Blick, eine Geste oder eine Bemerkung, die mir irgendein 'Anderssein', ein 'Nichthierher-gehören' signalisiert und mich verunsichern soll. Sehr nervig sind die Fragen nach meiner 'eigentlichen Herkunft' (nachdem ich bereits 'aus Berlin' sagte) oder die 'Verwunderung' wegen meiner Deutschkenntnisse... Dann berlinere ich öfter: Wieso, ick bin doch hier jeboren und uffjewachsen.«*

Initiative SOS Rassismus Barnim

Die »Heimatzeitung« gewinnt den Krieg

Nicht zuletzt dank bundesdeutscher Hilfe verfügt die Ukraine seit einiger Zeit über weitreichende Angriffsdrohnen, die sie unter anderem einsetzt, um die russische Energieinfrastruktur zu treffen. Entsprechende Erfolgsmeldungen werden seitens der BRD-Medien gern weiterverbreitet. Auch in der lokalen Tageszeitung gab es jüngst mal wieder einen Beitrag, der in der Form eine analytische Herangehensweise simuliert (Putins Armee in der Klemme, MOZ, 2.6.26)).

Der Redakteur hat auch gleich die passenden Zeugen und Experten bei der Hand: einen russischen Exilpolitologen, dessen Phantasien mit Verweis auf einen *»linientreuen Moskauer Kollegen«* und einen *»Moskauer Masseur«* glaubhaft gemacht werden sollen. Der Rest ist aus den auch in Rußland üblichen Diskussionen von Bloggern und in sozialen Medien (die es nach hiesigem Verständnis dort eigentlich gar nicht geben dürfte) zusammengesammelt. Weitgehend faktenfreie Propaganda, der durch die ungefilterte Wiedergabe eines ukrainischen Propagandisten, der als Experte hofiert wird, noch das Sahnehäubchen aufgesetzt wird. Der heißt auch noch Melnyk, wie der faschistische Ahne, der zum Helden stilisiert wird, was sicher Zufall ist. Dieser Melnyk unterstellt hier Rußland genau das, was die Ukraine ständig praktiziert bzw. gerne provozieren würde.

Selbstverständlich haben die Drohnen die Lage auf dem Gefechtsfeld stark verändert. Die LKWs werden nicht nur 120 km hinter den russischen Linien gejagt, sondern auch hinter den ukrainischen. Und natürlich ist es schwer, die Lage zu überblicken, da es nahezu keine verläßlichen Informationen gibt. Denn im Krieg lügen immer beide Seiten.

Dennoch bleibt nach diesem MOZ-Artikel die Frage: Wie soll Rußland, das doch kurz vor dem Zusammenbruch steht und noch 400 Jahre braucht, um die Ukraine zu erobern, im Jahr 2029 den Pistorius-Wunsch nach einem Angriff auf die BRD erfüllen?

GERD MARKMANN

Futurum als Präsens

Es breitet sich hierzulande eine Unsitte aus. Man bezeichnet Dinge oder Ereignisse, die stattfinden werden oder könnten, als gegebene Tatsachen. Beispiel: Am Freitagabend des 12. Juni erschien in der MOZ der Untertitel *»CSD zieht durch die Innenstadt«*, obwohl die Veranstaltung erst am nächsten Tag stattfinden sollte und gar nicht klar war, ob sie nicht wegen Unwetters oder mangels Beteiligung ausfiele.

So geht das fast bei jedem Artikel, daß das Futurum als Präsens dargestellt wird, so als ob man es beschwören wollte stattzufinden. Das Übel daran ist, daß es Gift für präzises Denken ist. Diese Unsitte, wenn es nicht sogar Absicht ist, verwischt die Grenzen zwischen Realem und Gewünschtem, zwischen Tatsache und Propaganda. Mit verdrehten Köpfen ist es zum Beispiel leichter, eine feindliche Bedrohung an die Wand zu malen, wo gar keine ist. Also, liebe Leser, lassen wir uns nicht das Gehirn verdrehen ...

www.maxe-eberswalde.de

Buchtip 1:

Kurt Kretschmann als Vegetarier

In seinem Buch »Erfahrungen aus 70-jähriger fleischloser Ernährung« hat der bekannte Naturschützer, Friedenskämpfer und Bürgerpostautor Kurt Kretschmann (1914-2007) unsere Eß- und Trinkgewohnheiten unter die Lupe genommen, ohne dabei den Blick auf die gesellschaftlichen Entwicklungen um ihn herum zu verlieren.

Nach seiner Antwort auf die Frage »Warum konnte das Fleischessen solche Ausmaße annehmen?«, erzählt Kretschmann darüber, wie es dazu kam, daß er sich ganz auf die pflanzliche Ernährung umstellte und welche Rolle dabei die Machtergreifung des Hitlerfaschismus spielte. Es folgte die Flucht aufs Land in eine eigene Gartenlaube mit weitgehend autarkem Wirtschaften. Fasten und weitere Ernährungsversuche und das Experimentieren im Garten sowie ausgedehnte Wanderungen durch Deutschland, die Schweiz und Oberitalien sorgten für ein ausgefülltes Leben. Faschismus und Krieg erreichen aber auch diese Idylle. Kretschmann erlebt den Krieg an der Ostfront, am Ende Desertation und Gefangenschaft. Die fleischlose Ernährung begleitet ihn weiterhin. Das Buch endet mit Aussprüchen bekannter Persönlichkeiten zum Vegetarismus und einer Aufstellung berühmter Vegetarier.

Hier nun eine Leseprobe aus dem Kapitel »Hitler triumphiert«:

Doch da kam es plötzlich zu einem Kurzschluß. Hitler war erst einige Wochen an der Macht, da erhielten wir im Betrieb Besuch von uniformierten SA-Leuten.

Die Gleichen, die zuvor auf der Straße vor unserer Tür »Juda verrecke!« geschrien hatten. Sie verlangten die Herstellung von Wehrmachtsuniformen und SA-Kleidung. Mein Chef, Ernst Lewi, sagte bereitwillig zu. Was sollte er machen? Es gab keine Alternative. Der Aufbau der Wehrmacht war für die Faschisten das Thema Nummer 1. Alle Vorbereitungen dafür hatte man längst getroffen. Auch die jüdischen Betriebe wurden angesprochen. Das betraf selbst Firmen mit nur wenigen Arbeitskräften.

Wenige Tage danach rollten die Stoffballen und ein paar Uniformen als Muster an. Ich wurde zum Anprobieren gerufen. Lewi sagte: »Sie haben die richtige Figur«. Er hielt mir die Uniform entgegen. Nun stand ich plötzlich vor der Entscheidung. »Für Hitler keinen Handschlag« – das hatte ich mir geschworen. Einen Augenblick schwankte ich noch und dachte an die noch fehlenden 200 Mark. Doch dann sagte ich: »Ich bin hier der Einzige, der die Rote Fahne liest. Das ist bekannt. Ich ziehe die Uniform nicht an, fasse den Stoff nicht an, und verlasse sofort den Betrieb«. Ernst Lewi und die herumstehenden Kollegen waren sprachlos. Nach einer Pause sagte Lewi: »Das werden Sie bereuen. Spätestens in vier Wochen stehen Sie vor meiner Tür und bitten, daß Sie wieder eingestellt werden«.

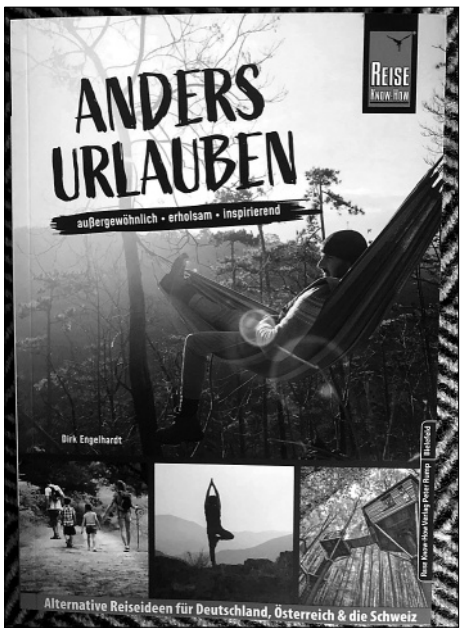
Kurt Kretschmann: Unsere Eß- und Trinkgewohnheiten unter die Lupe genommen. Erfahrungen aus 70-jähriger fleischloser Ernährung. Mit der Aufstellung berühmter Vegetarier! 39 Seiten, 1 Foto, ohne Jahr, im Volltext auch hier: haus-der-naturpflege.de/wp-content/uploads/2025/07/Erfahrungen-aus-70-jaehriger-fleischloser-Ernaehrung.pdf

Buchtip 2:

»Anders Urlauben«

Das Buch des Reisejournalisten Dirk Engelhardt zum *»Anders Urlauben«*, das im Reise Know How Verlag erschien, ist jetzt aus dem Buchhandel und damit aus der gesetzlichen Preisbindung genommen worden. Der Autor selbst verfügt noch über einige Restexemplare, die er zum reduzierten Preis von 10 Euro (Normalpreis 17,90 Euro) abgibt. Jedes dieser Exemplare wird vom Autor handsigniert.

(Dirk Engelhardt, Ammonstraße 1b, 16225 Eberswalde, Mobil: 01575 - 48 90 249, Internet: www.dirk-engelhardt.de, eMail: kontakt@dirk-engelhardt.de)



Ärztin wegen Corona-Attesten in Haft

Verteidigung spricht von »Bestrafung ärztlicher Pflichterfüllung«

von Dirk Engelhardt

»Reichsbürger-Ärztin«, »hohe kriminelle Energie«, »verbotener Waffenbesitz« – so titelten einige deutsche Zeitungen zum Urteil gegen die Moritzburger Ärztin Dr. Bianca Witzschel.

Die kriminelle Energie bezog sich darauf, daß sie für die Ausstellung von Attesten Geld verlangte – wo es unter deutschen Ärzten doch sonst üblich ist, daß sie kostenlos arbeiten. Und der verbotene Waffenbesitz bezog sich auf einen Elektroschocker ohne Prüfkennzeichen, den sie besaß. Normalerweise ist dafür eine geringe Geldstrafe üblich. Und könnte es ein, daß politische Gesinnung auf das fachliche Wissen durchschlägt? Aber irgendwie muß man ja das hohe Strafmaß seiner Leserschaft erklären.

Dr. Bianca Witzschel ist Ärztin und Fachärztin für Pharmakologie und Toxikologie. Auf Grund ihrer fachlichen Einschätzungen nach den Informationen, die seit Sommer 2020 rund um Corona zugänglich waren, ist sie zur Auffassung gelangt, daß weder das Masketragen noch jegliche Impfung noch ein PCR-Test mittels Körperkontakt (*»Stäbchen tief in die Nase oder Rachen«*) medizinisch vertretbar ist und hat deshalb den Menschen, die sich hilfesuchend an sie wandten, seit 2021 ärztliche Bescheinigungen mit folgenden Inhalten ausgestellt:

Aus medizinischen Gründen ist das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes kontraindiziert beziehungsweise lebenslang kontraindiziert.

Medizinische Kontraindikationen bedingen – unbegrenzt (auf Dauer) ein Impf-Verbot jeglicher Art unter den derzeitigen Prophylaxe-, Renerations- und Heilungsbedingungen.

Aus medizinischen Gründen sind CoV-Testungen nur über Speichel möglich.

Witzschel ist hierbei von ihren Berufspflichten als Arzt ausgegangen, insbesondere dem Genfer Gelöbnis, dem Nürnberger Kodex, § 2 Satz 1 und Satz 4 der Muster-Berufs-Ordnung, wonach vor jedem medizinischen Eingriff zuerst die Indikation des Eingriffs zu prüfen ist und falls diese bejaht wird, eine mögliche Kontraindikation.

Zu beachten ist weiterhin, daß kein einziger Patient durch die Behandlung durch Witzschel auch nur den geringsten Schaden erlitt. Im Gegenteil – Witzschels Patienten sind hochzufrieden mit ihrer Ärztin, doch dies interessierte weder Staatsanwaltschaft noch Gericht.

»Nach rund fünf Hausdurchsuchungen wurde anläßlich einer weiteren Hausdurchsuchung Dr. Witzschel am 28.02.23 verhaftet und hat 476 Tage bis zum 17.06.24 in Untersuchungshaft gesessen«, berichtet Rechtsanwalt Ralph Boleslawsky*, der Witzschel bis März diesen Jahres vertreten hat. Dies, obwohl keinerlei Flucht- oder Verdunklungsgefahr bestand. Das Landgericht und das Oberlandesgericht sahen dies anders und lehnten die beiden Haftbeschwerden aus 2023 und 2024 ab.

»Wenn man weiß, daß während der Untersuchungshaft keinerlei Hafterleichterung gewährt wird wie während des normalen Strafvollzuges, kann man auf den Gedanken kommen, daß hier schon die erste Bestrafung durch die Justiz erfolgte«, sagt Boleslawsky. Boleslawsky betont, daß 478 Tage in Untersuchungshaft wesentlich härter seien – erst recht für jemanden, der noch nie im Gefängnis saß – als der normale Strafvollzug.

Im Prozeß ging es um die Frage, ob die ausgestellten Atteste medizinisch haltbar wären. Die Verteidigung widersprach dieser Darstellung. Boleslawsky: *»Das Landgericht Dresden hat dagegen auch auf der Basis eines Gefälligkeitsgutachtens der Staatsanwaltschaft entgegen dem eindeutigen Wortlaut der Atteste behauptet, daß die Atteste von Dr. Witzschel einen aktuellen Gesundheitszustand des jeweiligen Bescheinigungsempfängers behaupten würden, ohne daß dieser Gesundheitszustand durch eine ausreichende körperliche Untersuchung festgestellt wurde.«* Denn eine Untersuchung hat Witzschel in jedem Fall vorgenommen, nachdem sie zuvor von jedem Attestempfänger eine Anamnese aufgenommen hatte. Diese Untersuchungen wurden durch das Gericht als nicht ausreichend erachtet.

Das Gutachten hat zum Beispiel die Frage nach medizinischen Gründen, die das Ausstellen der gegenständlichen Atteste rechtfertigen könnte, ausschließlich auf die absolute Kontraindikation bezogen beantwortet. Dies, indem der Gutachter eine Vielzahl von Krankheiten aufzählte, die sich auch anhand einer körperlichen Untersuchung nachweisen lassen. Die relative Kontraindikation hingegen wurde vom Gutachter auf Befragung der Verteidigung als irrelevant hingestellt, und die diesbezüglichen Beweisanträge der Verteidigung vor Gericht abgelehnt.

Angesicht der massenhaften ähnlichen Verfahren gegen Ärzte in Deutschland fordert somit die deutsche Justiz bis zum BGH, daß ein Arzt eine körperliche Untersuchung durchführen soll, die logischerweise noch keine Schäden feststellen kann, bevor er vor drohenden Gesundheitsschäden durch Bekundung seiner ärztlichen Meinung Bescheinigungen zum Schutz der Menschen ausstellen darf.

Für Boleslawsky geht der Fall weit über die Person Witzschel hinaus. Er sieht darin ein strukturelles Problem im Umgang mit Ärzten während der Pandemie: *»De facto maßt sich die Justiz mit Unterstützung willfähriger Sachverständiger an, Ärzte bis zur Existenzvernichtung zu bestrafen, die die Menschen vor epidemiologisch sinnlosen medizinischen Eingriffen wie Masketragen (siehe die Gutachten von Dr. Kai Kiselinski), Impfungen mit modRNA-Gentherapie (siehe Gutachten von Dr. Kremer) und PCR-Tests durch Körperkontakt mit entsprechenden Bescheinigungen schützen wollen.«*

Diese Arroganz der Macht wird umso deutlicher, führt Boleslawsky weiter aus, wenn man beachtet, daß im Strafverfahren gegen Dr. Witzschel kein einziger Beweisantrag der Verteidigung zum Nachweis der fehlenden Indikation der Maskenpflicht, der Impfung und des PCR-Test sowie der aber vorliegenden relativen Kontraindikation zugelassen wurde.

Die Arbeit der Ärzte wird durch gesetzliche Vorschriften ersetzt. Durch die evidenzlose Verpflichtung zum Masketragen, zur Impfung und zum PCR-Test hat der Staat jegliche Indikationsprüfung durch den Arzt ausgehebelt, denn eine Indikation wird somit per Gesetz und Rechtssprechung angeordnet.

Besonders kritisch wertet Boleslawsky, daß staatliche Vorgaben aus seiner Sicht die ärztliche Entscheidungsfreiheit ersetzt hätten: *»Damit wird der Arzt zum Erfüllungsgehilfen einer Politik gemacht, was der BGH in III ZR 180/24 auch bestätigt hat, die nichts mit der Gesunderhaltung der Menschen zu tun hat.«*

Andere Juristen vertreten jedoch die Ansicht, daß in einer Pandemie der Staat zum Schutz der Bevölkerung verbindliche Regeln erlassen kann, die nicht durch individuelle Einschätzungen unterlaufen werden dürfen. Dies ist laut Boleslawsky auch korrekt, wenn nicht diese Regeln auf Wissenschaftsbetrug und Täuschung der Menschen beruhen würden.

Daß Impfärzte überhaupt nicht aufklären konnten, ergibt sich im Übrigen bereits aus den Verträgen zum Kauf der Impfstoffe, in denen jedes Land zugestimmt hat, daß die Wirksamkeit und Folgen der Impfung unbekannt sind und erst durch die Impfungen ermittelt werden müssen.

Niemand hat jemals seine Freiheit erlangt, indem er an das moralische Empfinden der Menschen appelliert hat, die ihn unterdrücken.

ASSATA SHAKUR (16.07.1947-25.09.2025), afroamerikanische Freiheitskämpferin

»Somit hat auch die Bundesregierung zugestimmt, daß Menschenexperimente in Form von millionenfachen Impfungen mit einem neuartigen Impfstoff auf genetischer Basis durchgeführt werden und hierbei alle Erkenntnisse und leidvollen Erfahrungen aus den Nürnberger Prozessen bewußt ignoriert wurden und heute noch werden«, sagt Boleslawsky.

Nach der Rechtssprechung des BGH ist eine Impfung eine Körperverletzung, die nur durch eine informierte Einwilligung, wie sie im Bürgerlichen Gesetzbuch steht, straffrei bleibt. Boleslawsky folgert daraus: *»Also erfolgten mit Billigung und Wissen der Bundesregierung auch millionenfache Körperverletzungen durch impfende Ärzte, die der BGH allerdings mit Urteil vom 09.10.25 für jede Impfung gegen Covid bis zum 07.04.23 pauschal straffrei stellte.«* Als Begründung wurde die Impfung auf der Grundlage einer Verordnung – also nicht einmal einem Gesetz – als *»hoheitliche Aufgabe«* deklariert.

Dazu wurde den betroffenen Ärzten so wie auch Witzschel ohne jeden Nachweis unterstellt, ihre Bescheinigungen wären *»in Täuschungsabsicht«* erstellt worden, ohne jegliche Prüfung der Beweise der Verteidigung. Denn Witzschel hegte aus generellen medizinischen Gründen begründete Zweifel an der Maskenpflicht, der Impfpflicht und der Testpflicht. Sie handelte nach dem Grundsatz *»Zuerst nicht schaden«*, zu dem sie bei ordnungsgemäßer Berufsausübung geradezu verpflichtet war.

Witzschel hat sich freiwillig nach Ladung durch die Staatsanwaltschaft im Februar zur Verbüßung ihrer Reststrafe von 495 Tagen gestellt und büßt diese Strafe derzeit in der Justizvollzugsanstalt Chemnitz ab. Mit dem Halbstrafenantrag, den Boleslawsky für sie stellte, nahm er Bezug auf die Behandlung des Ulli Hoeness, welcher wegen Steuerbetrug in Höhe von 28,5 Millionen Euro zu 3 Jahren und 6 Monaten Freiheitsentzug verurteilt wurde. Hoeneß wurde nach genau 21 Monaten im Rahmen der Halbstrafenregelung entlassen. Die zuständige Strafvollstreckungskammer Chemnitz hat den Halbstrafenantrag von Witzschel ungeachtet dessen abgelehnt.

Könnte es sein, daß die einzig logische Schlußfolgerung aus dem Prozeß gegen Witzschel und hunderten anderen Ärzten wegen ihrer Atteste nur wäre, daß den Ärzten die strikte Beachtung ihrer Berufspflichten und des Grundsatzes *»Zuerst nicht schaden«* bei Androhung von Strafen bis hin zur Existenzvernichtung verboten werden soll? Andernfalls müßte jeder Arzt solche Atteste ausstellen angesichts der evidenzlosen und auf Wissenschaftsbetrug beruhenden Corona-Politik der Bundesregierung. Und diese Strafen wirken schon...

* Rechtsanwalt Ralph Boleslawsky, 16225 Eberswalde, Eichwerder Straße. 60.

Bezirksverband der Kleingärtner Eberswalde und Umgebung:

Verein wird kommerzielles Unternehmen

Eberswalde (bbp). Am 11. Juli findet eine Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes der Kleingärtner in Eberswalde und Umgebung e. V. (BVK) statt.

Mitglieder des BVK sind die Kleingartenvereine, vertreten durch ihre Vorsitzenden sowie jeweils durch ein weiteres Vorstandsmitglied bei Vereinen mit mehr als 85 Kleingärten. Zudem sind die Mitglieder des BVK-Vorstandes und die Kassenprüfer in der Mitgliederversammlung stimmberechtigt. Beschlußfähig ist die Mitgliederversammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder. Auch bei Satzungsänderungen gilt die relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen, deren Beschlüsse für alle Mitglieder gelten.

Auf der Tagesordnung am 11. Juli stehen insgesamt fünf Beschlußvorlagen zur Änderung der Vereinssatzung des BVK. Zwei Vorschläge brachte der BVK-Vorstand ein, drei kommen von Mitgliedsvereinen.

Die Vorlage mit den größten finanziellen Auswirkungen bezieht sich auf den § 4 der Satzung, der bisher mit *»Rechte und Pflichten der Mitglieder«* überschrieben ist. Künftig soll die Überschrift *»Rechte und Pflichten der Mitglieder und Pächter«* lauten. Diese Änderung ist notwendig, weil mittlerweile mehrere Kleingartenvereine aus dem Bezirksverband ausgetreten sind und einzelne Kleingärtner mit Vereinsausschlüssen konfrontiert sind.

Die Nichtmitgliedschaft des Pächters im Kleingartenverein und des Kleingartenvereins im BKV soll künftig in einem zusätzlichen Punkt geregelt werden. *»Die Solidarleistung«* entfällt und *»diese Leistungen«* sollen dann durch eine finanzielle Abgeltung *»zusätzlich zur Pacht, Umlagen, öffentlich-rechtlicher Lasten sowie Gemeinschaftsleistungen«* erbracht werden. Im Beschlußvorschlag bleibt unklar, was unter *»Solidarleistung«* zu verstehen ist. Im bisherigen Satzungstext kommt diese Formulierung nicht vor. Öffentlich-rechtliche Lasten und Gemeinschaftsleistungen sind ohnehin Angelegenheit der einzelnen Kleingartenvereine, berühren also den BVK nicht. Es bleibt die im bisherigen § 4 Punkt 2b formulierte Pflicht, Mitgliedsbeiträge termingerecht zu entrichten.

Die Mitgliedsbeiträge des jeweiligen Kleingartenvereins für den BVK beziehen sich jeweils auf den einzelnen Kleingärtner und lagen 2019 bei 27 Euro. Künftig will der BVK-Vorstand eine *»finanzielle Abgeltung in Form eines Verwaltungsbeitrages in Höhe der Kosten der gewerbsmäßigen Verwaltung eines Kleingartens, mindestens jedoch in Höhe von 20,00 Euro monatlich (240,00 Euro/a), bei Wegfall der Kleinunternehmerregelung zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer«* verlangen dürfen.

Die Kleinunternehmerregelung fällt ab einem Jahresumsatz von 25.000 Euro weg. Das entspricht gut 100 Kleingärten. Der Austritt eines einzigen größeren Kleingartenvereins reicht somit aus, um diese Kosten für den einzelnen betroffenen Kleingärtner auf 285,60 Euro anwachsen zu lassen. Mithin mehr als eine Verzehnfachung der Kosten von 2019.

Mehreinnahmen für den BVK soll auch die zweite vom BVK-Vorstand vorgeschlagene Satzungsänderung generieren. Dem § 4 soll ein zweiter zusätzlicher Punkt mit der Numerierung 4a hinzugefügt werden: *»Bei jedem Pächterwechsel ist eine Gebühr in Höhe von 100,00 Euro als Bearbeitungsgebühr an den Verband vom Neupächter zu entrichten. Erst nach Eingang der Zahlung wird der Pachtvertrag wirksam.«* Nach der bisher geltenden Satzung war eine Bearbeitungsgebühr bei Pächterwechsel nicht vorgesehen.

Zwei weitere Anträge für Satzungsänderungen steuert der Kleingartenverein Finow-Ost bei. In § 7 soll der Punkt 3a dahingehend geändert werden, daß jeweils nur noch der oder die Vorsitzende in der BVK-Mitgliederversammlung vertreten sein soll. Auch Vereine mit mehr als 85 Gärten sollen also künftig nur eine Stimme haben. Mit dem zusätzlichen Punkt 3d soll bei Verhinderung des Vorsitzenden eine Stimmrechtsübertragung an den Stellvertreter möglich sein.

In einer fünften Beschlußvorlage beantragt der Kleingartenverein Einigkeit den Austritt des BVK aus dem Landesverband Brandenburg der Gartenfreunde e. V. Diese Mitgliedschaft ist im § 2 Punkt 4 der Satzung festgeschrieben. Insofern ist ein positiver Beschluß dazu wahrscheinlich juristisch anfechtbar.

Biosphäre-Petition



Foto: BI Biosphäre erhalten

Am Mittwoch, 17.6.2026 hat die Bürgerinitiative Wir sind Biosphäre dem Petitionsausschußvorsitzenden des Landtages Brandenburg in Anwesenheit der Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz die Petition mit mehr als 2.400 Unterschriften übergeben. In der Petition wird eine wirkungsvolle Bürgerbeteiligung bei der Novellierung der Biosphärenreservatsverordnung gefordert und eine Absenkung des Schutzniveaus im Biosphärenreservat abgelehnt. *(hl)*

Immer beide Hände

Wie oft hörte man als Kind, man solle mit beiden Händen den Lenker von Dreirad/Roller/Fahrrad anfassen. Später fuhr man sogar freihändig, aber das sah ja keiner. Liegestütze sollte man immer beidarmig machen, sonst macht es schnell ratsch und die Sehne ist gerissen. Beim Schuhe anprobieren erklärt der Fachmann: Immer beide anprobieren, denn sie fallen unterschiedlich aus, auch die Füße. Orthopäden können ein Lied davon singen. Wenn man sich immer einseitig abstützt, bekommt man eine schlimme Schulter und keiner weiß, warum.

Auch beim Essen gilt sowohl als auch. Also im Café nicht immer nur den Windbeutel mit Sahne nehmen, sondern auch mal den Himbeerkuchen. Und beim Mittag nicht nur Kartoffeln, sondern auch mal Reis oder Nudeln. Einseitig ist immer schlecht. Sagt schon alleine die Wortbedeutung. Eine einseitige Sache. Deswegen sollte man auch nicht immer nur SPD oder AfD wählen, sondern auch mal gelb, grün, rosa oder violett. Das Leben ist bunt!

Ich hörte vor einiger Zeit, man sollte täglich an Gemüse oder Obst etwas Grünes, etwas Gelbes und etwas Rotes essen. Das sei dann perfekt. Und wenn es ein Radieschen ist. Kostet nicht die Welt! Auch immer nur in **ein** Geschäft zu gehen, ist nicht nur langweilig, sondern auch unfair gegenüber den anderen. Aber kommen wir auf die Hände zurück:

Viele Arbeiten lassen sich nur beidhändig erledigen, sei es das flotte Schreiben, das An- und Ausziehen, das Abspülen, das Geschirrabtrocknen und vieles mehr. Als Einarmiger ist man schon schwer behindert. Trotzdem sieht man ab und zu einen jungen Mann mit diesem Makel flott und schnell Fahrrad fahren. Ein Könner! Ohne das andere Auge könnte man nicht räumlich sehen und ohne das andere Bein ginge man an Krücken. Es ist schon verzwickt mit der Dualität des Lebens.

Ohne Mann und Frau gäbe es keine Kinder und ohne Mama und Papa ist die Familie nicht komplett. Allein sein ist auch nicht schön. Wenigstens sollte noch ein Freund oder eine Freundin verfügbar sein. Zum Gedankenaustausch. Damit sich die eigenen Gedanken nicht im Kreise verfangen.

Singularität ist im Leben schlecht. Auch ein Monopol ist schlecht. Man kann die Preise beliebig steigen lassen. Deswegen braucht es Auswahl. Also nicht nur Gas aus Norwegen oder Amerika, sondern auch Gas aus Rußland oder Arabien. Das Ausgewogene zählt.

Die Balance kann man nur mit zwei Bezugspunkten wahren, mindestens zwei. Im realen Leben und in der Politik sind es noch mehr, ein ständiges Austarieren und doch hängt man immer am seidenen Faden. Alles ist fragil und vergänglich. Auch unsere beiden Hände.

JÜRGEN GRAMZOW

»Preßluftschuppen e.V.«

Von einem Ort, an dem selbst die Luft ein Aktenzeichen hat

Es gibt Orte, an denen frische Luft kein Naturzustand, sondern ein Verwaltungsakt ist. Beim Verein Preßluftschuppen* geschieht das nach Protokoll – mit Durchschlag an die Hausmeisterei und Genehmigung aus der Raucherecke. Man versteht sich dort als Leuchtturm der Inklusion – allerdings nur, wenn es neblig genug ist vor Rauchschwaden und niemand versehentlich das Licht machbarer Erkenntnis anschaltet. Denn wer wirklich Bewegung in die menschlichen wie materiellen Staubflocken des Ladens bringt, wird rasch als Zugluft empfunden.

Den Vereinsvorstand sieht man nie, außer bei Fördermittelanträgen. Dann strahlt er, tadellos frisiert. Für sechsstellige Beträge aus einer Stadtkasse kann man sich schon mal rasieren.

Während im Haus pädagogische Hauptangestellte die Atmosphäre mit feinem Autoritätsduft bedampfen, wirkt ein Gemisch aus kaltem Kaffee, Druckerwärme und moralischem Überbau. Man redet über Werte, während am anderen Ende des Flurs jemand den Müll sortiert – materiell wie menschlich.

Seit Jahren hält eine stille Reinigungskraft das Gebäude zusammen, kennt jeden Winkel, jede Fuge, und inzwischen jede verschüttete Illusion. Doch im Reich des puren Tarifsteigerungs-Opportunismus gilt Sauberkeit als subversiv, fast bedrohlich – denn nur unter dem Muff informeller Verwesungsgerüche bleibt das Ego stabil.

Darum diskutiert man lieber über imaginäre Putzmaschinen, verschiebt Zuständigkeiten und opfert *»Kommunikationskultur«*, um Opfer zu Tätern zu generieren. Da werden selbst Schwerbehinderte schwer behindert, um sich selbst zu behindern, (und) damit Menschlichkeit zu leben.

Das alles geschieht, während man Jugendliche betreut, die nebenher schon mal *»genetisches Mißmaterial«* genannt werden. Wo? Natürlich in der informell-vertraulichen Raucherecke.

Die Raucherecke ist der wahre Entscheidungsträger – dort wird Demokratie in Nikotinform verhandelt. Gerüchte besagen, man wolle bald einen *»digitalen Luftplan«* einführen, um den Atem der Belegschaft effizienter zu verwalten. Das Ziel: frische Luft per QR-Code – CO_2-neutral, aber menschlich entbehrlich. Bis dahin bleibt der Verein seinem Motto treu: *»Wir bringen Bewegung ins Stehenbleiben«*.

Und die Reinigungskraft? Der hat man gekündigt, als sie auf der Intensivstation lag. Das sind die Blumensträuße voller Mitmenschlichkeit anno 2025 gewesen.

FRANK DER PFADBEREITER

* Name aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes geändert

Kita »Löwenzahn« in Eichhorst **schließt**

Die Kita *»Löwenzahn«* im Schorfheider Ortsteil Eichhorst wird nach der Sommerpause nicht mehr öffnen. Die Gemeinde hatte den Mietvertrag mit dem Träger, der Kinder- und Jugendhilfe Schorfheide gGmbH zum Ende des Jahres 2027 gekündigt. Nun will der Träger bereits für dieses Jahr den Trägervertrag kündiguen, um doppelte Strukturen und Kosten zu vermeiden.

Die Eltern müssen sich nun um einen neuen Kitaplatz in anderen Kitas bemühen. Der Träger bot an, alle Kinder zu übernehmen. Dafür bietet sich in diesem Jahr die einmalige Gelegenheit an, da die Erweiterung der Kita in Buckow nach der Sommerpause fertig und die Betriebserlaubnis erwartet wird. Auch die Erzieherinnen und Mitarbeiter sollen für den neuen Standort übernommen werden.

Damit enden auch alle Bemühungen der Gemeindevertreter, eine Fortführung am jetzigen Standort in Eichhorst zu ermöglichen. Sowohl Treffen in der Kita als auch mit dem Träger erbrachten wenig Möglichkeiten zum Erhalt. Es fällt sehr schwer nach 70 Jahren und vielen Generationen an Kindern, die die Waldkita besuchten und lieben lernten, sich von diesem Traditionshaus zu verabschieden. Doch Kosten und Zeitaufwand einer Sanierung sind für die Gemeinde nicht tragbar.

Ob, wann und wie wieder eine Kita in Eichhorst möglich wäre, hat der Ortsbeirat bereits diskutiert. Das soll als Idee für ein Generationshauses in der alten Schule weiter verfolgt werden. Die Waldkita mit ihren 28 Plätzen war pädagogisch wertvoll. Die Ortsteile sollen belebt bleiben und nicht zu reinen Schlafdörfern verkommen. Daher bleibt sehr unverständlich, warum Bürgermeister Westerkamp sich nicht in die Bemühungen der Gemeindevertreter zum Erhalt der Kita einbrachte, und auch nicht kommunizierte, daß er trotz dieser Bemühungen die Kündigung ausgelöst hat.

Seine aktuelle Krankschreibung mag die fehlenden Bemühungen entschuldigen. Es verwundert, daß er dennoch Kündigungen versenden und Fototermine wahrnehmen kann. Das ist für einen Bürgermeister unwürdig. Wir wollen die Menschen mitnehmen im Guten aber auch im Schlechten und transparent erklären können, warum und weshalb etwas als Entscheidung getroffen wurde.

SVEN WELLER

Kurzzeitpflege schafft **Freiräume**

Wenn die Sommerferien beginnen, freuen sich viele Menschen auf eine Reise oder einige Tage Erholung. Für pflegende Angehörige ist diese Zeit jedoch oft mit einer zusätzlichen Herausforderung verbunden.

Denn wer einen pflegebedürftigen Menschen zu Hause versorgt, muß auch während eines Urlaubs oder einer vorübergehenden Verhinderung sicherstellen, daß die Betreuung gewährleistet bleibt. Viele Angehörige kümmern sich über Monate oder sogar Jahre mit großem Engagement um ihre Familienmitglieder. Dabei geraten die eigenen Bedürfnisse häufig in den Hintergrund. In Gesprächen mit Angehörigen erlebe ich daher immer wieder, wie wichtig verläßliche Entlastungsangebote seien.

Eine Möglichkeit bietet die Kurzzeitpflege. Dabei werden pflegebedürftige Menschen für einen begrenzten Zeitraum stationär betreut und versorgt. Das Angebot richtet sich insbesondere an Familien, die während eines Urlaubs, einer Krankheit oder aus anderen Gründen vorübergehend Unterstützung benötigen. Nach unserer Beobachtung wissen viele Betroffene jedoch nicht, daß ihnen hierfür finanzielle Hilfen zustehen können. Unter bestimmten Voraussetzungen können Leistungen der Kurzzeit- oder Verhinderungspflege bei der Pflegekasse beantragt werden. Diese sollen dazu beitragen, die Versorgung sicherzustellen, wenn die häusliche Pflege zeitweise nicht möglich ist.

Gerade in den Ferienmonaten steigt die Nachfrage nach entsprechenden Plätzen bundesweit an. Deshalb empfehlen wir, sich frühzeitig über die Möglichkeiten zu informieren. Wir erleben immer wieder, daß Angehörige erst kurz vor Reisebeginn nach Lösungen suchen. Eine rechtzeitige Planung erleichtert vieles und gibt allen mehr Sicherheit.

Die Kurzzeitpflege kann dabei nicht nur organisatorische Entlastung schaffen. Sie gibt pflegenden Angehörigen auch die Möglichkeit, Kraft zu schöpfen und sich um eigene Termine oder Erholungsphasen zu kümmern – in dem Wissen, daß ihre Angehörigen währenddessen gut versorgt sind.

ANGELA MATTHES



Foto: Alloheim

Ganzheitliche Ernährungsberatung (Teil 52)

Kennen Sie folgendes? Erst beginnt im Schlafzimmer das große Schnarch-Konzert, bis auf einmal eine unheimliche plötzliche Stille einsetzt. Es ist kein Ausatmen zu hören. Und auch kein Einatmen. Und plötzlich ein Ringen nach Luft, zum Teil so laut wie eine Motorsäge. Haben Sie es erkannt? Die Rede ist von der Schlaf-Apnoe.

Dieses dramatische Ringen nach Luft kann sich bis zu mehreren hundert Malen pro Nacht wiederholen. Als Folge dieser Atemaussetzer verringert sich die Versorgung des Körpers mit lebensnotwendigem Sauerstoff dramatisch. Der Körper löst nun eine Panik-Reaktion aus, dadurch werden Muskelspannung, Puls und Blutdruck hochgefahren. Der Körper wird von Streßhormonen geflutet und der Schläfer schreckt auf.

Nach dem Aufwachen am Morgen fühlen sich viele Menschen wie gerädert, oftmals begleitet von Kopfschmerzen. Tagsüber sind sie dann oft schläfrig und nicken immer mal wieder ein. Dadurch bedingt wird die Leistungsfähigkeit stark eingeschränkt, sie sind sehr erschöpft und eher schlecht gelaunt und können sich dies alles nicht erklären. Auch das Gedächtnis leidet. Als Folge all dieser Symptome nimmt das Risiko für Herzkreislauf-Erkrankungen stark zu. Auch das Risiko von Parkinson steigt deutlich an.

Ursachen einer Schlaf-Apnoe sind z.B. eine erschlaffte Rachenmuskulatur oder eine zu große Zunge. Auch vergrößerte Mandeln können eine Rolle spielen. Die wichtigste Ursache ist das Übergewicht. Besonders betroffen sind Menschen mit einem Body Mass Indes (BMI) größer 30. Um den BMI berechnen zu können, benötigen Sie zwei Daten: Ihr Körpergewicht und Ihre Körpergröße, wobei das Körpergewicht durch die Körpergröße zum Quadrat geteilt wird. Wenn Sie also 1,80 Meter groß sind und 100 kg wiegen, dann teilen Sie die 100 (kg) durch 1,8 zum Quadrat. Die Rechnung ist also folgende: $100 / 1{,}8^2 = 30{,}9$. Wenn das Übergewicht dazu führt, daß Fetteinlagerungen im Halsbereich die Atemwege verengen, dann verringert eine Gewichtsabnahme die Symptome nachhaltig. Ziel ist es dann, mittels einer eiweißreichen und einer gleichzeitig ballaststoffreichen Ernährung das Gewicht um fünf bis fünfzehn Prozent zu reduzieren. Wichtig ist es hierbei, die Fettdepots im Zungenbereich, im Bauchbereich und im Rachenbereich zu reduzieren.

Neben der Ernährungstherapie werden oft Schnarchschienen, ähnlich einer Zahnspange, oder Atemmasken eingesetzt. Beide sind durchaus gewöhnungsbedürftig, können zu Druckgefühlen im Gesicht und im Mund führen. In der Folge geben viele Menschen verzweifelt auf.

Auf welche Lebensmittel sollten Sie bei Schlaf-Apnoe lieber verzichten und welche Lebensmittel sind zu empfehlen?

Auf Süßkartoffeln und Mais sollten Sie verzichten. Ansonsten können Sie die ganze bunte Palette von *Gemüse* genießen. Egal, ob Möhren, Tomaten, Gurken, Radieschen, Rettich, ... greifen Sie zu. Auch Hülsenfrüchte wie Bohnen, Linsen, Erbsen oder Sojabohen dürfen gerne auf Ihrem Einkaufszettel stehen. Kräuter wie Petersilie, Pfeffer, Ingwer, Kardamom, Rosmarin und Estragon sind hervorragend geeignet. Am Besten genießen Sie drei große Handvoll Gemüse und Kräuter pro Tag.

Bei *Obst* können Sie gerne zu zuckerarmen Obstsorten wie Äpfeln und Beeren (z.B. Stachelbeeren, Johannisbeeren, Himbeeren, Heidelbeeren) greifen. Auch Kiwi, Pfirsich, Pflaumen und Zwetschgen sind hervorragend geeignet. Auf zuckerreiche Obstsorten wie Kaki, Birnen, Bananen, Süßkirschen und Weintrauben sollten Sie hingegen verzichten.

Bei *Fleisch* darf es gerne Hühner- oder Putenfleisch sein. Ebenso sind Rinderfilet und Schweinefilet geeignet. Auch zu Wild dürfen Sie gerne greifen, wie zu magerem Aufschnitt. Im Gegensatz dazu sollten Sie generell auf fettes Fleisch verzichten. Auch um paniertes Fleisch sollten Sie einen Bogen machen. Leberkäse und Bauchspeck gehört ebenfalls nicht auf Ihren Einkaufszettel. Generell sollten Sie nur ein bis zwei kleine Portionen pro Woche davon verzehren.

Bei *Samen und Nüssen* können Sie gerne zu Walnußkernen, Haselnüssen, Macadamianüssen oder Cashewnüssen greifen. Jegliche Arten von gesalzenen Nüssen sind nicht zu empfehlen.

Empfehlenswert sind *Eier, Milch* bis 1,5%, Speisequark bis 20% und Naturjoghurt bis 1,5%. Auch zu Käse bis 45% Fett in der Trockenmasse können Sie gerne greifen. Ungeeignet sind Pudding, Milchreis, Kakaozubereitungen sowie Fruchtjoghurt, -quark und -buttermilch. Auch auf Mayonnaise, Creme fraiche und Sahne sollten Sie verzichten.

Bei *Fisch und Meeresfrüchten* sollten es nicht mehr als zwei Portionen pro Woche sein. Empfehlenswert sind fettarm zubereitete Meeresfrüchte und Fische wie Heilbutt, Karpfen, Lachs, Makrele und Sardinen. Auch Garnelen, Shrimps, Krabben und Flußkrebse können Sie gerne genießen.

Verzichten sollten Sie in jedem Fall auf jegliche Fischprodukte, die in Mayonnaise oder Sahne eingelegt sind. Auch panierten Fisch sollten Sie nicht verzehren.

FALK HINNEBERG, (www.hinneberg.info)

Westerkamp in der Kritik

Die gegen den Bürgermeister Wilhelm Westerkamp eingereichte Dienstaufsichtsbeschwerde hat die Gemeindevertretung Schorfheide abgelehnt.

Grundlage war eine vorab verteilte rechtliche Empfehlung. Dennoch gab es eine hitzige, aber sachliche Diskussion über den Umgang des Bürgermeisters mit den Gemeindevertretern und den Bürgern der Gemeinde. Dies gehörte zu den Gründen, die Herrn Gärtner aus Eichhorst im Zuge der Debatte zur Schließung der Kita *»Löwenzahn«* in seinem Ortsteil zu der Dienstaufsichtsbeschwerde veranlaßt hatte.

Auch viele Gemeindevertreter sehen im Umgang des Bürgermeisters mit ihnen als auch mit den Bürgern ein ernstes Problem. Entscheidungsfindungen der Verwaltungsspitze sind intransparent und werden ohne Kommunikation getroffen. So können die Gemeindevertreter nicht die Bürger mitnehmen und einbinden und ihnen fehlen wichtige Grundlagen für ihre Entscheidungen.

Der andauernde Ausfall des Bürgermeisters wegen seiner schweren Erkrankung ist nicht zu ändern. Wer jedoch für Fototermine bereitsteht, aber im Hauptausschuß und in der Gemeindevertretung mit Abwesenheit glänzt, sollte auch keine Mietvertragskündigungen wie für die Kita in Eichhorst versenden.

Immerhin zeigte sich auch das Bündnis Schorfheide mehr als unglücklich über die Situation. Dennoch halten Teile dieser Fraktion weiterhin dem Bürgermeister den Rücken in dieser Sache frei. So hatte die Fraktion bereits vor der Aussprache in der Gemeindevertretung mit dem Bürgermeister darüber gesprochen. Damit griff die Fraktion der öffentlichen Debatte vor. Ein vorab veröffentlichter Zeitungsartikel signalisierte zudem bereits einen Beschluß, den es noch gar nicht gab.

Am Ende steht nun die Ablehnung der Dienstaufsichtsbeschwerde. Die Gemeindevertretung ist jetzt aufgerufen, ein gemeinsames Schreiben an den Bürgermeister aufzusetzen, in dem die vielen Unzulänglichkeiten im Umgang mit ihnen und den Bürgern angesprochen werden sollen mit der Hoffnung auf eine deutliche Besserung. Neben mir forderte dies unter anderen die Fraktion WIR. Dem Bürgermeister sollte eine deutliche Rüge übermittelt werden.

Ob das zustande kommt, ist jedoch offen. Die Diskussionen zum gesundheitlichen Zustand und der Arbeitsweise des Bürgermeisters bleiben ein ernstes Thema. Es gibt vage Überlegungen, den Amtsarzt einzuschalten. Jedoch kann es sich die Gemeinde in der jetzigen Haushaltssituation nicht leisten, bis zu den Bürgermeisterwahlen im September 2027 führerlos in der Verwaltungsspitze zu sein.

SVEN WELLER

Dialog *mit den Eltern*

Kreiselternrat wählte einen neuen Vorstand

Der Kreiselternrat (KER) Barnim hat sich im Rahmen seiner vierten Tagung personell neu aufgestellt und blickt mit frischem Engagement auf die kommenden Aufgaben. Dem neu gebildeten Vorstand gehören künftig Christina Wagner, Julia Schmitz und Sven Graeme an. Zur neuen Vorsitzenden wurde Annette Ackermann gewählt.

Mit der Neubesetzung des Vorstandes verfolgt der Kreiselternrat das Ziel, seine Arbeit neu auszurichten und sich als verläßlicher Ansprechpartner für alle Eltern von Schülerinnen und Schülern im Landkreis Barnim zu etablieren. Dabei soll der Austausch mit Eltern, allen Schulen und weiteren Beteiligten gestärkt sowie die Interessen der Elternschaft noch wirksamer vertreten werden.

»Wir möchten den Kreiselternrat sichtbarer machen und Eltern eine starke Stimme geben. Uns ist wichtig, Anliegen aufzunehmen, gemeinsam Lösungen zu entwickeln und den Dialog mit den Schulen und den zuständigen Stellen konstruktiv zu gestalten«, so die neue Vorsitzende Annette Ackermann.

Bereits in der jüngsten Sitzung wurden verschiedene Themenfelder und Anliegen aus dem schulischen Alltag diskutiert. Dabei kamen unter anderem folgende Schwerpunkte zur Sprache:

- Schulsozialarbeit,
- Fragen zur Umsetzung beim Recht auf ganztägige Bildung und Betreuung,
- Schülerbeförderung und sichere Schulwege,
- soziale Kompetenz / Mobbing, Prävention im Austausch Eltern - Lehrer,
- unzureichende Inklusion.

Der Kreiselternrat lädt alle Eltern im Barnim dazu ein, sich mit Fragen, Anregungen oder Herausforderungen an das Gremium zu wenden und sich aktiv in die Gestaltung des schulischen Miteinanders einzubringen.

Denn eine enge Zusammenarbeit zwischen Eltern, Schulen und den verantwortlichen Institutionen bildet die Grundlage für eine erfolgreiche Bildungs- und Erziehungsarbeit. Mit seiner neuen Ausrichtung möchte der Kreiselternrat künftig noch präsenter sein, Transparenz schaffen und die Interessen der Eltern engagiert und konstruktiv vertreten. Um Ihre Anliegen an den Kreiselternrat Barnim zu übermitteln, nutzen Sie bitte folgende Adresse: vorstand@kreis-eltern-rat-barnim.de.

Kreiselternrat Barnim

Lebendige Ausstellung

Eberswalde (prest-ew/bbp). Eßkastanie, Elsbeere, Europäische Lärche, Wildapfel, Trauben-Eiche, Feld-Ahorn, Winter-Linde, Fichte und Rot-Buche – die lebendige Ausstellung am Schwappachweg ist zu einem artenreichen Baumbestand herangewachsen. Seit dem 24. April ergänzt nun auch die Zitter-Pappel (*Populus tremula*) diese Reihe.

Die auch als Espe oder Aspe bekannte Baumart wurde in diesem Jahr als *»Baum des Jahres«* ausgewählt und im Rahmen der traditionellen Pflanzung in den märkischen Boden gebracht. Vertreterinnen und Vertreter der Stiftung WaldWelten, der Hochschule für nachhaltige Entwicklung, des Forstbotanischen Gartens sowie der Stadt Eberswalde pflanzten das junge Gehölz entlang der Schwärzeachse nahe dem roten Tor des Forstbotanischen Gartens.

Die Zitter-Pappel zählt in Mitteleuropa zu den am schnellsten wachsenden Baumarten und erreicht unter günstigen Bedingungen eine Höhe von 20 bis 35 Metern. Als typische Lichtbaumart kann sie sich im eigenen Schatten nicht verjüngen und verbreitet sich daher vor allem über den Wind (Anemochorie). Ihre durchschnittliche Lebensdauer beträgt etwa 100 Jahre.

AG Finanzen

Schorfheide (bbp-sw) Die Gemeindevertretung griff den Vorschlag von Sven Weller auf und hat eine neue Arbeitsgruppe für Haushalt und Finanzen beschlossen. Diese wird nach dem Vorbild der Arbeitsgruppe Photovoltaik gebildet, in der alle Fraktionen und fraktionslosen Gemeindevertreter präsent waren.

Zuvor waren in den vergangenen Jahren mehrmals Anträge zur Bildung eines Ausschusses für Finanzen gescheitert. *»Ein großer Fortschritt, um die angespannte Haushaltslage zu meistern, als auch für die Diskussionen, wohin wir eigentlich wollen und was wir uns in der Gemeinde leisten sollten«*, so Weller.

Die Gemeinde Schorfheide hat eine sehr angespannte Haushaltslage. In der Vergangenheit sei oft deutlich geworden, daß für die Haushaltsberatungen und Formulierung der Ziele der Gemeinde nicht genügend Zeit zur Vorbereitung und zum Austausch zur Verfügung stand. Dies sah jetzt auch die Fraktion Bündnis Schorfheide ein und stimmte der Bildung einer solchen AG zu.

Nun gelte es, *»diese AG mit Leben zu füllen und die finanzielle Lage der Schorfheide ernst zu nehmen«*, sagte Weller. Es müsse verhindert werden, daß die Gemeinde in eine finanzielle Schieflage komme.

Eberswalder Gospelchor wird 30

Im Herbst gibt es ein Konzert mit Kathy Kelly von der Kelly Family

Sechs Jahre nach dem Mauerfall war es soweit: Eberswalde sollte einen neuen Chor bekommen, in dem amerikanische Gospelsongs gesungen werden. *»Oh Happy Day«, »Go tell it to the mountains«* oder *»Amen«* waren zwar auch schon in der DDR bekannt, doch Gospelchöre waren im Sozialismus eher eine Rarität.



FOTO: DIRK ENGELHARDT

Der evangelische Pfarrer von Eberswalde Hanns-Peter Giering plante, diese Art von sehr emotionalem Gesang im Barnim zu etablieren und setzte eine Anzeige in die Lokalzeitung mit der Überschrift *»Wer will mit uns Gospel singen?«* Eine kleine Gruppe meldete sich, und man fing erst einmal mit deutschen Gospelsongs an. Doch dies kam bei der kleinen Gruppe, die sich auf die Anzeige meldete, nicht gut an. Niemand, der in der ersten Probe dabei war, kam wieder.

Von da an ging es auf englisch weiter, und Ostern 1996 war es soweit: der Gospelchor hatte seinen ersten Auftritt im Gemeindehaus Eisenspalterei in Eberswalde. Und schon ein Jahr später, es hatten sich so einige Gospelchöre in Berlin und Brandenburg gebildet, veranstaltete man in Eberswalde das erste Gospelchortreffen Berlin-Brandenburg. Gierings Frau Karin, die ihren Mann bis heute bei der Produktion durch ihre Arrangements unterstützt und bei den Proben am E-Piano den Chor mit leitet, fing 1997 an, Roben für die Chorsänger zu nähen, wie man sie in Filmen von amerikanischen Gospelchören sieht. Heute sind davon nur noch die bunten Halstücher geblieben, die die Sänger bei Auftritten tragen. 2004 gab es die erste Untergruppe des Chores: die Westend Glory Singers formierten sich. Es waren sechs gute Stimmen, später fünf, die sich ein eigenes A-Capella-Repertoire erarbeiteten. Wobei jeder eine eigene Stimme zu singen hat.

Eine Besonderheit des Chores ist bis heute, daß kein Beitrag verlangt wird. Jeder, der Lust hat zu singen, kann einfach vorbeikommen und mitsingen. Die Chorkasse wird Einnahmen aus den mit Auftritten bei Vereinen oder Kommunen gefüllt. Davon kauft der Chor Instrumente wie Congas oder Noten.

Eng verbunden mit dem Gospelchor ist Adrienne Morgan Hammond, eine Musicalsängerin aus dem Rheinland. Sie brachte dem Chor in Workshops bei, wie Gospelsongs noch authentischer und besser wirken. Wobei auch körperlicher Einsatz vonnöten ist, denn Gospel singt man nicht nur mit der Stimme, sondern mit dem ganzen Körper.

2004 lernte Hanns-Peter Giering den amerikanischen Pfarrer Fritz West von der United Church of Christ aus Wisconsin/USA kennen, der die Eberswalder einlud, eine kleine Tournee in den USA zu machen. 30 Chorsänger stiegen dafür ins Flugzeug, wobei diejenigen, die sich den langen Flug nicht leisten konnten, finanziell unterstützt wurden. In zehn Konzerten und kleineren Auftritten in Gottesdiensten sang der Eberswalder Chor, und Giering merkt an, daß sie von der Gastfreundschaft überwältigt waren. Sogar ein PowWow mit indianischen Familien erlebten die deutschen Sänger.

In diesem Jahr ist der Chor nun seit 30 Jahren existent, und dies wird mit spektakulären Konzerten gefeiert. Karin und Hanns-Peter Giering, die den Chor seit Anbeginn leiten, werden unterstützt von Marwan Hassan aus Eberswalde, der die Congas bedient, durch seine außergewöhnliche Stimme aber auch vielen Solos einen starken Akzent verleiht und etwas vom schwarzen Gospel-Feeling in den Chor einbringt.

Am 27. Juni um 17 Uhr ist der Chor zu Gast im Kulturbrauhaus Himmelspfort, am 4. Juli findet dann die Eberswalder Gospelnacht um 20 Uhr in der Maria-Magdalenenkirche in Eberswalde statt, wobei auch der Zehdenicker Gospelchor *»Joy Of Heaven«* dabei ist. Am 5. Juli singen die Westend Gospel Singers in der Dorfkirche Zühlsdorf anläßlich des Heidefestes. Und der Höhepunkt kommt im September: Am 25. September singen die Eberswalder mit Kathy Kelly auf ihrer Gospel European Tour in der Maria-Magdalenen-Kirche in Eberswalde. Kathy Kelly, die in ihrer Art amerikanische Gospelklänge mit der Klangkultur der Kelly-Family verbindet, singt bereits zum dritten Mal zusammen mit den Westend Gospel Singers, wie der Chor offiziell heißt. Karten sind in der Tourist Information Eberswalde erhältlich.

DIRK ENGELHARDT

Keine Lüge mit Statistik

Der Will-Rogers-Effekt

Betrachten wir einmal fünf mögliche Ostrentner, deren Rente von 1000 €, 1100 €, 1200 €, 1300 € und 1400 € beträgt. Die durchschnittliche Rente dieser fünf Ostrentner liegt dann bei 1200 €.

Betrachten wir nun einmal fünf mögliche Westrentner mit Renten in Höhe von 1500 €, 1600 €, 1700 €, 1800 € und 1900 €. Deren durchschnittliche Rente beträgt 1700 €.

Siedelt nun der Rentner mit der Rente von 1500 € von West nach Ost um, dann beträgt die durchschnittliche Rente Ost 1250 €. Die durchschnittliche Rente West steigt dann sogar auf 1750 €.

Obwohl sich an den zugrundeliegenden Daten nichts geändert hat, steigen die durchschnittlichen Renten sowohl in Ost als auch in West. Das ist der WILL-ROGERS-EFFEKT. Dieser wird gerne in Medien bei Durchschnittsdaten benutzt, also nicht nur Rente, auch bei Waldschäden und Klimatemperaturen.

Dr. ULRICH POFAHL

Die größte Taschenuhr

Im Familiengarten ist die größte Taschenuhr der Welt als Schaustück und Werbeprojekt ausgestellt. Diese Uhr ist im Guinessbuch der Rekorde eingetragen, ist aber sehr beschädigt. Eine Chance zur Reparatur besteht, wenn das kleine Team Unterstützung bekommt.

Die Leitung des Familiengartens stößt an seine Grenzen. Ein Thema für die Stadtverordneten. Es geht dabei nicht nur um die Reparatur. Priorität haben Maßnahmen, die Vandalismus einschränken. Das ist Voraussetzung, um das Projekt fortzuführen.

THOMAS GÄDICKE

Sonntags frei?

Das Gewerbeaufsichtsamt hat stets genehmigt, wenn in der Britzer Fleischbude die Sonntagsarbeit beantragt wurde. Besonders, bei den religiös bedingten Feiertagen, mußten die Frischfleisch-Arbeiter ran. Der Handel schrie nach Frische und die Kundschaft ist am Verhungern. Lief alles im Stillen, bekam in der Öffentlichkeit niemand mit.

In Polen, eine christliche Hochburg in Europa, wird es so gehandhabt, daß an Feiertagen geöffnet werden darf, wenn der Chef selbst tätig ist. In Dienstleistungsgeschäften, wie Pflege, Rundfunk u. TV, Reiseverkehr etc. gelten ohnehin andere Regeln. Den richtigen arbeitsfreien Sonntag, wer hat den wirklich? Meistens Verwaltungsangestellte, so zumindest meine Wahrnehmung.

Für viel wichtiger erachte ich, daß Beschäftigte zwei zusammenhängende arbeitsfreie Wochentage im Dienstplan haben. Wenn die Sonntagsarbeit schon genehmigungspflichtig ist, ließe sich diese Bedingung stellen, wegen dem Familiensinn dahinter.

THOMAS GÄDICKE

Hintergrund: Die Eberswalder Stadtverordneten stimmten am 4. Juni mit knapper Mehrheit für die vorgeschlagenen verkaufsoffenen Sonntage.

Betrüger und Hochstapler



FOTO: JÜRGEN GRANZOW

Britz/Satrup (bbp). *»Hergestellt in Satrup für: EWG Eberswalder Wurst GmbH...«*. Bei der Schließung des Eberswalder Werkes wurde noch seitens des Tönnies-Konzern großspurig verkündet, daß die weiterhin unter der Marke *»Eberswalder«* vermarkteten Produkte in Betriebsstätten im Osten hergestellt würden.

Kleiner Ausflug in die Geographie: Satrup, Ortsteil der Gemeinde Mittelangeln, liegt etwa 15 Kilometer südöstlich von Flensburg in Schleswig-Holstein. In der Hans-Redlefsen-Straße 1 in Satrup befindet sich eine Betriebsstätte der Böklunder Fleischwarenfabrik GmbH & Co. KG, die zur Mühlengruppe gehört, einem Bestandteil des Tönnies-Konzerns, zu dem auch die Eberswalder Wurstfabrik in Britz gehört, wo Ende Februar die Produktion vollständig eingestellt wurde. In diversen Online-Diskussionsgruppen wird Tönnies daher als *»Betrüger und Hochstapler«* bezeichnet.

Preiserhöhungen und Katastrophen

Vorschau auf StVV vor der Sommerpause

Eberswalde (bbp-jg). Am Dienstag, den 30. Juni, kommen um 17 Uhr die Eberswalder Stadtverordneten in der Stadthalle Hufeisenfabrik im Familiengarten zu ihrer letzten Sitzung vor der Sommerpause zusammen. Nach Einwohnerfragestunde, Informationen aus der Stadtverwaltung und den Fragen und Anregungen der Stadtverordneten, stehen unter Punkt 11 die Beschlußvorlagen auf der Tagesordnung.

Als erstes geht es um den Bebauungsplan Nr. 628 *»Neues Messingwerk«*. Hier soll beschlossen werden, die Ergebnisse der Beteiligung öffentlicher Träger und den Bebauungsplan *»auszulegen«*, das heißt im Stadtentwicklungsamt einsehbar zu halten. Die nächste vorlage ist die 5. Änderung des Flächennutzungsplanes.

Sodann soll die bisherige Satzung *»Benutzungs- und Gebührenordnung der Bibliothek«* durch eine Benutzungs- und Entgeltordnung ersetzt werden. Die in der vorigen Sitzung zurückgezogenen Preiserhöhungen und Öffnungszeitreduzierungen für das Sportzentrum Westend und das Schwimmbad stehen nun erneut auf der Tagesordnung. Zwischenzeitlich hatte sich einiger Widerstand gegen die Preisanhebungen geregt.

Im nächsten Punkt soll die Förderrichtlinie der ärztlichen und zahnärztlichen Versorgung angepaßt werden. Schließlich geht es in einem weiteren Beschlußantrag der Verwaltung um eine Kooperationsvereinbarung der Stadt Eberswalde mit der Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH (WHG) zur Umgestaltung eines Innenhofes an der Potsdamer Allee. Die Kooperation ist notwendig, damit die WHG in den Genuß von Fördermitteln aus dem Programm *»Natürlicher Klimaschutz in Kommunen«* kommt.

Vier Beschlußvorlagen sind von Fraktionen eingebracht worden. Die Bündnisgrünen wollen, daß Eberswalde die Initiative Gemeinwohl-Region Barnim unterstützt und zum Kriegstüchtigmachen eine Katastrophenschutzübung zum Szenario *»Cyberangriff auf die Verwaltung mit Verschlüsselung aller aktuellen Arbeitsdaten und anschließendem flächendeckenden Stromausfall für mindestens 48 Stunden«* abhalten soll. Unterstützung dafür wird von den Fraktionen der Kriegsparteien erwartet.

Die Grünenfraktion beteiligt sich auch an einer gemeinsamen Beschlußvorlage mit CDU/FDP/Bürgerfraktion, SPD|BfE und Bündnis Eberswalde zur *»Aufnahme von Vertragsverhandlungen zur Neugestaltung des Nutzungsvertrages für den Finower Wasserturm«*. Eine weitere Vorlage hat die Fraktion Alternative für Deutschland eingereicht. Sie will *»Vandalismus entschlossen entgegentreten – Eberswalde sauber und ordentlich halten«*.

Zum Abschluß der öffentlichen Sitzung gibt es noch als Informationsvorlagen den Tätigkeitsbericht der Stiftung WaldWelten 2023-2026 und den aktuellen Bericht zu *»Spenden und Sponsoring der Stadt Eberswalde«*. Unter eberswalde.de/stvv-live kann die Versammlung direkt verfolgt werden. Der Stream bleibt bis zur nachfolgenden Stadtverordnetensitzung abrufbar.

Diskurse für eine gerechte Zukunft

Am Montag, dem 29. Juni, wird das Wilhelm-Pfeil-Auditorium auf dem Waldcampus der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) zu einem Ort für Musik, Projektionen, politische Impulse und globale Perspektiven. Um 20 Uhr beginnt dort PLURIVERSUM – Diskurse für eine gerechte Zukunft. Der Eintritt ist frei.

Eingeladen hat der Studiengang Sozialökologisches Waldmanagement der HNEE in Kooperation mit dem Econics Institute e.V. Der Abend verbindet entwicklungspolitische Impulse mit der Musik von GRUPO SAL, Beiträgen des ecuadorianischen Ökonomen und Politikers Alberto Acosta, der Journalistin Sandra Weiss und Projektionen von Johannes Keitel.

Im Mittelpunkt stehen Klimagerechtigkeit, Menschenrechte, Rechte der Natur, indigene Selbstbestimmung, neue soziale Bewegungen und das Verhältnis von Globalem Süden und Globalem Norden. Dabei geht es um Perspektiven auf Entwicklung, Wohlstand, Zusammenleben und den Umgang mit natürlichen Lebensgrundlagen.

Ein besonderer Gast ist Patricia Gualinga vom *Pueblo Kichwa de Sarayaku*, die zugeschaltet wird. Die international bekannte Indigenenaktivistin ist Mitglied des *United Nations Permanent Forum on Indigenous Issues* (UNPFII). Mit Alberto Acosta kommt zudem eine der prägenden Stimmen der internationalen Debatte um Buen Vivir nach Eberswalde. Das Konzept des *»guten Lebens«* steht für eine andere Vorstellung von Entwicklung: ein Leben in Würde, sozialer Gerechtigkeit und Respekt vor der Natur.

Für die HNEE und den Studiengang Sozialökologisches Waldmanagement greift der Abend zentrale Themen auf: gesellschaftliche Verantwortung, internationale Perspektiven und die Suche nach Formen des Wirtschaftens und Zusammenlebens, die ökologische und soziale Gerechtigkeit verbinden.

ULRICH WESSOLLEK

BBP sucht Nachwuchs

Oh je, schon wieder so ein langer Text, den niemand liest...

Die Kritiken und Beschwerden darüber, daß die *»Barnimer Bürgerpost«* nur noch viermal im Jahr erscheint – wenngleich insgesamt im gleichen Seitenumfang wie bisher – reißen nicht ab. Leider wird sich daran nichts ändern, solange es nicht gelingt, die BBP-Redaktion mit engagierten und jüngeren Menschen zu verstärken.

Mögen sich auch die Lese- und Schreibgewohnheiten durch die Entwicklung der Technik und wie die Medien damit umgehen, geändert haben, Lesebedarf ist da, und das nicht nur bei den älteren Semestern. Schreibbedarf ist auch zur Genüge da, denn es bleiben regelmäßig Texte übrig, für die auch auf 48 Seiten der Platz nicht reicht. Aber es braucht letztlich doch noch jemanden, der oder die die Texte formgerecht aufs Papier bringt.

Das ist etwas anspruchsvoller als das bloße Eintippen einer Kurznachricht in einem der sogenannten *»sozialen Medien«*. Es erfordert Nachdenken über die Wirkung, das Finden eines Anfangs und eines Endes auf einem Blatt, dessen Größe vom Druckmedium vorgegeben ist. Es erfordert, Wichtiges herauszufiltern, Gedanken zu abstrahieren und auf den Punkt zu bringen. Ein bißchen gestalterisches Empfinden und die Fähigkeit, sich dem Diktat eines Redaktionsschlusses zu unterwerfen, gehört auch dazu.

Für die Redaktion und generell die Bearbeitung von Texten anderer ist zudem sehr wichtig, der Schreibleistung einschließlich des Schreibstils der anderen mit Achtung zu begegnen. Also kein glattbügeln, sondern eher das Hervorheben des persönlichen Stils.

Was noch? Lust auf kreatives Schreiben, auf das Entdecken von Neuem, am Schaffen neuer Denkwelten, dem Entdecken der Welt und dem Verarbeiten dieser Entdeckungen in eigenen Texten gehört auch dazu. Bei der *»Barnimer Bürgerpost«* ist das möglich. Hast Du Lust, Dich auszuprobieren? Dann komm...

Ach so ... So funktioniert das ja nicht. So'n altbackenes Blättchen wie die *»Barnimer Bürgerpost«* kennt ja niemand – schon gar nicht, wer jünger ist als 60.

Oder vielleicht doch? Auch wenn manche unserer Leserinnen und Leser – allein schon, weil sie von Anfang an dabei sind – mittlerweile doch schon etwas älter sind, haben diese doch auch Kinder und Enkel, zuweilen Urenkel, denen sie von unserer unabhängigen Leserzeitung erzählen können.

Dies geht gerade an unsere langjährigen und treuen Leserinnen und Leser, unter denen auch viele sind, die gerne wieder eine monatlich erscheinende *»Bürgerpost«* im Briefkasten haben wollen. Wenn ihr meint, ihr könnt nicht selber die Redaktion oder das Layouten übernehmen, dann fragt doch einfach mal eure Kinder, eure Enkel oder die Kinder und Enkel eurer Verwandten, Bekannten und Freunde. Vielleicht sind da auch Journalisten, Mediengestalter oder Pädagogen im Ruhestand darunter, denen langweilig ist ...

Zeigt ihnen unsere Zeitung und erklärt ihnen, wie eine Leserzeitung funktioniert – nämlich durch mitmachen, durch selbermachen.

Macht mit! Macht's nach! Macht's besser!*

Wir warten auf euch. Meldet euch (redaktion@barnimer-buergerpost.de).

JÖRG SCHNEIDEREIT
und GERD MARKMANN

* Der Spruch ist natürlich geklaut. Ältere werden sich noch an diese Sendung des DDR-Fernsehens erinnern, die den sportlichen Wettstreit zwischen Kindern und Jugendlichen zum Inhalt hatte.

Anzeige

90 Jahre und kein bißchen müde!

Lieber **Johannes Madeja**, alles Gute zu Deinem 90. Geburtstag, den Du am 1. Juli feiern kannst.
Mit 90 Jahren hast du schon so viel erlebt. 90 Jahre voller Erfahrungen, Wissen und Erinnerungen. Und Du läßt noch immer voller Tatkraft Deine Freunde und alle, die interessiert sind, daran teilhaben. **Bleib so, wie Du bist.**
Möge Dein 90. Geburtstag so besonders sein wie du!
Möge Dein Geburtstag voller Freude und Lachen sein.
Wir wünschen Dir noch viele glückliche Jahre.

Im Namen Deiner Freunde
liebe Grüße GUIDO PENZ

Wandertips

von BERND MÜLLER

Inklusionswanderung

Sonnabend, 4. Juli. Auf den Spuren derer von Uchtenhagen, ca. 6 km auf barrierefreien Wegen.

Heute wandern wir gemeinsam, Gehbehinderte mit Hilfsmittel und körperlich gesunde Wanderer, auf der alten Sonnenburger Straße zum roten Land bei Schloß Sonnenburg. Dabei geht Bernd Müller, selbst gehbehindert, auf die Geschichte des roten Landes, wie die Gegend hier genannt wird, ein. Die Geschichte der Familie Uchtenhagen wird beleuchtet und auch eine traurig-romantische Geschichte der Prinzessin vom Schloß Charlottenburg und ihrer Geliebten vom Schloß Sonnenburg erzählt. Am Ende der Wanderung erreichen wir wieder die Köhlerei, wo wir bei Kaffee und Kuchen gemeinsam den Nachmittag ausklingen lassen und uns über die Tour und weitere soziale Projekte austauschen.

Achtung. Die ersten 20 Anmeldungen bekommen ein Gedeck Kaffee und Kuchen im Schloß gratis. Wir empfehlen vor der Wanderung einen Mittagsimbiß in der Waldgaststätte Köhlerei. Rückfragen zur Beschaffenheit des Weges und ggf. Hilfsmittel beantworten wir gerne.

Treff: 13 Uhr Waldgaststätte Alte Köhlerei, Sonnenburger Straße 3c, 16259 Bad Freienwalde. Kostenfrei dank Förderung.

Geführte Autotour

Sonntag, 5. Juli. Geführte Autotour Alt Küstrinchen (Stary Kostrzynek) nach Güstebiese (Gozdowice)

Autotour im ehemaligen Landkreis Königsberg mit kleinen Wanderungen und Besichtigungen am Wegesrand. Wir fahren über die Grenze (gültiger Personalausweis!) bis Stary Kostrzynek. Hier Mittagsrast mit Erzählungen über das Dorf und gemeinsamen Mittagessen. Nächster Halt Stara Rudnica (Alt-Rüdnitz) mit Führung in den herrlichen Oderwiesen. Weiter geht es nach Siekierki (Zäckerick) mit Führung am Ehrenmal und Panzer. Stary Lysogorki, ggf. mit Spaziergang ins Eichhorntal und Rieseneiche, und Gosdowice sind die nächsten Ziele. Der Besuch von Ausstellung und Shukow Bunker ist möglich. Außerdem besuchen wir einen Imker. Auf der Rückfahrt erwarten uns in Stary Kostrzynek Kaffee und Kuchen. Abschließend gibt es eine Führung zum ehemaligen deutschen Friedhof.

Treff: 11 Uhr Parkplatz vorm Restaurant Fährbuhne, Fährweg 17 , 16259 Bad Freienwalde. Selbstfahrer oder Mitfahrer (5 Euro für den Fahrer).

Anmeldung unter 033 44 / 300 28 81, oderland@naturfreunde.de oder WhatsApp 0160/7500540. Gebühr (wenn nicht anders angegeben): 5 Euro, ermäßigt 2,50 Euro. Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

BBP-Mitgliederversammlung

Eberswalde (bbp). Am Sonnabend, dem 4. Juli, findet im Dietrich-Bonhoeffer-Haus im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde die diesjährige Mitgliederversammlung des Barnimer Bürgerpost e.V. statt. Auf der Tagesordnung stehen diesmal neben den Berichten des Vorstandes und der Bestätigung des Jahresabschlusses 2025 auch die turnusmäßige Neuwahl des Vorstandes und der Kassenprüfer.

Im Vorjahr feierten Verein und Zeitung ihr 30jähriges Jubiläum. Zugleich gab es eine wichtige Zäsur, weil sich der Erscheinungsrhythmus von monatlich auf vierteljährlich änderte, bei insgesamt gleichbleibender Seitenzahl. Die Quartalsausgaben haben somit einen Umfang von 48 Seiten statt bisher 16 Seiten der Monatshefte.

Die Mitgliederversammlung im Dietrich-Bonhoeffer-Haus beginnt um 14 Uhr.

DenkBAR

Bernau (bbp). Der Kreisverband Barnim des BSW lädt seine Mitglieder und Unterstützer für Mittwoch, dem 1. Juli, zur DenkBAR in den Stadtmauertreff in Bernau ein. Beginn der Diskussionsveranstaltung ist um 18 Uhr. Wie der BSW-Kreisvorstand informiert, konnte der BSW-Landtagsabgeordnete, Kommunalpolitiker und Unternehmer aus Königs Wusterhausen Christian Dorst als Moderator gewonnen werden.

Der Stadtmauertreff (früherer AWO-Treff) befindet sich An der Stadtmauer 12 in 16321 Bernau (links vor dem *»Leiterwagen«*). Kostenpflichtige Parkmöglichkeiten gibt es einige Minuten entfernt bei den Stadtwerken in der Breitscheidstraße.

»Wir freuen uns«, so die Kreisvorsitzende Jenny Meyer, *»auf einen regen und sachlichen Austausch. Für Getränke wird gesorgt.«*

Anzeige

Die Eberswalder Friedensaktivisten rufen auf:

Macht mit - zeigt Haltung

Jeden 2. Samstag um 10 Uhr an der Friedensbrücke in Eberswalde. Das nächste Mal am 4. Juli 2026 (danach 18. Juli, usw.).



Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- ❑ eine Ausgabe zur kostenlosen Probe
- ❑ Normalabonnement (1 Jahr: 9 Euro)
- ❑ ermäßigtes Abonnement (1 Jahr: 3 Euro)
- ❑ Förderabonnement (1 Jahr: 12 Euro = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- ❑ Förderabonnement »Gold« (1 Jahr: 18 Euro = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Die mit Ende eines Probeabos versendete Rechnung gilt als Angebot.

Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 10 Euro pro Jahr** erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle ❑ per Lastschrift ❑ per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum, Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift

❑ Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

❑ Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung dieses Angebots)

Coupon senden an: *Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde (oder per Telefon: 03334/356542 oder eMail an: abo@barnimer-buergerpost.de)*

Was ist die BBP?

Als sich 1995 der Barnimer Bürgerpost e.V. gründete, formulierten wir als Satzungszweck, uns *»aktiv an der Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim zu beteiligen und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern«*. Unsere Zeitung sollte und soll der Kommunikation dienen. Eine Zeitung der Leserinnen und Leser. Nicht von kommerziellen Interessen eines Verlages bestimmt oder abhängig vom Wohlwollen einzelner Anzeigenkunden oder Geldgeber.

Mit dem Verein konnten wir einige organisatorische Bedingungen schaffen. Er garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion und bildet den Organisationsrahmen. Die Inhalte der Barnimer Bürgerpost werden entsprechend den Publizistischen Grundsätzen von unseren Lesern bestimmt. Die Barnimer Bürgerpost stellt darüber hinaus eine Art soziales Experiment dar, das über die Warenproduktion als bestimmende Form menschlicher Tätigkeit hinausweist.

Die materielle Hülle trägt Warencharakter. Papier, Druck und Verteilung müssen bezahlt werden. Die BBP muß also wie jede andere Zeitung verkauft werden. Die Akzeptanz des Warencharakters der *»materiellen Hülle«* ist Möglichkeit und Bedingung für die inhaltliche Unabhängigkeit. Unsere Autorinnen und Autoren nutzen die angebotene Warenhülle, um sich mit ihren Texten selbst zu verwirklichen und den anderen ihre Information, ihr Wissen, ihre Meinungen zur Verfügung zu stellen. Ähnliches gilt für die ehrenamtliche Redaktions- und Verteiltätigkeit. Als Gratisgegenleistung genießen sie wie alle anderen, die die BBP lediglich passiv nutzen, die Produkte der Selbstentfaltung der anderen.

Klar, manchmal reiben sie sich auch daran, was aber auch nicht schlecht ist.

impressum

*heraus***geber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

*an***schrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

*tele***fon:** (0 33 34) 35 65 42 (AB)

*e***Mail:** redaktion@barnimer-buergerpost.de

*inter***net:** www.barnimer-buergerpost.de

*redak***tion:** G. Markmann (viSdP), T. Tobler, S. Weller

*drucker***ei:** Grill @ Frank · (0 33 34) 25 94 088

*redaktions***schluß:** 15. Juni 2026

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODEBB. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1. Januar 2023. Abopreise (1 Jahr): Normalabonnement 9 Euro, ermäßigt 3 Euro, Förderabo ab 12 Euro.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 21. September 2026.